

DER KAMPF

Jahrgang 4

1. September 1911

12. Heft

Viktor Adler: Die separatistische Krise

Die Organisation der Arbeiterschaft macht gegenwärtig die schwerste Krise durch, die ihr beschieden sein kann. Das nationale Problem mit allen seinen Gefahren ist nicht von heute, vielmehr hat es unsere Organisation in allen ihren Formen von jeher und auf allen Stufen ihrer Entwicklung die schwierigsten Aufgaben gestellt. Die Einheit der Sozialdemokratie beruht in Oesterreich nicht auf Beschlüssen, auf den Bestimmungen der Parteiorganisation, sondern sie musste immer wieder erarbeitet werden in unablässiger, aufreibender Arbeit, deren bewegende Kraft und schöpferisches Motiv der Wille zur Gemeinsamkeit war. Die Erkenntnis, dass diese Gemeinsamkeit eine proletarische Notwendigkeit sei, liess alle gegenwirkenden Tendenzen immer wieder mit von Fall zu Fall wechselnden Mitteln überwinden. An dieser immer wieder neu zu verrichtenden Arbeit hatten die Sozialdemokraten aller Nationen ihren Anteil und die tschechischen Separatisten tun ihrer eigenen Geschichte unrecht, wenn sie jetzt die proletarische Gemeinsamkeit in Oesterreich als eine ihnen von den deutschen Sozialdemokraten auferlegte Herrschaftsorganisation darstellen. Die Wahrheit ist, dass niemals und in keinem Falle weder auf Gesamtparteitagen noch in der Gesamtexekutive wichtige Entscheidungen in Fragen des Programmes und der Organisation durch Majoritätsbeschlüsse entschieden worden sind. Die Entwicklung der Partei vollzog sich in allen Stadien auf dem Wege der Vereinbarung, einer Methode, die sich von der des Kompromisses wesentlich unterscheidet. Das gilt insbesondere von Entscheidungen in allen Dingen, die an das nationale Problem rühren. Majorisierung hätte die unterliegende tschechische Minorität nie ertragen können, aber ebensowenig die siegende deutsche Majorität. Die Demokratie bei nationaler Verschiedenheit hat eben ihre besonderen ihr eigentümlichen Notwendigkeiten.

Damit ist die „Frage“, die uns Karl Kautsky stellt, eigentlich schon beantwortet. Er ist erstaunt, warum wir über die unsere Partei beschäftigenden kritischen Fragen nicht einen Gesamtparteitag entscheiden lassen. Die Antwort ist, weil gegenwärtig der tschechischen Sozialdemokratie der Wille zur Gemeinsamkeit in einem Grade fehlt, der es als aussichtslos erscheinen lässt, zu einer Vereinbarung zu kommen. Diese Tatsache aber, die in die Augen springt, auch noch auf einem Parteitag konstatieren zu lassen, wäre nicht nur überflüssig, sondern auch schädlich, weil es nicht geschehen könnte, ohne der mit absoluter Sicherheit vorauszusehenden Aenderung in diesem Zustande Hindernisse zu bereiten und sie zu verzögern. Wir sind um nichts weiter, wenn wir feststellen, woran niemand zweifelt, dass deutsche, polnische, italienische und slowenische Sozialdemokraten, sowie ein Bruchteil der tschechischen über Gemeinsamkeit in der politischen und insbesondere in der gewerkschaftlichen Organisation einig sind, aber zugleich, dass die grosse Mehrheit der tschechischen Sozialdemokratie diese Gemeinsamkeit als ein Hemmnis ihrer Entwicklung und jedes Eintreten für sie als Parteiverrat auffasst. Wir würden aber Gefahr laufen, die Wege die zu dieser Gemeinsamkeit zurückführen, zu verschütten, Brücken, die trotz alledem bestehen, abzubrechen, wenn wir zur Unzeit das gegenwärtig zurückgedrängte Bewusstsein der internationalen Zusammengehörigkeit für einen Versuch in Anspruch nehmen würden, zu dessen Gelingen es heute nicht ausreicht. Man macht nicht Kraftproben, wenn man weiss, dass sie misslingen müssen.

Vor diesem entscheidenden Grunde treten alle anderen Bedenken als technische Schwierigkeiten in den Hintergrund und wären gewiss zu überwinden. Es ist wahr, dass wir bei der Einberufung eines Gesamtparteitages uns nicht an das veraltete Statut halten könnten, das die Beschickung nach den Wahlkreisen der verflossenen fünften Kurie ordnet; aber darüber könnte unschwer ein Einvernehmen hergestellt werden, wenn der Zweck von allen beteiligten Organisationen gewollt würde. Weit schwieriger wäre es freilich, der zwingenden Notwendigkeit zu genügen, der neugegründeten tschechischen Sozialdemokratie ein Vertretungsrecht zu sichern. Von einem Parteitag, der die Gemeinsamkeit neu begründen soll, jene zentralistische Minorität des tschechischen Proletariats auszuschliessen, die — ohne oder durch ihr Verschulden — zum Märtyrer der Gemeinsamkeit geworden ist, wäre offenbar Wider sinn. Und doch ist bei dem gegenwärtigen psychologischen Zustande beider tschechischen Parteien leider kaum daran zu denken, ein Einvernehmen über die Beschickung durch beide tschechische Gruppen zu erzielen. Wäre es möglich, dann freilich hätten wir jene grösste Schwierigkeit, die in den inneren Verhältnissen der tschechischen Sozialdemokratie selbst liegt, bereits überwunden. Aber zu erwarten, dass der Gesamtparteitag bewirke, was eine Vorbedingung für seine Möglichkeit ist, widerspricht aller Logik. Hier ist die technische Schwierigkeit nur die Form, in der die praktische Unmöglichkeit deutlich wird.

Allerdings wer sich die Ueberwindung unserer Krise vorstellt wie die Erledigung eines Zivilprozesses — was sicherlich Kautskys Meinung keineswegs ist, was aber in vereinzelt, ebenso wohlgemeint wie naiv leidenschaftlichen Aeusserungen unserer Presse aufscheint — für den liegt die Sache höchst einfach. Der Gesamtparteitag wird einberufen; wenn die Tschechen nicht erscheinen, dann werden sie kontumaziert und sind sachfällig geworden; oder sie kommen und fügen sich nicht der Majorität, dann haben sie ebenso ihren Prozess verloren, sie haben sich selbst aus der Gesamtpartei, ja aus der Internationale ausgeschlossen. Das ist einfach und klar. Aber wären wir damit auch nur einen Schritt weiter gekommen? Wir hätten unserer Ueberzeugung von der Notwendigkeit der internationalen Geschlossenheit des Proletariats den denkbar kräftigsten Ausdruck gegeben, gewiss; aber hätten wir sie gefördert? Hätten wir dadurch die Bedingungen geschaffen, um die separatistische Hochflut in der tschechischen Arbeiterschaft zum Stillstand zu bringen, ihren mangelnden Willen zur Gemeinsamkeit zu stärken? Man braucht die Frage nur zu stellen, um zu begreifen, dass das Gegenteil die notwendige Folge wäre, dass jeder Schritt in dieser Richtung den Weg zum Frieden, der der Weg zur Wiederherstellung der österreichischen Gesamtpartei ist, auf lange Zeit verrammeln würde.

Ja wir würden geradezu die Quellen verschütten, aus denen die Heilung kommen wird und muss. Denn nicht allein darauf beruht unsere Hoffnung, dass die bittere Not des politischen und gewerkschaftlichen Kampfes unseren tschechischen Genossen den Irrwahn des Separatismus austreiben und Internationalität einpauken wird, sondern ebenso darauf, dass das Empfinden der Solidarität des Proletariats auch bei der Masse der tschechischen Arbeiter, die heute unter dem Banne des Separatismus stehen, zwar gewissermassen ins Unterbewusstsein hinabgesunken, aber keineswegs abgestorben ist. Die parlamentarischen Wortführer wissen das ganz genau. Ihre Artikel, in denen sie die pathetischsten Worte für die „vollständige Selbständigkeit“ der tschechischen Arbeiterschaft finden — worunter praktisch die Zertrümmerung der Gewerkschaftsorganisation gemeint ist — und in denen sie die zügellosesten Anwürfe gegen die deutschen Sozialdemokraten richten, die sie beschuldigen, die tschechischen Arbeiter in „Untertänigkeit und Botmässigkeit“ zu halten — was damit gemeint ist, zu erfahren, bemühe ich mich erfolglos seit fast zwei Jahren — diese Artikel also, die der theoretischen Diskussion nach separatistischer Methode dienen, schliessen fast nie ohne eine feurige Fanfare für die internationale Solidarität aller Arbeiter, insbesondere der Arbeiter Oesterreichs und eine Beteuerung der Bereitschaft zum Frieden. Darin ist mehr zu sehen als das Kompliment, das der Separatismus vor dem Internationalismus macht, es ist nicht für uns Deutschen geschrieben, sondern für die tschechischen Arbeiter, vor die man, trotzdem man sie zu Separatisten gemacht hat, ohne das internationale Feigenblatt nicht zu treten wagt. Und gerade weil darin Kautsky meines Erachtens

sehr richtig sieht, weil ich es als übertriebenen Pessimismus ansehe, wenn Otto Bauer meint, im Empfinden der Parteigenossen habe die Gesamtpartei zu leben aufgehört, halte ich es für notwendig in diesem Augenblick der Ueberreiztheit, dieses Empfinden für die Gesamtpartei zu schonen und es nicht durch einen Parteitag, der sich an heute unlösbaren Problemen vergeblich abmühen würde, abzustumpfen.

Wir müssen warten, bis der Separatismus sich ausgelebt hat. Nicht von aussen, von dem tschechischen Proletariat selbst muss die Wendung kommen. Wir können den tschechischen Genossen nicht helfen, ihn zu überwinden, sie müssen sich selbst helfen. Jeder Versuch, den wir machen, sie zu überzeugen, reizt nur ihre Empfindlichkeit, die um so grösser ist, je mehr sie am schlechten Gewissen leiden. Denn trotz aller ihrer grossen Worte, die tschechischen Sozialdemokraten müssten blind sein, wenn sie nicht wenigstens Momente hätten, wo sie sehen, wohin sie der Separatismus geführt hat. Der Separatismus sollte die politische Organisation der tschechischen Sozialdemokratie stärken, er hat sie gespalten; er sollte die Möglichkeit einer weiter ausgreifenden und tiefer eindringenden gewerkschaftlichen Organisation der tschechischen Arbeiterschaft bringen, es stehen heute weniger tschechische Proletarier in der gewerkschaftlichen Organisation — Zentralisten und Separatisten zusammengenommen — als vor drei Jahren. Und schliesslich: der Separatismus sollte die Stellung der tschechoslawischen Partei in der Internationale stärken und heben, er hat sie in der Internationale isoliert. Freilich wird behauptet, die separatistische Politik habe sich in den Wahlen bewährt und habe Mandate gebracht, während die Internationalität der deutschen Sozialdemokratie sie Mandate gekostet habe: ich halte die eine Behauptung für ebenso falsch als die andere; aber wäre sie richtig, so spräche sie nicht für den Separatismus, sondern nur gegen diese Mandate. Wie dem aber auch sei, die Bilanz des Separatismus ist politisch, organisatorisch wie gewerkschaftlich so traurig wie nur möglich.

Bewertet man aber den Separatismus nicht nach dem, was er dem tschechischen Proletariat genützt, sondern was er dem deutschen Proletariat und dem Proletariat aller anderen Nationen geschadet hat, schadet und schaden wird, dann kann man ihn nicht hoch genug einschätzen. Dem Separatismus ist es gelungen, die Gesamtpartei als solche fast funktionsunfähig zu machen und ihre Gemeinsamkeit auf Vereinbarung der politischen Aktion von Fall zu Fall einzuschränken. Der allgemeine Rahmen des Parteiprogrammes und noch mehr die politisch gegebenen Notwendigkeiten der proletarischen Taktik bewirkten allerdings, dass die Sozialdemokratie Oesterreichs trotz alledem noch immer mehr Einheitlichkeit aufweist als jede einzelne bürgerliche Partei. Das aber ist ein schlechter Trost, denn die Sozialdemokratie ist nicht gewohnt, ihre Kraft an der Schwäche der Gegner zu messen. Die innere Kraft aber, die uns die internationale Geschlossenheit verliehen hatte und die unser Stolz war und einst wieder sein wird, ist gegenwärtig empfindlich gemindert, gemindert vor den Augen der politischen Welt, gemindert aber auch, was viel schlimmer ist, in dem Bewusstsein unserer eigenen Genossen. Die deutsche Sozialdemokratie, die ihre internationale Pflicht stets ohne Ruhmredigkeit, aber in schlichter Treue erfüllt hat, sieht sich der chauvinistischen Herrschaft angeklagt, nur weil sie an der Gemeinsamkeit des proletarischen Kampfes festhält. Es wird uns deutschen Sozialdemokraten durch den tschechischen Separatismus erschwert, inmitten der nationalen Kämpfe, die das politische Leben Oesterreichs erfüllen, unsere Entscheidungen wie stets bisher unbefangen, vorurteilsfrei und sachlich zu treffen. Das Entscheidende aber ist, dass der Separatismus den Lebensnerv des Klassenkampfes auch des deutschen Proletariats angetastet hat, indem er die Gewerkschaftsorganisation systematisch zerstört. Die politische Aktion und die politische Organisation wird durch Zersplitterung geschädigt und erschwert, die Gewerkschaft kann ohne Gemeinsamkeit nicht leben. Das Existenzminimum internationaler proletarischer Gemeinsamkeit ist die gewerkschaftliche Gemeinsamkeit. Wer sie angreift, gefährdet das notwendigste, lebenswichtigste gemeinsame Band. Zugleich aber stiftet er Schaden ohne jeglichen Nutzen. Die nationale Autonomie der politischen Organisation kann zu weit getrieben werden, immerhin wird sie innerhalb gewisser Grenzen nützlich, ja notwendig sein. Je stärker die Partei wird, desto mehr differenzieren sich ihre Glieder auch in national einheitlichen Ländern. Den Schwierigkeiten, die daraus entspringen, stehen unleugbare Vorteile gegen-

über. In der Gewerkschaft bedeutet Zersplitterung nichts anderes als Ohnmacht ohne jeden kompensierenden Vorteil. Der Separatismus hat die Gewerkschaften gezwungen und zwingt sie, ihre ganze Kraft aufzuwenden, um ihre Organisation zu verteidigen, nicht gegen das Unternehmertum und seine Büttel, sondern vor allem gegen den unseligen Irrwahn, dass die Wohlfahrt und die Ehre des tschechischen Proletariats gebiete, die Organisationen zu sprengen, in denen deutsche, tschechische und polnische Proletarier gemeinsam den Lohnkampf führen. Die tschechischen Separatisten haben nur einen einzigen Milderungsgrund: sie sind gegenwärtig unfähig, gewerkschaftlich zu denken. Das ist mit grösster Deutlichkeit klar geworden bei jenen Konferenzen, die in diesem Winter in Prag und Wien abgehalten wurden und die von der Gesamtexekutive eingeleitet worden waren, um einen Weg zur Einigung im Gewerkschaftskonflikt zu suchen. Die tschechischen Genossen waren nicht einmal zu überzeugen, dass es die oberste und primitivste Notwendigkeit sei, Einrichtungen zu schaffen, um die Gemeinsamkeit der gewerkschaftlichen Aktion organisatorisch zu sichern und ihre Mittel wirksam zusammenzufassen. Immer wieder begegneten wir dem Wahne, es genüge diese Gemeinsamkeit der national getrennten Organisationen nicht allein in jeder Fachgruppe, sondern in jedem Betriebe von Fall zu Fall herzustellen. Die schablonenhafte Uebertragung eines Organisationsprinzips, das für die politische Organisation, wenn nicht nützlich, doch immerhin möglich ist, auf die Gewerkschaft, wo es ebenso schädlich als unmöglich ist, war im letzten Grunde das unüberwindliche Hindernis, das den Einigungsversuch scheitern machte. Die Frage, wie weit die Zentralverbände zu billigem Entgegenkommen bereit seien, konnte gar nicht aufgeworfen werden, weil die prinzipielle Grundlage für die Gemeinsamkeit nicht gewonnen werden konnte. Diese spezifische Blindheit für gewerkschaftliche Notwendigkeiten entspringt aber nicht etwa einem Defekt des separatistischen Intellekts, sondern seinem Mangel an Willen zur Gemeinsamkeit und auch hier ist der Intellekt dem Willen dienstbar. Die Separatisten wissen innerhalb der tschechischen Organisation, der politischen wie der gewerkschaftlichen, die zentralistische Zusammenfassung sehr wohl zu schätzen, vielfach besser als wir Deutsche, wie man ja überhaupt den tschechischen Separatismus als Prager Zentralismus definieren könnte. Angesichts dieses Mangels an Willen zur internationalen Gemeinsamkeit, dem jede gemeinsame Organisation als deutsche Herrschaftsorganisation erscheint, musste man die Hoffnung aufgeben, gegenwärtig zu einer Verständigung zu kommen. Darüber würde auch ein Gesamtparteitag nicht hinwegkommen, dem überdies die Kompetenz fehlt, in gewerkschaftlichen Dingen zu entscheiden und der sich damit begnügen müsste, prinzipielle Forderungen aufzustellen, die nur ein Gewerkschaftskongress in die Wirklichkeit übersetzen könnte.

Nun wird die Anklage erhoben, dass der Gesamtparteitag nicht schon früher, zur Zeit, da er satzungsmässig zusammentreten sollte, einberufen wurde. Die Antwort ist eine sehr einfache: weil, wäre das geschehen, der Riss in der Gesamtpartei eben schon früher eingetreten wäre. Auf dem letzten Parteitag 1905 gab die tschechische Delegation die Erklärung ab, dass sie von ihrer Absicht, die tschechischen Forderungen hinsichtlich der gewerkschaftlichen Organisation auf die Tagesordnung zu stellen nur darum abstehe, weil der kritische Moment für den gemeinsamen Angriff auf die Wahlprivilegien gekommen sei. Nach einer Verwahrung des Genossen Hueber in Bezug auf die Kompetenz des Parteitages in Gewerkschaftsangelegenheiten wurde die tschechische Erklärung ohne Debatte zur Kenntnis genommen. Der Wahlrechtskampf wurde dann gemeinsam von tschechischen Genossen mit nicht minderer Tapferkeit, wie von den Deutschen siegreich zu Ende geführt. Im Jahre 1907 war der Gesamtparteitag fällig. Dazwischen lagen zwei Ereignisse. Ein ausserordentlicher Gewerkschaftskongress, der wohl eine sehr grosse zentralistische Majorität aufwies, aber keine Einigung, sondern eine Verschärfung der Gegensätze brachte, und die ersten Wahlen des eroberten gleichen Wahlrechtes, deren Ergebnis eine starke sozialdemokratische Fraktion war. Die gewerkschaftliche Gemeinsamkeit war bereits gefährdet, aber die politische Gemeinsamkeit konnte durch den Gesamtparteitag in Permanenz, als welcher sich gewissermassen der Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten darstellte, erhalten, ja gefestigt werden. Die Hoffnung, den Streit, der auf gewerkschaftlichem Boden entbrannt

war, begrenzen zu können, die Befürchtung, durch einen Gesamtparteitag ihn auf das Gebiet der politischen Organisation zu übertragen und dadurch auch das schwer erarbeitete und nunmehr wichtigste Organ der Gemeinsamkeit, den Abgeordnetenverband zu gefährden, war der Grund, der 1907 und um so mehr 1909 von der Einberufung des Gesamtparteitages absehen liess, und zwar, wie festgestellt werden soll, in vollem Einverständnis der deutschen und tschechischen und ohne Widerspruch der anderen nationalen Exekutiven. Auch heute, wo wir den Verlauf rückblickend beurteilen können, erscheint es sicher, dass die Einberufung des Gesamtparteitages dazu geführt hätte, dass der Verband schon damals gesprengt worden wäre, zu einer Zeit, wo das die Partei weit empfindlicher getroffen hätte als heute, wo die Grundlagen der parlamentarischen Aktion hergestellt sind und auch ohne formellen Verband bis zu hohem Grade wirksam sein werden. Der Gesamtparteitag hätte sich gewiss auch mit unseren nationalpolitischen Meinungsverschiedenheiten beschäftigen müssen und hätte auch da grosse Schwierigkeiten zu überwinden gehabt. Aber diese Aufgabe hätte er, das lässt sich mit grosser Sicherheit sagen, erfüllen können. An der Frage der gewerkschaftlichen Organisation hätte er aber damals ebenso scheitern müssen wie heute, weil er nicht an ihr vorbeigehen konnte und es doch nicht seines Amtes war und nicht in seiner Macht stand, sie zu lösen.

Die Anklagen, die jetzt von verschiedenen Seiten gegen die Gesamtexekutive und noch mehr gegen die deutsche Exekutive erhoben werden, reduzieren sich wesentlich darauf, dass wir beschuldigt werden, es unterlassen zu haben, Oel ins Feuer zu giessen. Darüber werden wir auf dem Innsbrucker Parteitag gebührend Rede zu stehen haben; hier genüge das Geständnis, dass die deutsche Exekutive und die deutsche Parteipresse gegenüber den separatistischen Exzessen in Wort und Schrift Geduld und Selbstbeherrschung bis zu einem Grade geübt haben, wo, wie uns manche Genossen vielleicht mit Recht vorwerfen, aus der Tugend ein Laster wird. Wir haben es an der prinzipiellen Bekämpfung des gewerkschaftlichen Separatismus niemals und nirgends fehlen lassen, aber wir haben uns allerdings gehütet, die Leidenschaft der deutschen Arbeiterschaft anzufachen durch Vorführung der separatistischen Kampf- und Diskussionsmethoden in aller ihrer Pracht und wir haben sorgfältig vermieden, der separatistischen Presse auf diesem Wege zu folgen. Wir sehen mit Schmerz, dass unser, von dem Bewusstsein ernstester Verantwortlichkeit diktiertes Verhalten eine Vertiefung der Gegensätze nicht hindern konnte, aber wir können mit gutem Gewissen sagen, dass wir wenigstens nicht Schaden gestiftet haben. Unsere Langmut hat auf die Separatisten so wenig gewirkt wie unsere Kritik. Als wir das sachverständige Urteil der Internationale anriefen und es sich zeigte, dass sich für den nationalen Separatismus auch nicht eine einzige Stimme aussprach, wurde dadurch bei den tschechischen Sozialdemokraten nicht etwa der Einfluss des Separatismus vermindert, sondern das Ansehen der Internationale in unerhörter Weise herabgesetzt. Sie haben die zentralistische Opposition aus ihrer Partei hinausgedrängt, wir haben mit unserem Urteil nicht zurückgehalten, aber uns davor gehütet, in den Streit innerhalb der tschechischen Partei einzugreifen, weil wir nicht dazu beitragen wollten ihn zu verschärfen und die Heilung des Risses zu erschweren. Das hat nicht gehindert, dass die Separatisten uns nicht nur als Helfer ihrer zentralistischen Gegner, sondern geradezu als Urheber ihrer Parteispaltung anklagten und anklagen. Und während sie die deutsche Sozialdemokratie dafür verantwortlich machen, was die tschechischen Zentralisten tun und was sie, wie die Separatisten genau wissen, gegen unseren ausdrücklichen Rat tun, lehnen sie selbst die Verantwortung dafür ab, dass uns ihre eigenen Organisationen in deutschen Wahlbezirken Gegenkandidaten aufstellen. Sie zerschlagen die letzten noch intakt gebliebenen Gewerkschaften, bedienen sich dabei einer Taktik der List und Gewalt, die das Vertrauen in Genossentreue aufs schwerste erschüttern muss, aber zugleich erwarten und verlangen sie von uns, dass wir das Widernatürliche tun, dass wir die zentralistische Minorität der tschechischen Sozialdemokratie, die der internationalen Gemeinsamkeit in Partei und Gewerkschaft treu geblieben ist, als Feinde behandeln und verfemen. Gewiss haben die tschechischen Zentralisten schwere Fehler begangen, ihre Konstituierung als selbständige Partei

hat nur den einzigen Milderungsgrund, dass es ein Verzweiflungsakt war, zu dem sie die unselige separatistische Taktik gedrängt hat, die ihnen jede Brücke abschnitt und die Einigkeit der Partei in verkehrter Weise durch Gewaltanwendung herstellen wollte.

Wer dieses ganz flüchtige und unvollständige Register unzweifelhafter und erweislicher Tatsachen überblickt, wird nicht erstaunt fragen: und so handelt die tschechische Sozialdemokratie, eine durch und durch proletarische, in hundert schweren Kämpfen erprobte Partei, die sich mit Recht berüht, eines der stolzesten Bataillone der internationalen Armee zu sein!? Was jedem Fremden ein Rätsel sein muss, ist nur dem verständlich, der dazu verdammt ist, in Oesterreich zu leben und der den Kampf der Nationen mit schmerzhaft offenen Augen zu sehen und zu verstehen gelernt hat*. Nur der wird auch begreifen, dass diese tschechische Partei in ihrer Masse, trotzdem sie heute einer furchtbaren Suggestion unterliegt, nicht aufgehört hat, eine durch und durch sozialdemokratische Partei zu sein, die den Boden des Klassenkampfes noch nicht einen Moment verlassen zu haben glaubt. Sie hat trotz alledem nicht aufgehört uns allen eine Bruderpartei zu sein, eine Bruderpartei, die gegenwärtig auf einem verhängnisvollen Irrwege ist, die eine lebensgefährliche Phase ihrer Entwicklung durchmacht, die aber, wenn sie erst den Gipfel der separatistischen Welle überwunden hat, den Weg zur internationalen Gemeinsamkeit des Proletariats in Oesterreich wieder finden wird.

Bis dahin hat die deutsche Sozialdemokratie zwei schwere und ernste Aufgaben. Sie muss dafür sorgen, dass der Brand, den der tschechische Sozialismus entfacht hat, nicht auf das deutsche Proletariat übergreife, dass vor allem die Zerstörung der gewerkschaftlichen Organisation, die er verschuldet, begrenzt und wenigstens von den vorwiegend deutschen Industriezentren ferngehalten werde. Für diese Abwehraktion, die hindern muss und wird, dass mindestens das deutsche Proletariat seine besten, wirksamste und unersetzlichste Waffe im Klassenkampf einbüsse oder stumpf werden lasse, muss die Partei ihre volle Kraft und alle ihre Energie einsetzen. Dann aber hat, wie alle nationalen Organisationen des Proletariats in Oesterreich, vor allem die deutsche Sozialdemokratie dafür Sorge zu tragen, dass ihr Verhältnis zu den nunmehr leider zwei sozialdemokratischen Parteien, die den Kampf des tschechischen Proletariats führen, klargestellt und so geordnet werde, dass der Wiederherstellung der vollen internationalen Gemeinsamkeit des Proletariats in Oesterreich die Wege geebnet, sicher aber keine Hindernisse bereitet werden. Diese beiden Aufgaben zu erfüllen wird die wichtigste Pflicht des Innsbrucker Parteitages sein.

Wir müssen warten, sorgen wir dafür, dass wir es können.

Eine Antwort des „Právo Lidu“

Das „Právo Lidu“ veröffentlicht in seinen Nummern vom 4. bis 9. August vier Artikel, welche auf die Behandlung der tschechischen Frage in Partei und Gewerkschaft durch die beiden letzten Hefte des „Kampf“ erwidern. Wir bringen diese an leitender Stelle erschienenen Artikel des tschechischen Zentralorgans in vollständiger und wortgetreuer Uebersetzung aus zwei Gründen.

Wiederholt und auch in dieser Artikelserie beklagen sich die separatistischen Organe, dass wir die deutsche Oeffentlichkeit und die Internationale angeblich über sie falsch informieren. So heisst es in einem der folgenden Artikel:

„Die deutschen Genossen missbrauchen gegen uns ihren grossen Vorteil, dass die ganze deutsche Presse aus nationaler Solidarität ihnen alles glaubt und in der ganzen Welt uns als Chauvinisten verschreit und uns dabei noch unmöglich macht, uns gegen eine solche lächerliche Beschuldigung zu wehren.“

Die Leser des „Kampf“ sollen Gelegenheit haben, an der Hand der folgenden Darstellung die Berechtigung dieses Vorwurfes nachzuprüfen.

* Ich kann es mir nicht versagen, bei diesem Anlass auf Otto Bauers glänzendes Buch „Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie“ hinzuweisen, das von den Parteigenossen viel zu wenig studiert worden ist. Es ist fünf Jahre alt, aber nicht überholt, sondern aktueller als je.

Andererseits begrüßen wir das Erscheinen dieser Artikelserie als eine gute Gelegenheit, unseren Lesern die Gedankengänge der führenden tschechoslawischen Genossen, die übrigens durch den Nachdruck in den meisten tschechoslawischen Parteiorganen erst recht bedeutsam geworden sind, in geschlossener Form vorzuführen. Um die reine Wirkung dieser Ausführungen nicht zu stören, verzichten wir auf jede Richtigstellung oder polemische Bemerkung in diesem Hefte.

Die Streitigkeiten in der Sozialdemokratie in Oesterreich.

I.

Unsere deutschen Genossen haben die Lösung des nationalen Problems in der Sozialdemokratie in Oesterreich immer nur von ihrem Machtstandpunkte aus betrachtet, inwiefern sie nämlich die tschechischen Arbeiter zu beherrschen und ihnen ihre Politik aufzuzwingen vermögen. Aber nicht nur das nationale und politische Problem wollen unsere deutschen Genossen auf diese Weise lösen, sie krönten auch ihren ganzen Sozialismus in dem Grundsatz: Der tschechische Arbeiter soll tributpflichtig und untertänig sein der deutschen Sozialdemokratie. Wer sich diesem Gebote nicht unterwirft, wer es nicht als seinen einzigen Beruf anerkennt, die tschechischen Arbeiter zur Tributpflicht und zur Untertänigkeit gegen Wien zu organisieren, den schliessen sie aus der sozialistischen Internationale aus. Den Wert der tschechischen Sozialdemokraten beurteilen sie einzig und allein von dem Gesichtspunkt aus, inwiefern sie die Interessen und Bedürfnisse der deutschen Sozialdemokratie besorgen. Und dass sich die politischen und nationalen Interessen der deutschen Arbeiter nicht in allem mit den Interessen der tschechischen Arbeiter decken, darüber braucht man doch nicht viel zu reden. Es genügt der Hinweis auf die eine Tatsache, dass die Industrie und das Kapital auch in den tschechischen Ländern sich bisher überwiegend in den Händen der deutschen Kapitalisten befinden, die den tschechischen Arbeitern für elenden Lohn alle Rechte der Selbstbestimmung, auch die Nation und das Recht auf die Erziehung ihrer Kinder nehmen. Die deutschen Genossen anerkennen dieses Recht der Kapitalisten und haben den Befehl ausgegeben, dass sich die tschechischen Arbeiter assimilieren. Aber darüber ein anderesmal ausführlicher.

Heute wollen wir uns nur mit den Streitigkeiten um die Organisationsform beschäftigen, aus denen unsere lieben deutschen Genossen einen Schild machen wollen, unter dem sie jegliche Bestrebungen der tschechischen Sozialdemokraten nach Gleichberechtigung und Gleichwertigkeit, wie es das gemeinsame sozialistische Programm vorschreibt, umbringen können. Die deutschen Genossen haben für die sozialistische Gleichberechtigung und Gleichwertigkeit eine einzige Auslegung: Was nicht das deutsche Zeichen trägt, das hört auf für sie gleichberechtigt und gleichwertig zu sein und sie bezeichnen es als chauvinistisch. Von diesem Standpunkt aus richten sie ihr ganzes Tun in den politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen, in ihrer Presse und in ihren Versammlungen ein, so informieren sie auch die ausserösterreichische sozialdemokratische Öffentlichkeit. Auf deren Hilfe verlassen sie sich am meisten bei ihrem verderblichen Werke: Sie spalten die unbotmässige Partei der tschechischen Sozialdemokraten und wenn ihnen das nicht gelingt, so klagen sie vor dem Forum der Internationale, wie weit es dieser unser Ungehorsam und unsere Unbotmässigkeit gebracht hat. Es sind bei uns ganz verkehrte Verhältnisse entstanden: Anderswo bemüht man sich, den Arbeitern zu beweisen, dass sie mit ihren Interessen und Bedürfnissen zur grossen sozialistischen Armee gehören, weshalb sie ihre Stütze in der sozialistischen Internationale suchen müssen. Die deutschen Genossen aber schmähen uns schon seit Jahren in der ganzen Internationale, dass wir nicht hingehören, weil wir ihnen nicht tributär und untertänig sein wollen. In diesem Kampfe gebrauchen sie gegen uns alle Waffen, keine ist ihnen zu schlecht, dass sie sie nicht gegen uns gebrauchten. Sie haben es schon so weit gebracht, dass die Sozialdemokraten in Deutschland, aufgehetzt von dem Trebitscher Pollatschek oder verschiedenen journalistischen Abenteurern — à la Siegmund Kaff — glauben, dass wir uns von den deutschen Genossen aus rein chau-

vinistischen Gründen getrennt hätten. Sie bemühen sich, unseren Streit um die Organisationsform der ausländischen Oeffentlichkeit so auseinanderzusetzen, als ob wir das sozialdemokratische Programm verlassen hätten, während wir uns dagegen wehren, die opportunistische schwarzgelbe Politik machen zu müssen, wie sie unsere deutschen Genossen machen. Was die österreichischen kapitalistischen Regierungen mit ihrem ganzen bürokratischen, polizeilichen, gerichtlichen und militärischen Apparat nicht vermocht haben, das will die deutsche Sozialdemokratie zustande bringen: das tschechische Proletariat zum Schutze und zur Erhaltung des deutschen Charakters Oesterreichs in ihren deutschen zentralen Gewerkschaften und politischen Organisationen erhalten. In diesem Faktum muss man das Wesen unseres Streites mit den deutschen Genossen suchen. Der Kampf um die Organisationsform ist nur der äussere Ausdruck der inneren Gegensätze, die viel tiefer sind, als der Streit um die Form. Die deutschen Genossen verlangen von uns, dass wir uns bedingungslos ihrem Diktat überall und in allem unterwerfen, wenn nicht, gehen sie gegen uns genau so gehässig vor wie unsere ärgsten Feinde. Sie haben es mit ihren Hetzereien so weit gebracht, dass die deutschen Genossen nicht mehr neben den tschechischen in den Werkstätten arbeiten wollen, dass sie die Gastwirte auffordern, die tschechischen sozialdemokratischen Blätter nicht zu abonnieren, ausgenommen die zentralistischen Pamphlete, dass sie einen Druck auf die Gastwirte ausüben, tschechische sozialdemokratische Organisationen in ihre Lokalitäten nicht mehr aufzunehmen u. s. w. Wie weit die deutschen Genossen die Dinge schon getrieben haben, das beweist folgendes: Als den deutschen Sozialdemokraten zum Beispiel im X. und XVI. Wiener Bezirk die Wahlergebnisse mitgeteilt wurden, jubelten sie jedesmal, wenn ein Bericht über die Niederlage eines tschechischen Sozialdemokraten einlangte.

Die Redakteure der „Arbeiter-Zeitung“ haben die ausländische sozialistische Oeffentlichkeit dahin informiert, dass die tschechischen Sozialdemokraten Gegenkandidaten gegen die deutschen Kandidaten aufgestellt hätten. Diese ehrenwerten Pollatscheks haben allerdings verschwiegen, dass die tschechischen Bergarbeiter das nur als Vergeltung und erst dann getan haben, als die zentralistischen Bergarbeiter überall Kandidaten gegen unsere Genossen aufstellten.

Da alle Gehässigkeit und all ihr Aerger den deutschen Genossen nicht halfen und sie nur vor der ganzen Welt unsterblich blamierte, mitsamt ihren tschechischen Zentralisten, ja da ihnen ihr unüberlegtes Losschlagen auf uns mehr schadet als uns, rufen sie jetzt wieder die ganze Internationale ins Feld, damit sie ihnen helfe, uns unterzukriegen. Sie haben für sich nicht einmal den mildernden Umstand, dass sie das nicht gewusst hätten; unzähligemale haben wir es ihnen gesagt, dass sie aufhören uns zu beschimpfen und zu bedrohen, dass wir sie nicht fürchten. Aufrichtig und brüderlich haben wir ihnen geraten, den betretenen Weg aufzugeben, dass sie mit Drohungen und Gewalt die Sache nicht in Ordnung bringen, sondern nur schlechter machen würden. Jetzt müssen sie die Konsequenzen des zweijährigen unvernünftigen Auftretens gegen uns tragen. Was haben sie damit dem Proletariat aller Nationen in Oesterreich nur für Schaden zugefügt! Wo hätten wir schon sein können, wenn die deutschen Genossen gemeinsam mit uns den Weg gesucht hätten, wie die nationalen Probleme in der Organisation der Sozialdemokratie in Oesterreich gelöst werden könnten, während sie beständig nur darüber nachdenken, wie sie uns unterkriegen sollen, damit wir ihnen bedingungslos auf Gnade und Ungnade ausgeliefert werden. Da sich nun die Folgen ihrer bösen Taten einstellen, von denen am meisten die Urheber selbst betroffen werden, klagen sie der ganzen Welt, dass wir mit unserem „Separatismus“ und unseren autonomistischen Bestrebungen alles verschuldet hätten. Es tut uns wirklich leid um die überflüssig vergeudete Energie und die Zeit, die unsere Kämpfe mit den deutschen Genossen schon gekostet haben. Ja, wir befürchten nach ihrem jetzigen Vorgehen, dass die bisherigen Schäden sie auch nicht im geringsten belehrt haben, dass wir unüberwindlich sind und dass man mit uns wie mit Gleichen, gemäss den sozialistischen Prinzipien, verhandeln muss, wenn in unsere Organisationen der Friede kommen soll, die erste

Voraussetzung einer gesunden Entwicklung der sozialistischen Internationale in Oesterreich. Je mehr die deutschen Genossen gegen uns h e t z e n werden, um so mehr wird die Kluft zwischen uns erweitert werden, die dann nicht so leicht wird überbrückt werden können. Sie müssen sich doch schon überzeugt haben, dass sie sich vergebens auf die tschechischen Zentralisten verlassen haben, dass sie bei den Wahlen das Werk der Spaltung der tschechischen Sozialdemokratie zu Ende führen werden. Sie hoffen doch nicht, dass sie uns jetzt nach den Wahlen v e r n i c h t e n werden, nachdem wir uns gegen alle unsere Feinde mit samt ihren Zentralisten zu wehren vermochten? Sie mögen nur die Ziffern zur Hand nehmen. Bei den letzten Wahlen haben die deutschen Sozialdemokraten 544.500 Stimmen erhalten, darunter zumindest 50.000 tschechischer Sozialdemokraten (Böhmen, Schlesien und Niederösterreich). Die übrigen sozialdemokratischen Parteien — die polnische, ruthenische, italienische und slowenische — erhielten zusammen 133.000 Stimmen. Wenn wir dazu noch die 14.000 Stimmen der Zentralisten rechnen, erhalten wir zusammen etwa 640.000 Stimmen, auf die die deutschen Genossen rechnen könnten. Die tschechische Sozialdemokratie erhielt 382.924 Stimmen. Wenn wir dazu die 50.000 tschechischen Stimmen aus Nordböhmen und Niederösterreich rechnen, so gibt das zusammen mindestens 430.000 Stimmen*. Und diese Stimmen — im ersten Wahlgang — sind absolut verlässlich. Wenn die deutschen Genossen einen G e n e r a l a n g r i f f auf die tschechische Sozialdemokratie unternehmen, dann ist ihre Schlacht schon im vorhinein verloren. In Böhmen und Mähren sind sie in der Minderheit, in Niederösterreich und in Schlesien werden sich unsere Genossen ihrer zu erwehren vermögen. Also gar so schlecht wird es nicht gehen und wir können ruhig die Zukunft abwarten.

Unsere deutschen Genossen haben die ganze Oeffentlichkeit so verwirrt, was besonders aus der letzten Nummer des „Kampf“ deutlich hervorgeht, dass wir in einem weiteren Artikel kurz die ganze Entwicklung der Verhältnisse noch einmal darlegen müssen. Man muss zeigen, wo und woraus der Separatismus entstanden ist und wer sich bemühte und sich noch bemüht, den tschechischen Genossen den Charakter der sozialen, politischen und kulturellen Minderwertigkeit, und zwar nicht nur im Internationalismus, wie der „Kampf“ zu beweisen versucht, aufzudrücken.

II.

Das Bestreben der deutschen Genossen, die tschechischen Genossen zu beherrschen, ist fast so alt wie unsere Bewegung. Als sich die tschechischen Arbeiter nach den ersten unsicheren Schritten auf eigene Füße stellten und infolge der gehässigen Angriffe der tschechischen Bürgerlichen in den Lohnkämpfen sich als selbständige Arbeiterpartei erklärten, suchten sie natürlich eine Stütze bei der Arbeiterschaft der anderen Nationen. Das war unumgänglich notwendig, schon deshalb, weil das tschechische Kleinbürgertum bis aufs äusserste aufgerührt wurde durch den Kampf der tschechischen Arbeiter und deshalb verlangte, dass Regierung und Polizei die tschechische Sozialdemokratie auf das schärfste bekämpfen. Wenn es den deutschen Genossen auch einigermassen besser erging als uns, so ging es ihnen doch nicht so gut, dass sie nicht die Unterstützung der tschechischen Genossen gewünscht hätten. Die ungeheure Persekution schloss natürlich die tschechischen und deutschen Genossen zu gemeinsamer Abwehr zusammen.

Die Arbeiterbewegung in Oesterreich spaltete sich infolge der heftigen Verfolgungen in Radikale und Gemässigte, die einander um so mehr bekämpften, je mehr das die Kapitalisten und ihre Regierungen wünschten und je ohnmächtiger infolgedessen die Arbeiterschaft war. Die Radikalen verkündeten aus Verzweiflung die Politik der Vergeltung. Sie glaubten nicht, dass auf friedlichem Wege etwas für die Arbeiterschaft zu erreichen wäre. Weder die nationale Frage noch die Organisationsform spielten unter der klassenbewussten Arbeiterschaft damals eine nennenswerte Rolle. Alles stand unter dem Druck der schrecklichen Persekution und der Abwehr dagegen. Die Gemässigten riefen nach der Organisation, die Radikalen nach der Propaganda der Tat. Die nationale Frage zeigte sich da nur insofern, als die radikale Bewegung, die der überwiegenden

* Die Ziffern sind etwas ungenau; die tschechoslawische Sozialdemokratie erhielt rund 352.000, die tschechische 20.000 Stimmen. Anmerkung des Uebersetzers.

Majorität nach aus tschechischen Arbeitern bestand, äusserlich ein mehr tschechisches Gepräge hatte, während im Gegenteil die Bewegung der Gemässigten nach der Majorität ihrer Anhänger wieder einen überwiegend deutschen Charakter hatte.

Sobald aber die Verfolgungen einigermaßen nachliessen und die Arbeiterschaft sich politisch und gewerkschaftlich zu organisieren und neue Zeitungen zu gründen begann, begannen sofort die Beschwerden der Tschechen über die unsolidarische Herrschaft der Deutschen an die Öffentlichkeit zu dringen. Die Dinge nahmen manchmal einen recht scharfen Charakter an, aber die Persekutionen waren genug stark, dass nicht viel Zeit blieb, sich um solche untergeordnete Dinge, wie man damals sagte, zu kümmern. Ohne irgend einen bestimmten Plan wurden damals politische, meistens einsprachige, Organisationen gegründet, ja auch die lokalen Gewerkschaftsorganisationen hatten gewissermaßen einen nationalen Charakter. Als sie später in Landesorganisationen vereinigt wurden, waren es wieder meistens einsprachige Organisationen. Erst nach Hainfeld kam ein Anreiz zur Schaffung gemischter Organisationen. Ganz Oesterreich sollte von einem Netz einheitlicher Organisationen bedeckt werden, die ihren Mittelpunkt mit der zentralen Verwaltung in Wien haben sollten. In diesen zentralen Ausschuss wurden auch einige Vertreter der anderen Nationen aufgenommen, im übrigen hatte aber die Exekutive der österreichischen Sozialdemokratie innerlich und äusserlich einen deutschen Charakter, wie sich aus ihrer Zusammensetzung und aus ihrem Sitz von selbst versteht. Gleich damals erklärten schon die deutschen Genossen jeden Versuch zur Selbständigmachung der Tschechen für Chauvinismus.

Die tschechischen Genossen, die schon vor Hainfeld auf ihrem Kongress in Brünn im Jahre 1887 untereinander Frieden geschlossen hatten, beteiligten sich an den Sitzungen der österreichischen sozialdemokratischen Leitung, ja sie beschickten auch die gemeinsamen österreichischen Kongresse. Aber ihre hauptsächlichste Sorge widmeten sie der Organisation der eigenen Partei und ihren eigenen Kongressen. Je parteiischer die deutschen Genossen gegen sie auftraten, um so mehr hielten sie sich abseits und mit um so grösserem Eifer bauten sie ihre selbständige Partei auf. Die übrigen nicht-deutschen Nationen in Oesterreich leben gesondert von den Deutschen und kommen darum mit ihnen nicht in Streit. Sie lassen die Deutschen tun, was sie wollen, wenn sie auch in den zentralen Institutionen vertreten sind, tun sie doch zu Hause, was sie wollen. Die tschechischen Genossen organisierten sich in lokalen Organisationen, die sie in Kreisorganisationen vereinigten. Die deutschen Genossen hatten keine bestimmte Form der Organisation, sie stützten sich einerseits auf die Organisationen der industriellen Orte, andererseits auf irgendwelchen Mittelpunkt, wie er sich zufällig herausgebildet hatte. Später wurden Landesorganisationen geschaffen, weil durch das Anwachsen der Organisationen der Wiener Zentrale die Möglichkeit fehlte, die Organisationen zu beherrschen. Es musste also eine Institution geschaffen werden, die ein Mittelglied zwischen den lokalen Organisationen und der Reichszentrale schuf. Nach den damaligen Grundsätzen verstand es sich von selbst, dass die Landesorganisationen in Böhmen und in Mähren, der Mehrheit ihrer Mitglieder nach, tschechisches Gepräge haben würden. Dagegen wehrten sich die deutschen Minoritäten und sie erklärten, dass sie sich nie der tschechischen Mehrheit unterwerfen würden. Es war das besonders Genosse Haenich, der resolut erklärte, dass die Deutschen in Böhmen niemals nach Prag gravitieren würden. Es wurden also in jedem dieser Länder zwei selbständige Landesorganisationen, und zwar eine tschechische und eine deutsche, geschaffen. Später folgte auch Schlesien.

Der nationale Separatismus, der sich allmählich auf natürlichem Wege in den sozialdemokratischen Organisationen in Böhmen, Mähren, Niederösterreich und in Schlesien entwickelte, wurde von den deutschen Genossen auf einmal zu einem Organisationsprinzip erhöht. Es zeigte sich, dass die deutschen Genossen für gemeinsame Organisationen nur in dem Falle sind, wenn sie sie vollständig beherrschen können, dass sie sich aber niemals einer andersnationalen Mehrheit unterwerfen. Dann werden sie aus straffen Zentralisten extreme Separatisten. Dieses Verhalten der deutschen Genossen hatte natürlich entscheidenden Einfluss auf die tschechischen Sozialdemokraten. Da sie die Herrschaft der deutschen Genossen gemerkt hatten, begannen sie von

sich alle Fesseln abzuschütteln, die die Entwicklung der tschechischen Organisation behinderten. Im Jahre 1897 schliesslich wurde den tatsächlichen Verhältnissen auch nach aussen hin Rechnung getragen und die österreichische Sozialdemokratie wurde aus einer einheitlichen Partei in eine vereinigte umgewandelt. Aus der österreichischen sozialdemokratischen Partei wurde die vereinigte tschechische, deutsche, polnische, italienische, ruthenische und slowenische Sozialdemokratie in Oesterreich. Sie hielt bis zum Jahre 1905 jedes zweite Jahr einen Gesamtparteitag, zu dem jeder der 72 Wahlkreise der fünften Kurie je zwei Delegierte schickte. Die Gesamtparteivertretung der vereinigten Sozialdemokratie in Oesterreich setzte sich aus den Exekutiven der einzelnen Nationen, die auf den eigenen nationalen Kongressen gewählt wurden, zusammen. Wie schon gesagt wurde, hatten wir vom Jahre 1905 keinen gemeinsamen politischen Parteitag in Oesterreich. Darnach wurde noch im November desselben Jahres ein gemeinsamer Kongress der Gewerkschaftsorganisationen abgehalten, aber die deutschen Genossen und mit ihnen einige tschechische Zentralisten traten gegen die tschechischen Autonomisten so gehässig auf, dass stillschweigend anerkannt wurde, dass ein gemeinsamer Kongress auch die letzten Reste der Gemeinsamkeit der Sozialdemokratie in Oesterreich begraben könnte. Die tschechischen Sozialdemokraten würden den Ton nicht vertragen, in dem zum Beispiel über sie und zu ihnen im vorigen Jahr auf dem Kongress der in der Wiener Kommission vereinigten Gewerkschaften gesprochen wurde.

Die Gemeinsamkeit der Sozialdemokratie in Oesterreich wurde praktisch vom Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten erhalten, die gemeinsame Politik im Parlament machten und die gemeinsamen Interessen des Proletariats recht und schlecht besorgten. Da auch im gemeinsamen Verband die deutschen Genossen sich bemühten, ihre Herrschsucht zur Geltung zu bringen, entstanden häufig genug Streitigkeiten zwischen ihnen und den tschechischen Genossen. Als die deutschen Genossen sahen, dass sie die tschechischen nicht unterkriegen, lösten sie lieber den Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten auf. Die deutschen Genossen hatten offenbar mit ihrem Wiener Siege gewisse nationale Verpflichtungen übernommen, deren Erfüllung ihnen verwehren würde, eine innigere Verbindung mit den tschechischen Genossen aufrechtzuhalten, und so zerschlugen sie lieber den gemeinsamen Verband. Institutionen, in denen sie nicht unbeschränkt herrschen können, haben für sie keine Bedeutung.

Die Sozialdemokratie in Oesterreich hat also heute eine einzige gemeinsame Institution, und zwar die Gesamtparteivertretung. Diese Institution hat allerdings eine recht problematische Bedeutung. Sie ist nur gewissermassen eine äussere Repräsentation und das wieder hauptsächlich der — deutschen Genossen. Es wird darin nach folgendem Schlüssel abgestimmt: die Deutschen haben vier Stimmen, die Tschechen drei, die Polen zwei, die Ruthenen, Slowenen und Italiener je eine Stimme, zusammen also zwölf Stimmen. Finanziert wurde sie von den Deutschen und Tschechen, die übrigen Nationen wurden aus diesen gemeinsamen Finanzen unterstützt.

In allem entschieden die deutschen Genossen, sie wählten ihren Vorstand, und wenn es sich um irgendeine Delegierung handelte, wurde in der Regel ein deutscher Genosse delegiert. Die deutschen Genossen haben ganz und gar jeden Sinn für Gleichberechtigung verloren, ihnen ist es durchaus unverständlich, wenn zum Beispiel die Tschechen verlangen, dass bei irgendeiner gemeinsamen Delegation auch auf sie Rücksicht genommen werde oder wenn es sich um irgendein äusserliches Zeichen handelte. Auf den Vorwurf, dass irgendeine Widmung der Gesamtparteivertretung nicht bloss einen deutschen Namen tragen könne, antworteten die deutschen Genossen, dass das dann eine nationale Kundgebung wäre... Wenn die übrigen in der Gesamtparteivertretung vereinigten Nationen irgend etwas erreichen wollen, wenden sie sich immer nur an die Deutschen, die mit ihnen die Majorität bilden. Die Vertretung der Sozialdemokratie in Oesterreich ist innerlich und nach aussen eine repräsentative Institution der deutschen Genossen. Die übrigen nicht-deutschen Nationen brauchen einerseits ständige Unterstützung, andererseits sind sie territorial von den Deutschen abgesondert, als dass deren Tun irgend-

einen Einfluss auf ihre inneren Verhältnisse haben könnte, und darum ist es ihnen im allgemeinen gleichgültig, was die Deutschen tun. Deshalb stimmen sie auch allem zu.

Nicht anders ist es in den Gewerkschaftsorganisationen. Die Lokalorganisationen wurden zu Landesorganisationen vereinigt, wobei der unausgesprochene Grundsatz aufrechtgehalten wurde, dass sich im ganzen die Genossen jeder Nation zu einem bestimmten Ganzen vereinigen. Die Landes- oder besser gesagt Gebietsorganisationen wurden dann in Reichsverbänden der Landesvereine vereinigt, die den tschechischen Genossen ziemlich entsprachen und der gesamten Arbeiterbewegung nützten. Die deutschen Arbeiter hatten aber in diesen Verbänden der Landesvereine nicht die unbeschränkte Macht über alle Mitglieder und alle Mittel der frei vereinigten Organisationen. Die Landesvereine konnten auch jederzeit ohne sonderlichen Schaden das Verbandsverhältnis lösen. Die deutschen Genossen begannen also dahin zu wirken, dass die Verbände der Landesvereine in Reichsvereine umgebildet wurden. In diesen Reichsvereinen, deren Leitung durchaus nach Wien übertragen wurde, spannten die deutschen Genossen die zentralistischen Riemen so sehr an, dass den tschechischen Genossen bald der Atem auszugehen anfang. Die deutschen Genossen rissen ihnen jeden Kreuzer heraus und trugen ihn nach Wien, stellten als Angestellte die unfähigsten Leute an — zum Beispiel den Wiener Tetenka! — und übten einen solchen Druck auf die tschechischen Mitglieder aus, dass diese sich zu empören begannen. Die Lohnbewegungen in den tschechischen Ländern wurden stiefmütterlich abgetan zugunsten Wiens und der deutschen Kreise. Nicht einmal die bei der Umwandlung der Landesvereine abgeschlossenen Verträge wurden von den deutschen Genossen eingehalten.

Aus dieser erstickenden Umarmung befreiten sich als die ersten die tschechischen Genossen Schuhmacher. Die deutschen Genossen kündigten ihnen hierauf die äusserste Verfolgung und die Umbringung der tschechischen selbständigen Organisationen an. Diese rücksichtslose Kundgebung der Herrschsucht der deutschen Genossen empörte die tschechische Arbeiterschaft und begann sie auf einmal selbständig zu machen. Die deutschen Genossen traten umso rücksichtsloser gegen die tschechischen auf, da sie vermeinten, sie einschüchtern zu können. Sie erklärten jeden separatistisch organisierten tschechischen Arbeiter für unorganisiert, sie trugen den Arbeitern auf, mit ihnen nicht zu arbeiten, ihre Lohnbewegungen vereitelten sie und verhandelten mit den Gewerkschaftsorganisationen in Deutschland, dass sie keine separatistisch organisierten tschechischen Arbeiter dulden. Sie leiteten ferner die Praxis ein, dass sie in Lohnkämpfen mit der nationalen und christlichsozialen Arbeiterschaft gemeinsam vorgehen würden, aber die tschechischen Autonomisten schlossen sie vollkommen aus dieser Gemeinschaft aus. Die tschechischen Autonomisten wurden auf Anregung des Vertreters der Wiener Gewerkschaftskommission aus der Gewerkschaftsinternationale auf der Konferenz in Amsterdam ausgeschlossen.

Die Hetzereien der deutschen Genossen gegen uns in den Organisationen wie ganz besonders in der reichsdeutschen Presse erreichten einen solchen Höhepunkt, dass auf dem Kopenhagener Kongress sich der jugendliche Adler erkühnte, uns ins Gesicht die Beleidigung zu schleudern, dass wir Verräter des Sozialismus seien, weil wir den Deutschen nicht folgen wollen, und der Sekretär der Gewerkschaftsinternationale, der Reichsdeutsche Legien, drohte uns direkt mit dem Hinauswurf auch aus der politischen Internationale, nachdem wir unter seiner Mitwirkung aus der gewerkschaftlichen Internationale hinausgeworfen worden waren; das Fachblatt der reichsdeutschen Buchdrucker beantragte, dass man den tschechischen Wenzeln die harten Schädel einhau... Und alle diese Hetzereien und dieses Wüten unserer deutschen Genossen prallt ohnmächtig an der eisernen Ruhe der klassenbewussten tschechischen Arbeiter ab, ja im Gegenteil, je mehr der deutsche Terror wächst, um so mehr steigt das Selbstbewusstsein der tschechischen Sozialdemokraten.

III.

Als die deutschen Genossen erkannten, dass sie die tschechische Sozialdemokratie durch einen direkten Angriff von aussen nicht unterwerfen können, bereiteten sie ihren Fall durch eine Spaltung von innen vor. Die Sekretäre der

Wiener Gewerkschaftskommission begannen in Mähren im Jahre 1909 einen Angriff auf unsere politische Organisation. Dieser Angriff wurde aber durch eine beiderseitige „Verständigung“ abgeschlagen. Aber nach ein paar Monaten, am 21. Februar 1910, unternahmen die Wiener Gewerkschaftssekretäre einen neuen Angriff auf die politische Organisation und verlangten, dass die tschechischen Genossen, die sich nicht bedingungslos den Befehlen der deutschen Genossen aus Wien unterwerfen wollen, aus Wien ausgewiesen werden sollen.

Dagegen empörte sich die ganze tschechische Arbeiterschaft, nicht nur in Brünn, sondern in ganz Mähren. Aber diese starke Willenskundgebung genügte den Wienern nicht, sie verliessen sich auf den Einfluss ihrer Angestellten und auf die Macht ihrer materiellen Mittel. Sie errichteten eine neue selbständige Wiener Zentrale, gründeten eine Zeitung, in deren Redaktion sie verschiedene Marodeure aufnahmen, und begannen auf eine bisher unerhörte Weise auf die tschechischen Genossen loszuschlagen, die tschechische Sozialdemokratie zu beschmutzen und zu schmähen, dass es eine Schande ist, davon zu reden. Die deutschen Genossen drohten uns überdies noch mit einem Kampf bis zum äussersten. Sie vermeinten, dass wir diesen kombinierten Angriffen von aussen und von innen nicht widerstehen würden, dass wir demütig wieder in die Tributpflicht und Untertänigkeit gegenüber Wien zurückkehren werden. Wir gingen aber ruhig unserer Wege, ohne uns in unserer Agitations- und Organisationstätigkeit auch nur im geringsten stören zu lassen. Wir arbeiteten weiter zur vollständigen Selbständigmachung der tschechischen sozialdemokratischen Arbeiterschaft.

Die deutschen Genossen gingen also nach Kopenhagen vor das Forum der Internationale uns verklagen, dass wir uns ihnen nicht unterordnen wollen. Den Boden hierfür hatten sie durch rücksichtslose Angriffe auf die Unbotmässigkeit der tchechischen Sozialdemokratie in der ganzen ausländischen Presse, besonders in der reichsdeutschen und schweizerischen, vorbereitet. Die nationale und Rassensolidarität der Deutschen und der persönliche Einfluss und die Bekanntschaften der Wiener sollten die Internationale präparieren, dass sie den Anklagen der österreichischen Deutschen Gehör schenke und uns befehle, dass wir uns bedingungslos in allem unterwerfen müssen, und dass wir ihnen tributpflichtig und untertänig bleiben müssen. Und wirklich gelang es den deutschen Genossen aus Oesterreich mit Hilfe ihrer Stammesgenossen aus Deutschland und aus der Schweiz, die Internationale dazu zu bewegen, dass sie den Beschluss des Stuttgarter Kongresses über die Einheit der Arbeiterbewegung jeder Nation verletzte. Sie stellte sich auf den Standpunkt der Wiener Genossen, dass über der Einheit der Arbeiterbewegung der ganzen Nation die Einheit der deutschen Gewerkschaftsbewegung in Oesterreich stehe oder praktisch ausgedrückt: die tschechischen sozialdemokratischen Arbeiter müssen, da die Tschechen ihre staatliche Selbständigkeit verloren haben, sich dem Willen und den Befehlen der Wiener Gewerkschaftskommission unterwerfen. Eines der hauptsächlichsten Argumente gegen uns war, dass die deutschen Genossen — besonders Dr. Adler — der Internationale bewiesen, dass 118.000 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter mit Wien gegen Prag gehen, und in ihrem Namen verlangte er, dass wir zur Untertänigkeit gegenüber den Deutschen verurteilt werden. Dass nicht einmal eine Spur der primitivsten Einheitlichkeit in den sozialdemokratischen Organisationen bei den Franzosen, Italienern und Holländern besteht, von der Schweiz, England und Amerika nicht einmal zu sprechen, geschweige denn bei Russen und Polen, das störte jene Vertreter nicht im geringsten. Sie verurteilten uns einfach zur Einheitlichkeit, von der sie selbst bisher so weit entfernt sind, dass sie sie vielleicht niemals erreichen werden. Am leidenschaftlichsten setzten sich für unsere Verurteilung die Russen und die Polen ein, obzwar gerade sie sich zu Hause nicht einmal über die grundlegenden Prinzipien des Sozialismus zu verständigen vermögen und Russen wie Polen, in eine ganze Reihe sozialistischer Parteien zerbröckelt, einander leidenschaftlich bekämpfen.

Die reichsdeutschen Genossen haben sich bisher dem Beschluss der Internationale aus dem Jahre 1889 betreffend die einheitliche Feier des 1. Mai nicht

unterworfen. Nicht einmal das vermochte ihnen Respekt vor diesem Beschluss beizubringen, dass er auf jedem Kongress der Internationale wiederholt wird und dass besonders auf dem Amsterdamer Kongress allen sozialdemokratischen Parteien aufgetragen wurde, diesen Beschluss zu beachten. Die amerikanischen Arbeiter haben sich gleichfalls dem Beschluss des Stuttgarter internationalen Kongresses in der Frage der Einwanderung nicht unterworfen, aber das hinderte weder die Deutschen noch die Amerikaner, sich auf den Richterstuhl zu setzen und die Tschechen zu verurteilen. Offenbar stellen sie sich die Dinge so vor, dass die Internationale dazu da ist, dass sie ihre Beschlüsse nicht beachten, aber mit um so grösserer Rücksichtslosigkeit Beschlüsse gegen die Tschechen fassen und verlangen, dass sie in ihrer Härte beachtet werden, wenn man auch daran zugrunde gehen müsste.

Auf Veranlassung des Genossen Adler wurde in Kopenhagen die tschechische Partei zum erstenmal bei der Abstimmung über die Form der Gewerkschaftsorganisationen gespalten. Es sollte das eine Drohung sein, um einzuschüchtern mit dem, was noch folgen könnte.

Gestärkt durch das Kopenhagener Verdikt legten uns die deutschen Genossen der Wiener Gewerkschaftskommission ihr Ultimatum vor, wie sie uns die gewerkschaftliche Gemeinschaft vorschreiben. Wir sollten unsere völlige Abhängigkeit von der Wiener Gewerkschaftskommission bestätigen. Wir erhoben Einwendungen, legten unsere Gegenanträge vor. Aber die deutschen Genossen blieben hart und erklärten, dass das ihr Ultimatum sei und dass sie mit uns nicht weiter verhandeln werden. Entweder unterwerfen wir uns ihren Befehlen oder sie werden uns von neuem verklagen, dass wir uns vor dem Verdikt der Internationale nicht beugen. Das mussten wir allerdings ablehnen. Die deutschen Genossen gebärdeten sich sehr empört über unsere Festigkeit und Unerschrockenheit. Sie leiteten eine um so eifrigere Arbeit zur Spaltung der tschechischen Arbeiterbewegung ein. Sie gewährten den Angestellten der Wiener Gewerkschaftskommission die Mittel, um gegen uns eine politische Abspaltungsorganisation zu organisieren, damit sie sich vor dem Forum der Internationale rühmen könnten, dass die tschechische Arbeiterschaft hinter Wien stehe und nicht hinter Prag, wie Genosse Hueber im Jahre 1905 in Amsterdam und Genosse Adler im vorigen Jahre in Kopenhagen erklärt hatten. Die deutschen Genossen halfen den tschechischen Parteispaltern eine Reihe neuer Pamphlete und in Wien gar ein Tagblatt zu gründen, um die tschechische Sozialdemokratie zu spalten und zu besiegen. Sie lauerten mit schadenfrohem Lächeln, wie das auf uns wirken würde, wenn sie uns auch die politische Bewegung zu spalten beginnen. Erschreckt aber mussten sie sehen, dass wir zu fest stehen, als dass wir uns in unserem ruhigen Vorgehen irgendwie stören liessen.

Währenddessen wurde der Reichsrat aufgelöst und es kamen Neuwahlen. Die deutschen Genossen hofften, dass nun der ersehnte Augenblick kommen werde, wo wir ganz zerschlagen um Hilfe bitten würden. Auch hier täuschten sie sich. Wir hatten den kombinierten Angriff der tschechischen bürgerlichen Parteien, der Regierung Bienerth und ihrer Bureaucratie heil überstanden. Unsere Position wurde auch durch die wütenden Angriffe der Wiener Sekretäre nicht erschüttert, die, unterstützt von den Geldern der deutschen Genossen, überall ihre Trutzkandidaturen gegen uns aufstellten. Sie brachten uns zwar um zwei Mandate in Schlesien, aber eines davon hatten wir überhaupt nicht, den Verlust des anderen vermochten wir anderswo zu ersetzen. Gegenüber mehr als 400.000 Stimmen der tschechischen Sozialdemokratie stehen die Wiener Parteispalter mit 14.000. Die 118.000 gewerkschaftlich organisierten tschechischen Arbeiter gingen also mit Prag gegen Wien.

Nach den Wahlen glaubten wir, die deutschen Genossen würden genug an den bisherigen Blamagen ihrer „internationalen“ zentralistischen Getreuen haben. Aber weit gefehlt! Die deutschen Genossen gaben bisher nicht die Hoffnung auf, dass es ihnen doch gelingen werde, die tschechische Sozialdemokratie zu spalten. Sie richteten darum die Angriffe speziell gegen die mährischen Genossen, um sie mit den böhmischen durcheinanderzuhetzen. Diese Absicht war aber so durchsichtig, dass sie sofort erkannt wurde, als die „Arbeiter-Zeitung“ ihre Angriffe gegen die mährischen Genossen, dann auch gegen unsere Partei richtete. Diese haben bei den engeren Wahlen etwas begangen,

worin die deutschen Genossen wahre Meister sind, nicht zu reden von ihrem Antichambrieren an allen möglichen Stellen und bei allen möglichen Personen, aus denen ihre opportunistische Politik nach allen Seiten sich ergibt. Doch davon ein andermal ausführlicher. Es ist das auch einer der hauptsächlichsten Gründe, warum die deutschen Genossen die ihnen unangenehme Gemeinschaft mit den Tschechen im Sozialdemokratischen Verband zerschlugen. Sie haben sich auf den Standpunkt gestellt, dass ihre nationalen, politischen und nicht weniger auch wirtschaftlichen Interessen eine solche Gestaltung der sozialdemokratischen Internationale in Oesterreich verlange, in der die tschechischen klassenbewussten Arbeiter unter dem Kommando des Tetenka und seiner Kumpane aller Rechte und jeder Selbständigkeit beraubt werden. Das, was die deutschen Genossen mit diesen feilen Leuten zur Spaltung unserer Partei unternommen haben, was sie gegen uns in den Wahlen getan haben — wofür sie noch verlangen, dass wir zustimmen, dass von den aus Deutschland gekommenen Geldern ihnen 2000 K gegeben werden! Was sie gegen uns in den von den deutschen Genossen unterstützten Pamphleten unternehmen, das alles hat uns die letzte Spur von Glauben an die Loyalität der deutschen Genossen geraubt. Wir hatten infolge ihres Verhaltens niemals grosses Vertrauen zu ihrer proletarischen Solidarität und ihrer parteigenössischen Loyalität. Aber wenn sie alles das billigen und unterstützen, was gegen uns die Angestellten der Wiener Gewerkschaftskommission unternehmen, wenn sie sie dafür als „treue Anhänger der Internationale“ erklären, wenn sie geradezu wahnsinnig gegen uns in der einheimischen und ausländischen Presse hetzen, wenn sie uns zu allem noch so demütigen wollen, dass wir dies nicht nur anerkennen, sondern sogar auch finanzielle Unterstützung zubilligen sollen, dann mögen sie sich nicht wundern, dass wir zu ihnen keine Spur von Vertrauen haben, ja dass wir jede ihrer „freundschaftlichen“ Kundgebungen mehr fürchten als offene Feindschaft. Gegen diese können wir uns wenigstens wehren.

Die deutschen Genossen verbergen allerdings ihre Absichten und gebärden sich so, als ob wir Friedensstörer wären, als ob wir die sozialdemokratischen Grundsätze verletzen und keinen Sinn für internationale proletarische Solidarität hätten. Sie missbrauchen gegen uns ihren grossen Vorteil, dass die ganze deutsche Presse aus nationaler Solidarität ihnen alles glaubt und in der ganzen Welt uns als Chauvinisten verschreit und es uns dabei noch unmöglich macht, uns gegen eine so lächerliche Beschuldigung zu wehren. Wir sagen mit Absicht „lächerlich“, weil unser ganzer Kampf für die Selbständigmachung unserer Partei nichts anderes ist, als nur die Geltendmachung der gleichen Grundsätze des sozialistischen Programms, die Abwehr der Herrschsucht der deutschen Genossen und der Kampf gegen ihren Chauvinismus, der uns aufzwingen will, dass wir ihnen helfen, die Oberherrschaft und die nationalen Privilegien der Deutschen in Oesterreich auf Kosten der Nation des gleichen Rechts, der tschechischen Nation, aufrecht zu erhalten.

Im nächsten Artikel wollen wir auf Grundlage einiger Artikel aus dem „Kampf“, der Revue der deutschen Genossen in Oesterreich, zeigen, wie weit sie es treiben würden, wenn sie dazu die nötige Kraft hätten.

IV.

In der letzten Nummer des „Kampf“ (Augustheft) sind vier umfangreiche Artikel den Streitigkeiten in der Sozialdemokratie in Oesterreich gewidmet. Wenn auch die betreffenden Aufsätze die Streitigkeiten jede von einem anderen Standpunkt aus beurteilen, sind sie doch alle einig darin, dass die tschechische Sozialdemokratie die Streitigkeiten dadurch verschuldete, dass sie nicht bedingungslos den deutschen Genossen tributpflichtig und untergeordnet sein will, dass der tschechische „Separatismus“ bekämpft und die tschechischen Sozialdemokraten den Wiener Zentralisten völlig ausgeliefert sein sollen. Die Einheit der Partei müsse auf der alten Grundlage neu errichtet werden, die österreichische Internationale müsse den deutschen Genossen untergeordnet sein, denn das erfordere das Interesse des Proletariats, allerdings hauptsächlich des deutschen. Es ist selbstverständlich, dass den tschechischen Sozialdemokraten die Fähigkeit gänzlich abgesprochen wird, die Interessen und Bedürfnisse der tschechischen Arbeiterschaft zu

erkennen, besonders wenn sie verlangen, dass sie als gleichwertig und gleichberechtigt anerkannt werden.

Als erster zieht ins Feld gegen uns Genosse Kautsky in einem Artikel, der die Aufschrift trägt: „Eine Frage“. Er erwähnt, welche Begeisterung in der ganzen Internationale infolge des Wahlsieges der Sozialdemokraten in Oesterreich entstand, aber nicht weniger auch ernste Besorgnisse infolge der Schattenseiten, die zutage traten. Während des Wahlkampfes seien Sozialdemokraten gegen Sozialdemokraten aufgetreten und nach errungenem Siege fand man, dass die Zusammenfassung der nationalen Klubs der sozialdemokratischen Abgeordneten in einen gemeinsamen Verband, wie er bisher bestand, nicht mehr zweckentsprechend und durchführbar sei. Das deute darauf hin, dass der Separatismus, wie das in der Natur der Dinge liegt, vom gewerkschaftlichen Gebiet auf das politische überspringe und nachdem man ihn auf ersterem habe erstarken lassen, nun dazu übergehe, auch das letztere zu beherrschen und die einheitlichen Organisationen aufzulösen. Das sei nun keineswegs überraschend und sei vorauszusehen gewesen. Was aber überraschend, ja unerklärlich erscheine, sei die Tatsache, dass dieser Auflösungsprozess sich so still und ohne jegliche Aufregung vollziehe. Er verlangt, dass so rasch als möglich ein Gesamtparteitag der Sozialdemokratie in Oesterreich einberufen werde. Allerdings bangt man davor, eine ausreichende Antwort zu erhalten. Denn wenn es wirklich unmöglich wäre, einen Gesamtparteitag einzuberufen, so heisst das nichts anderes, als dass die Sozialdemokratie Oesterreichs als Gesamtpartei aufgehört habe zu existieren, dass es nur noch nationale und lokale Gruppen von Sozialdemokraten in Oesterreich gebe. Je länger man mit dem Gesamtparteitag wartet, um so schwieriger wird die Wiederbelebung der Gesamtpartei. Im zweiten Teil seines Artikels spricht sich Genosse Kautsky gegen die Anschauung des Genossen Bauer aus, dass der Separatismus anerkannt werde, oder besser gesagt, dass die tschechischen Genossen den deutschen Genossen gleichgestellt werden und das Recht auf eine selbständige Bewegung haben. Man dürfe niemals vergessen, dass der Separatismus ebenso verderblich und verwerflich sei wie der Anarchismus. Ebensowenig wie mit diesem dürfe man mit jenem Frieden schliessen und wir könnten es auch gar nicht, selbst wenn wir es wollten. In der kapitalistischen Welt vermag kein sozialer Organismus zu gedeihen, wenn er nicht beständig wächst. Auch die separatistischen Gewerkschaften werden ihrer Ausdehnung keine Schranken auferlegen lassen, sondern beständig trachten, auf Kosten der zentralistischen zu wachsen. Jedes Abkommen mit ihnen könnte nur ein fauler Friede sein, der neue heftige Reibungen und Kämpfe in seinem Schoss trage. Genosse Kautsky befürchtet, dass leicht im österreichischen Proletariat der nationale Kampf entstehen könnte, wenn die deutschen Sozialdemokraten dem Nationalismus der tschechischen Separatisten mit dem Nationalismus der deutschen Sozialdemokraten entgegengetreten wollten. Das wäre das Ende des sozialdemokratischen Denkens im österreichischen Proletariat. Wenn man aber heute konstatiere, die Gesamtpartei der Sozialdemokratie Oesterreichs sei tot, so werde man bald konstatieren können, dass die Sozialdemokratie Oesterreichs selbst tot und durch nationale Arbeiterparteien ersetzt ist. Dieser Gefahr kann man nur durch ein einziges Mittel entgegengetreten: Nicht die Anerkennung des Separatismus in Böhmen und Mähren, sondern die Agitation für die Wiederherstellung der Gesamtpartei, für die baldigste Einberufung eines Gesamtparteitages.

Soweit also der Gedankengang des Genossen Kautsky. Man sieht, dass auf ihn die Suggestion der deutschen Genossen gewirkt hat. Vor einem Jahre schreibt er zum Kopenhagener Kongress in der „Neuen Zeit“, dass aus dem Streit um die Organisationsform nicht ein Kampf gegen die tschechischen Genossen als solche werden dürfe. Das wäre noch verhängnisvoller als der Separatismus selbst. Die Befürchtungen des Genossen Kautsky haben sich in höchstem Masse erfüllt. Die deutschen Genossen kämpfen schon lange nur gegen die tschechischen Genossen in einer Weise, die in der Internationale nicht ihresgleichen hat. In den früheren Artikeln haben wir — allerdings nur ganz flüchtig — die geradezu schreckliche Art angedeutet, wie die deutschen Genossen sich um die Spaltung unserer ganzen Partei bemühen und Genosse Kautsky stellt sich ohne lange Ueberlegung auf die Seite der deutschen Genossen. Er billigt also auch, dass alle sozialistischen Grundsätze der Gleichberechtigung und Gleich-

wertigkeit, das Recht auf Selbstbestimmung und ungestörte Entwicklung für die tschechischen Genossen nur insoweit Geltung habe, als das die deutschen Genossen zulassen. Es tut uns sehr leid, dass gerade Genosse Kautsky sich auf einen solchen unhaltbaren Standpunkt gestellt hat, aber auch das vermag uns nicht von dem betretenen Wege abzubringen. Wir dürfen nicht und können eigentlich auch nicht den Geboten der deutschen Genossen entsprechen, dass die tschechischen Sozialdemokraten die Pflicht haben, die tschechischen Arbeiter zu organisieren, damit sie den Interessen der deutschen Arbeiterschaft dienen, und dass sie dafür in den Organisationen nur so viel Recht haben, als ihnen die deutschen Genossen zusprechen. Genosse Kautsky beurteilt also eigentlich die Sozialdemokratie einzig von dem Standpunkte, inwiefern sie den deutschen Genossen unterworfen ist, sonst ist sie für ihn tot und verliert jede Bedeutung. Die ungezähmte Herrschsucht der deutschen Genossen ist wahrhaft arg, aber wenn alles einträfe, was Genosse Kautsky befürchtet, wird es bei uns nicht ärger sein, als es im deutschen Teil der Schweiz, in Holland, Frankreich, Italien, England und Amerika ist. Und wenn das dort das sozialdemokratische Proletariat aushält, werden auch wir in Oesterreich es aushalten. Vielleicht werden wir uns dann mit den deutschen Genossen um so mehr lieben, je mehr wir von ihnen getrennt sein werden.

Den zweiten beachtenswerten Artikel im „Kampf“ schreibt Friedrich Adler unter der Aufschrift „Minderwertig im Internationalismus“. Diese Minderwertigen sind ihm allerdings wir tschechischen Sozialdemokraten, was sich bei einem deutschen Sozialdemokraten fast von selbst versteht. Die deutschen Genossen bemühen sich schon längst, zu beweisen, dass wir wirtschaftlich minderwertig sind — die Industrie und das Geldwesen haben bei uns bisher überwiegend die Deutschen in Händen, ebenso sind wir politisch minderwertig — wir haben weder einen Herrscher, noch einen eigenen Staat — und ebenso sind wir auch kulturell minderwertig, die Deutschen, die die Industrie in den Händen und also auch mehr finanzielle Mittel haben, haben mehr Schulen und Bildungsanstalten u. s. w. Als Angehörige der grossen deutschen Nation massen sich die Deutschen in Oesterreich auch das Recht an, uns schliesslich minderwertig im Internationalismus zu nennen. Minderwertig in einem Punkt werden wir den deutschen Genossen, minderwertig überall und in allem. Das ist zwar nicht sozialistisch, aber doch wenigstens logisch.

Aber wie Genosse Adler die Entwicklung des Streites zwischen der tschechischen und der deutschen Partei schildert, das ist weder sozialistisch, noch logisch, ja nicht einmal anständig. Er missbraucht die deutsche sozialistische Revue zu Ausfällen gegen uns, obzwar er gut weiss, dass uns die Gelegenheit genommen ist, uns dagegen zu wehren. Er sagt, dass uns die deutschen Genossen geschont, dass sie sich für unsere volle Gleichberechtigung mit ihnen eingesetzt, dass sie gegen uns immer als Brüder gehandelt hätten, die die jüngeren, schwächeren schützen sollen. Dagegen hätten die tschechischen Genossen immer nur ihren nationalistischen Gelüsten gehuldigt und einfach die Sorge um den Internationalismus den Deutschen zugeschoben. Wie wahrheitsliebend und verlässlich Friedrich Adler ist, geht am besten aus folgendem hervor. Nachdem er dies geschildert hat, wie die tschechischen Sozialdemokraten den deutschen nicht in allem folgen wollten, schreibt er entrüstet: „Schliesslich schlug die Aufstellung separatistischer Kandidaten gegen deutsche Sozialdemokraten in Böhmen dem Fass den Boden aus.“ Dieser ehrenwerte Mann erwähnt allerdings nicht mit einem Worte, dass die Aufstellung dreier tschechischer Kandidaturen gegen deutsche in Böhmen nur die Konsequenz und nur eine geringe Vergeltung für die Aufstellung der zentralistischen Wiener Kandidaturen in ganz Mähren und in Schlesien und zum Teil auch in Böhmen war. Und was für Unterschied zeigte sich dabei auch sonst? Während die Exekutive der tschechischen Sozialdemokratie die erwähnten drei Kandidaturen, die aus lokalen Verhältnissen entstanden sind, nicht einmal auf die offizielle Kandidatenliste nahm und sie in keiner Weise unterstützte, wurden die zentralistischen Parteipalmer von den deutschen Genossen mit ihrem Gelde unterstützt und diese verlangten schliesslich, dass ihnen ein Teil der aus Deutschland gekommenen Geldunterstützung zum Beweise gegeben werde, dass die tschechischen Genossen offiziell die

Trutzkandidaturen anerkennen. Sicherlich eine offenbare Solidarität der deutschen Sozialdemokratie mit den zentralistischen Wiener Parteipaltern.

Die beiden anderen Artikel sind einerseits bedeutungslos, andererseits gehen sie in gleicher Richtung: sie bekämpfen den tschechischen „Separatismus“ und verlangen, dass man den tschechischen klassenbewussten Arbeitern keine Konzessionen mache, sondern dass sie einfach gezwungen werden zur früheren Abhängigkeit von den deutschen Genossen.

Wie es dabei den Grundsätzen des sozialdemokratischen Programms ergeht und ob es den tschechischen Genossen möglich ist, sich den harten deutschen Geboten einfach zu unterwerfen, das hat für die deutschen Genossen keine Bedeutung. Für sie gelten nur die eigenen Interessen und Bedürfnisse, wer sich ihnen nicht bedingungslos unterwirft, den schliessen sie aus ihrer Gesellschaft aus und ebenso auch aus der Gesellschaft der Internationale. Auf diese Gebote kann und darf die tschechische Sozialdemokratie nicht eingehen, wenn sie nicht den Zusammenhang mit dem arbeitenden tschechischen Volk, mit allen seinen Lebensinteressen und Bedürfnissen verlieren und zu einer blossen bedeutungslosen Sekte herabsinken will, die sicherlich die Anerkennung der deutschen Genossen geniessen, aber dem Siege des Sozialismus in der tschechischen Nation im Wege stehen würde.

Die deutschen Genossen legen die Grundsätze des Sozialismus unrichtig aus, wenn sie aus ihnen für sich das Recht ableiten, über die übrigen Nationen zu herrschen, wenn sie gar die tschechischen Arbeiter zwingen wollen, ihre politischen Interessen zu besorgen, die den Interessen des tschechischen Proletariats durchaus entgegengesetzt sind. Ein Volk, das von einem anderen wirtschaftlich ausgebeutet und politisch und kulturell unterdrückt wird, und das um die Erlangung seiner nationalen Selbständigkeit und Eigenberechtigung kämpft, kann doch nicht eine solche Politik machen wie das privilegierte Volk der Ausbeuter und Bedrücker. Der beständige Hinweis der deutschen Genossen darauf, dass sich das Proletariat in erster Reihe um seine eigenen Klasseninteressen kümmern muss, wie zum Beispiel Lohn-erhöhungen, Verkürzung der Arbeitszeit, soziale Reformen u. s. w., ist ein leeres Geschwätz in der Zeit, da wir auf parlamentarischen Boden getreten sind. Wir kämpfen doch dort ausser für unsere rein proletarischen Forderungen auch um politische Macht, damit wir uns zur Geltung bringen können. Oder kämpfen wir dafür bloss deshalb, um die Oberherrschaft der Deutschen in Industrie, in der Verwaltung, kurz im ganzen Staat aufrecht zu erhalten und mitzuhelfen, die tschechische Nation in ihrer Entwicklung aufzuhalten?

Aber wir wollen und müssen eine Gemeinsamkeit mit den deutschen Genossen haben. Wir brauchen sie unbedingt heute und sie wird unsere Lebensbedingung morgen werden. Wenn schon nichts anderes wäre — und es ist sehr viel — so hat uns zum Beispiel die letzte Wahlkampagne gezeigt, wohin die Dinge bei uns treiben. Das tschechische Kleinbürgertum, das sich allmählich zur Grossbourgeoisie entwickelt, hasst leidenschaftlich die tschechische Sozialdemokratie. Sie ist die stärkste politische Partei und steht daher mit ihrem Einfluss der Bourgeoisie im Wege, dass sie sich ungestört ausdehnen könne, und daher kommt auch der wahnsinnige Angriff des Kramarschenschen Wahlkartells und die Frontstellung des ganzen tschechischen Bürgertums einzig gegen die Sozialdemokratie. Nächstens wird es vielleicht noch ärger sein, bis die tschechische Bourgeoisie eine Regierungspartei sein wird, so dass die ganze Bureaukratie die Bekämpfung der Sozialdemokratie als ihre erste Amtspflicht ansehen wird. Aber nicht einmal diese Ueberzeugung kann uns dazu vermögen, uns zum Schutze der Arbeiterschaft vor den Angriffen der tschechischen Bourgeoisie von der tschechischen Nation zu lösen und zur deutschen überzugehen und ihre Privilegien gegen unsere eigenen Interessen zu verteidigen. Unsere gemeinsame Organisation mit den deutschen Genossen muss so sein, dass sie voll entspreche den Grundsätzen der sozialistischen Gleichberechtigung und Gleichwertigkeit und unserer ungestörten Entwicklung im Rahmen dieses Programms nicht hinderlich sei. Oder mit anderen Worten: die deutschen Genossen müssen auf ihre Herrschgelüste verzichten

und müssen von dem Bestreben ablassen, mit ihrer Politik die wirtschaftliche, politische und kulturelle Hegemonie der deutschen Bourgeoisie zu verteidigen und uns zu zwingen, dass wir sie dabei noch unterstützen.

Vermögen sie das nicht, dann muss unser gegenseitiges Verhältnis so gestaltet werden, dass wir gemeinsam wenigstens in sozialpolitischen Dingen vorgehen. Etwas anderes ist nicht zu erzielen; wir haben bewiesen, dass wir so stark sind, dass wir ihre Drohungen nicht fürchten. Wenn sie uns verklagen, dass unsere Selbständigkeit sie schwäche und ihnen direkt schade, so ist das nicht unsere Schuld. Jahrelang haben wir sie darauf aufmerksam gemacht, dass es so nicht weitergehen könne, dass unser gegenseitiges Verhältnis auf andere Grundlagen gestellt werden müsse. Sie verlachten uns, sie drohten uns, sie schmähten uns und schliesslich haben sie alles unternommen, was in ihren Kräften war, um unsere Partei zu spalten und zugrunde zu richten. Da alles versagte und ohnmächtig an unserer Festigkeit und Unerschrockenheit abprallte, werden die deutschen Genossen vielleicht endlich einsehen, dass man mit uns als mit einem gleichberechtigten Faktor rechnen muss. Unsere Stellung in der Internationale ist von selbst gegeben. Wir sind aufrichtige Sozialdemokraten, stehen unerschütterlich auf dem Klassenstandpunkt, kämpfen mit solcher Begeisterung für die Erringung der politischen Macht und zielen mit unserem ganzen Vorgehen zur Errichtung des kollektivistischen Staates, so dass uns in dieser Beziehung auch die deutschen Genossen nicht den mindesten Vorwurf machen können. Wir würden nur wünschen, dass alle Armeekörper der Internationale so tapfer und sozialistisch treu wären wie die tschechische Sozialdemokratie.

Es ist daher recht unernst, wenn uns die deutschen Genossen unaufhörlich drohen, dass sie die sozialistische Internationale wiederum zu unserer völligen Demütigung missbrauchen werden. Entweder müssten wir die unbedingte Oberherrschaft der deutschen Genossen anerkennen oder wir würden aus der Internationale ausgeschlossen. Wir fürchten diese Drohung nicht. Die Oberherrschaft der Deutschen über die Tschechen ist kein sozialistisches Prinzip, auch kein Gebot des gemeinsamen sozialistischen Programms. Die Internationale darf nicht das Grab der Selbständigkeit und der Eigenberechtigung der kleineren Nationen sein. Sie darf nicht die Grundsätze des Demokratismus und der Sozialisation bekämpfen, sonst würde sie ihre moralische Kraft und damit ihre Existenzberechtigung verlieren. Nur die völlige Selbständigkeit und Freiheit der Aktion jedes einzelnen Armeekörpers erhält das Leben der Weltinternationale. Legt ihnen Fesseln an und macht den Vormarsch eines Körpers von dem anderen abhängig und es ist um sie geschehen. Jeder Körper schöpft natürlich seine moralische Kraft aus dem Erfolg der anderen, aber damit kann doch nicht gesagt sein, dass die Unfähigkeit der einen den Vormarsch der anderen aufhalten sollte.

Wir schliessen: Wir sind bereit zum gemeinsamen Vorgehen mit den deutschen Genossen, aber nicht um den Preis, den sie uns diktieren: dass wir um dieser Gemeinsamkeit willen auf unsere sozialistischen Grundsätze verzichten, unser eigenes Leben zu leben aufhören und ihr Leben leben sollen, ein Leben, das der tschechischen Arbeiterschaft fremd ist. Die deutschen Genossen sind nicht berechtigt, von uns zu verlangen, dass wir uns von den Bestrebungen und Kämpfen der unterdrückten tschechischen Nation als einer Gesamtheit losreissen und die Privilegien ihrer deutschen nationalen Gesamtheit selbst gegen uns zu verteidigen helfen. Wenn sie das alles zu begreifen und darnach zu einer gesunden Regelung unseres gegenseitigen Verhältnisses zu wirken vermögen, dann wird uns allen geholfen sein. Wenn nicht, werden wir es aufrichtig bedauern als ernstes Hindernis einer gedeihlichen Entwicklung des Sozialismus in Oesterreich. Eingedenk unserer langen Gemeinsamkeit in den Zeiten schwerer Kämpfe und ruhmreicher Siege raten wir unseren deutschen Mitkämpfern, die kleinlichen Schmähungen und Bedrohungen der tschechischen Sozialdemokratie zu lassen, sie werden damit nichts anderes erreichen als eine Verbreiterung der Kluft, die uns trennt. Wir sind überzeugt, dass wir schliesslich wieder zueinander kommen müssen und je breiter die Kluft zwischen uns sein wird, um so schwerer wird es sein, die Brücken zu bauen, um hinüberzukommen. Und überbrücken werden wir die Kluft schliesslich doch müssen.

Therese Schlesinger: Fremde Angelegenheiten

In einer Fussnote zu seinem Artikel in der Augustnummer des „Kampf“ schrieb Genosse Julius Deutsch: „Der Reichenberger ‚Vorwärts‘ (Nr. 94 und 100) verlangt die Anerkennung der inoffiziellen tschechischen Partei und die Nichtanerkennung der offiziellen. Dazu fehlt der deutschen Partei jedwede Berechtigung. Wir dürfen uns nicht zum Richter in fremden Angelegenheiten aufspielen wollen, sondern müssen so unparteiisch sein, beide tschechische Parteien anzuerkennen, solange beide der sozialistischen Internationale angehören.“

Das Wort von den „fremden Angelegenheiten“, in die wir uns nicht mischen dürften, verdient um so mehr eine Beleuchtung, der es nicht allein und auch nicht zum erstenmal von Genossen Deutsch ausgesprochen wurde, man hat es seit den Anfängen der separatistischen Bewegung immer wieder zu hören bekommen, wobei es im Laufe der Begebenheiten eine doppelte Bedeutung erlangte. Erst hiess es, der Separatismus sei eine gewerkschaftliche Angelegenheit, in die sich die Partei nicht einmischen dürfe. Als aber der Kampf immer mehr auf das politische Gebiet hinüberspielte, dem er ja seiner ganzen Natur nach von Anfang an nicht fernbleiben konnte, da hiess es wieder, der Separatismus sei eine tschechische Angelegenheit, in die sich die deutsche Sozialdemokratie nicht einzumischen habe.

Diese Auffassung des Verhältnisses von Partei und Gewerkschaft einerseits und der nationalen Teile der österreichischen Sozialdemokratie untereinander andererseits sollte doch eigentlich jeden in Erstaunen setzen, der das Statut und die Traditionen der österreichischen Gesamtpartei kennt.

War es nicht unser Stolz und unsere Freude durch lange Jahre und sind wir nicht wiederholt auf internationalen Kongressen und in der Arbeiterpresse verschiedener Länder deshalb glücklich gepriesen worden, weil das Einvernehmen zwischen Partei und Gewerkschaft, das zielsichere Ineinandergreifen ihrer beiderseitigen Aktionen ein so inniges war, dass sie als die Glieder eines einzigen Körpers erschienen und ebenso, weil wir der Schwierigkeiten Herr geworden sind, die der Partei aus der Zugehörigkeit des österreichischen Proletariats zu verschiedenen Nationen erwachsen, weil wir eine Organisationsform gefunden hatten, die den einzelnen Teilen eine ungehemmte Entwicklung und zugleich der Gesamtpartei eine stramme Zusammenfassung ihrer Kräfte zu sichern schien?

Und muss es nicht auffallen, dass das Wort von den „fremden Angelegenheiten“ gerade von solchen Genossen zuerst ausgesprochen wurde, die es am allergenauesten wissen und am schmerzlichsten davon durchdrungen sind, dass jede Gefährdung der Einigkeit zwischen Partei und Gewerkschaften ebenso wie derjenigen zwischen den nationalen Teilen der österreichischen Gesamtpartei dem Proletariat dieses Landes an den Lebensnerv greift?

Dass die deutsche Sozialdemokratie allein nicht über die Zugehörigkeit jedes der beiden Teile, in die sich die tschechische Partei gespalten hat, zur Gesamtpartei zu entscheiden hat, das ist sicher richtig, dagegen scheint es mir ganz falsch zu sein, wenn Genosse Deutsch die Entscheidung über diese Frage der sozialistischen Internationale zuschiebt, wie er es in einer Polemik mit dem Reichenberger „Vorwärts“ noch ausdrücklich getan hat. Diese hat ihre Meinung über die Berechtigung des gewerkschaftlichen Separatismus in Kopenhagen deutlich genug ausgesprochen, die Entscheidung über Zwisigkeiten innerhalb der österreichischen Partei steht ohne Zweifel deren oberster Instanz, dem Gesamtparteitag zu. An diesem ist es, zu untersuchen, welche von den beiden tschechischen Parteiorganisationen den Boden unseres Programms verlassen hat und den von unseren anerkannten Grundsätzen abgeirrten Teil zu seiner Pflicht zurückzurufen. Es versteht sich wohl von selbst, dass jeder der streitenden Teile das Recht hat, eine Abänderung des Parteiprogramms zu beantragen, falls er eine solche für notwendig hält, aber gegen deren bestehende Satzungen mit Bewusstsein zu verstossen, hiesse sich ausserhalb der Gesamtpartei stellen und an dieser ist es, zu entscheiden, ob das von irgendeiner Seite geschehen ist und falls es geschehen ist, ob sie dem Vorgehen der betreffenden Genossen eine nachträgliche Sanktion erteilen oder es verdammen und die Verletzer unserer Prinzipien vor die Wahl stellen will, zu diesen

zurückzukehren oder die Zugehörigkeit zur österreichischen Sozialdemokratie aufzugeben.

Es muss doch Erstaunen erregen, wenn Deutsch der österreichischen Sozialdemokratie zuruft, sich nicht mit fremden Angelegenheiten zu befassen, dann aber dieselben österreichischen Angelegenheiten vor ein ausländisches Parteiforum bringen will.

Nun wurde aber von deutschen Genossen der Standpunkt vertreten, die Gesamtpartei existiere eben nicht mehr, daher könne auch kein Gesamtparteitag einberufen werden, so von Otto Bauer in der Julinummer des „Kampf“ und von der Redaktion des Reichenberger „Vorwärts“ im Anschluss an meinen Artikel in Nr. 112 jenes Blattes.

Es ist mir nicht klar, wieso die Gesamtpartei dadurch schon soll zu existieren aufgehört haben, weil innerhalb ihres tschechischen Teiles eine Spaltung vor sich gegangen ist. Ausser den beiden tschechischen Organisationen und der deutschen haben doch auch noch die Parteiorganisationen der anderen Nationen in Oesterreich mitzuentcheiden und bisher ist nichts davon bekannt geworden, dass etwa unsere polnischen, italienischen, ruthenischen und slowenischen Genossen der Zugehörigkeit zur Gesamtpartei müde geworden seien.

Aber selbst wenn es richtig wäre, woran sehr zu zweifeln immerhin noch als berechtigt erscheint, dass die Gesamtpartei zu existieren aufgehört hat, bedürfen wir dann nicht erst recht eines Kongresses der Trümmer unserer ehemaligen Organisation, um eine Einigung darüber zu erzielen, wie man sich künftig zueinander verhalten würde und ob nicht doch eine Wiedervereinigung angebahnt werden kann?

Wir treten mit den Bruderparteien aller Länder auf den internationalen Kongressen zusammen und sind unausgesetzt mit ihnen durch das Internationale Bureau verbunden. In diesen Tatsachen spricht sich deutlich die Ueberzeugung des Proletariats aller Nationen aus, dass nichts, was die Sozialdemokratie irgend eines Landes betrifft, für die irgend eines anderen eine „fremde Angelegenheit“ sein darf.

Wenn wir auch mit Recht in unserer Beurteilung der politischen Massnahmen unserer ausländischen Bruderparteien zurückhaltend zu sein pflegen, so geschieht das niemals, weil wir daran kein starkes Interesse zu haben glauben, sondern weil wir zu unseren Genossen in der Regel das Vertrauen hegen, dass sie die Bedingungen des Kampfes gegen ihre speziellen Feinde am besten kennen müssen. Unsere tschechischen Brüder aber haben den gleichen Gegner wie wir zu bekämpfen und die Art, wie sie kämpfen, ist unsere Sache genau so gut wie die ihre. Das Unternehmertum aller Zungen könnte durch nichts so sehr zur Scharfmacherei ermutigt werden als durch die Zerklüftung in unserer internationalen österreichischen Gewerkschaftsorganisation und ebenso muss der Zerfall unserer politischen Partei in nationale Gruppen das Ansehen der ganzen Sozialdemokratie Oesterreichs herabsetzen und ihren Einfluss sowohl auf die gesetzgebenden Körperschaften als auch auf die breite Oeffentlichkeit zerstören. Darum muss jeder einzelne Arbeiter, welcher Nation immer er angehören mag, von seinen führenden Vertrauensleuten fordern, dass sie die Verwirrung in den Reihen der tschechischen Genossen nicht als fremde Angelegenheit ansehen.

In Wirklichkeit ist das auch gar niemals geschehen. Trotz jenes Schlagwortes haben Vertreter der Gesamtexekutive mit den separatistischen Vertrauensleuten unermüdlich verhandelt und eine Einigung zu erzielen gesucht. Von diesen Verhandlungen erfuhren aber die Genossen aller nichttschechischen Nationen nur, dass sie gescheitert seien und die grosse Mehrheit der tschechischen Arbeiter hörte und las, was ihnen zu erzählen ihre separatistischen Redner und Journalisten für gut fanden und jedes Mittel, um deren Mitteilungen auf ihre Richtigkeit hin prüfen zu können, blieb ihnen vorenthalten, so dass eine Sache, welche die wichtigsten Interessen des gesamten österreichischen Proletariats nur allzunahe berührt, nur von einem verschwindend kleinen Teil desselben richtig beurteilt werden kann, während sie den Massen wirklich eine fremde, weil unbekannte Angelegenheit geblieben ist.

Nur so ist es zu erklären, dass nicht die Mehrzahl der Parteigenossen schon längst auf ein energisches Vorgehen der Vertretungskörper ihrer Organisationen und insbesondere auf die Abhaltung des Gesamtparteitages gedrungen hat.

Emmy Freundlich: Im Kampf um neue Formen

Selten sind Worte auch Taten. Der Artikel des Genossen Bauer war gewiss mehr als Worte, er war eine Tat. Nicht wegen des Weges, den er aus dem Streit der tschechischen und der deutschen Sozialdemokratie weist, sondern deshalb, weil er endlich ausgesprochen hat, dass wir nicht mehr warten können, dass wir endlich zur Tat kommen müssen. Es war eine Erlösung für alle, die in der praktischen Arbeit immer wieder die drängende Frage der Massen hören, was soll nun geschehen, so kann es nicht weitergehen. So sehr wir das taktische und diplomatische Geschick der Parteileitung anerkennen, wir haben nun von aller Diplomatie genug, wir wollen endlich nicht mehr mit der Möglichkeit rechnen, dass wir wieder zurückkehren müssen zu den alten Formen und alles vergessen sollen, was der Kampf an Wunden und Enttäuschungen gebracht hat. Der Weg zu den Formen von gestern ist versperrt, wir können die gesprengte Hülle nicht wieder beleben und die Risse kleistern und kleben. Es würden alle Versuche nichts nützen, wir können auch hier nicht mehr zurück. Es geht uns deutschen Genossen so wie der Frau Alving in den „Gespenstern“, wir haben eine Naht trennen sehen und nun trennt Stich um Stich.

Wie sehr wir alle die klare Entscheidung des Genossen Bauer begrüßen, zeigt ja schon das letzte Heft des „Kampf“, wo mit ehrlichen Mühen neue Wege gesucht werden. Es ist selbstverständlich, dass diese neuen Wege nicht am grünen Tisch und in dem Hirn eines einzelnen geschaffen werden können, auch hier wird den Wissenschaftler wie den Organisator die Notwendigkeit, die die weitere Entwicklung mit sich bringen wird, treiben und führen. Trotzdem ist es nicht müßig, wenn wir alle unsere Kraft an dem schweren und lebensheissen Problem erproben, das so tief das gesamte Leben des österreichischen Proletariats durchdringt.

Ueber die Tatsache, dass wir neue Formen finden müssen, sind wir alle einig. Eine andere Frage ist aber, ob es denn wirklich nur die Form, die veraltete Form ist, die den Kampf heraufbeschworen hat. Ist denn nicht gerade die traurige Tatsache, dass die Separatisten ein neuer Geist beseelt, die Ursache des ganzen Streites? Der Geist des Separatismus ist kein Geist mehr, den proletarisches Erkennen und Empfinden führt und leitet. Die Minderwertigkeit im Internationalismus ist, wie Genosse Fritz Adler sehr treffend sagt, der tiefe Unterschied, der uns scheidet. Wenn es nur die Form wäre, dann wäre eine Einigung möglich, es ist aber nicht die Form, die trennt, der trennende Geist hat erst die einige Form gesprengt.

Das Proletariat eines jeden Landes steht in einer besonderen Frage dem bürgerlichen Staat und der bürgerlichen Gesellschaft besonders schroff und ablehnend gegenüber. In dieser einen Frage zeigt sich der ganze Klassegegensatz, er konzentriert sich in diesem einen Gedanken mit aller Schärfe und aller Kraft. Wie es undenkbar ist, dass in Deutschland eine sozialdemokratische Fraktion das Militär- oder das Kolonialbudget bewilligt, denn sie würde in diesem Augenblick aufhören eine sozialistische Partei zu sein, weil ja in Deutschland gerade der schroffe Gegensatz zwischen proletarischem und bürgerlichem Empfinden in der Stellung zur Weltmachtspolitik zum Ausdruck kommt, so hört eine sozialistische Partei in Oesterreich, die ihre Internationalität verleugnet, eigentlich auf, eine sozialistische, eine proletarische Partei zu sein.

Unsere Stärke, unsere Macht und Kraft in diesem Staate liegt in der Internationalität. Unsere grossen Wahlsiege 1907 waren vor allem errungen, weil die Masse der Bevölkerung an unsere Kraft glaubte, dass wir durch unsere Internationalität den Nationalismus besiegen werden. Ein Gutteil unserer Wahlniederlage 1911 ist auch darauf zurückzuführen, dass wir diesen Glauben nicht mehr gefunden haben. Die Wahlsiege der mährischen Separatisten sind ja nicht Wahlsiege der Partei, sondern des Kompromisses, das sie mit den Volksparteilern geschlossen haben. Sonst wäre der Sieg der Separatisten nur eine grosse Niederlage geworden.

Unsere Wege zu neuen Formen dürfen deshalb nicht und niemals in Konzessionen an den Nationalismus gefunden werden.

Nun enthält der Vorschlag des Genossen Bauer, die Gewerkschaften wieder zu vereinen, schon eine kleine, aber doch eine Konzession. Genosse Bauer will die Gewerkschaften territorial abgrenzen und hofft dadurch den Streit zu bannen. Ganz abgesehen davon, dass ja auch diese territoriale Abgrenzung ein neues und sehr gefährliches Streitobjekt wäre, ist sie nicht nur eine Konzession an die Separatisten, die ihnen sehr viel von dem gibt, das sie fordern, es ist auch durch das territoriale Prinzip allein der Gewerkschaftsstreit nicht zu schlichten.

Genosse Bauer hat so glänzende Argumente gegen die territoriale Abgrenzung im Staate gefunden, dass man sich eigentlich ein wenig wundern muss, dass er sie, die er widerlegt hat, nun doch wieder zu Hilfe ruft.

Gewerkschaften sind wirtschaftliche Organisationen und Erziehungsinstitute. Wie wir nun im Staate durch die Kreiseinteilung einerseits die wirtschaftliche und andererseits die kulturelle Verwaltung verrichten lassen wollen, so dass alle wirtschaftlichen Fragen gemeinsam und alle kulturellen Fragen getrennt verhandelt werden sollen, so müssen wir es auch bei den Gewerkschaften tun.

Genosse Deutsch hat ja schon darauf hingewiesen, dass wir bei der territorialen Abgrenzung die Minoritäten preisgeben würden, wir würden aber auch unsere Propaganda lähmen, unsere Agitation ausserordentlich hindern. Es ist ganz ausgeschlossen, dass der indifferente deutsche oder tschechische Arbeiter, wenn er im fremden Sprachgebiet lebt, leicht zum Besuch einer Versammlung in einer anderen Sprache, die er nur mangelhaft versteht, zu haben sein wird. Er wird deshalb nur schwer für den gewerkschaftlichen Kampf zu gewinnen sein und sehr viele werden durch den anderssprachigen Agitator überhaupt nicht gewonnen werden.

Wir müssen deshalb zugeben, dass es für die Agitation von grossem Vorteil sein wird, wenn wir endlich die kulturellen Aufgaben der Gewerkschaften sprachlich sondern. Das könnte sehr leicht durch eine Kreiseinteilung geschehen, die auf dem Personalitätsprinzip aufgebaut ist. Jeder Genosse zahlt seine Beiträge in zwei Teilen. Einen Beitrag zahlt er für die wirtschaftlichen Kämpfe, einen anderen für Verwaltung und Agitation. Der Beitrag für die Streikkasse — wie die Unterstützungen geregelt werden, das müsste näher vereinbart werden — geht in eine gemeinsame Kasse, die Beiträge für die kulturellen Aufgaben und die Verwaltung kommen in nationale Gewerkschaftskassen. Die Genossen eines jeden Kreises bilden zwei verschiedene Körperschaften. Eine, die sich nur mit den wirtschaftlichen Fragen, vor allem Streiks, Lohnbewegungen etc., zu befassen hat, und je einen deutschen und einen tschechischen oder polnischen oder anderssprachigen Kreis für die Agitation. Die nationalen Kreisverwaltungen der Agitationsgebiete bilden selbständige Körperschaften, die ganz nach eigenem Gutdünken arbeiten können. Die beiden nationalen Kreisleitungen könnten ja eventuell, um die Zahl der Körperschaften zu verringern als gemeinsame, wirtschaftliche Kreisleitungen zusammentreten, um die wirtschaftlichen Fragen zu entscheiden.

Es mag dieser Gedanke sehr schwierig und praktisch unmöglich erscheinen, er ist aber gewiss die einzig mögliche Lösung, wenn wir eine internationale und proletarische Partei bleiben wollen.

Wir verlangen vom Staate, dass er seine nationalen Kämpfe schlichte durch eine auf dem Personalitätsprinzip aufgebaute Kreiseinteilung. Nun wohl, zeigen wir, dass wir imstande sind, dasselbe zu tun, dass wir unser staatliches Programm praktisch erproben wollen und können.

Gewiss ist das leicht geschrieben und leicht gesagt, aber grosse Schwierigkeiten stehen der praktischen Durchführung entgegen.

Wie können wir sie überwinden?

Vor allem müssen wir den Kampf hinaustragen in die Massen. Wir haben viel zu lange geschwiegen, wir haben viel zu lange das Feuer ersticken wollen, ohne offen zu sagen, es brennt. Es ist gewiss menschlich zu verstehen, dass sich Genossen, die durch Jahrzehnte gemeinsam mit den separatistischen Genossen gearbeitet haben, nur schwer und blutenden Herzens an den Gedanken des Bruderkrieges gewöhnen können. Wir können ihn aber nicht aufhalten, wir haben ihn nicht verhindern können und wir

müssen ihn heute führen und es offen zugestehen, ja, wir sind keine einige internationale Partei mehr.

Die Massen wollen ein klares Bild. Die Arbeiterschaft wird den Streit selbst entscheiden und sie muss ihn entscheiden. Es wird deshalb weit mehr als bisher in der gesamten Presse über die Ursachen und die Ziele des Separatismus geschrieben werden müssen. Ausser dem Reichenberger „Vorwärts“ schweigt die Presse noch immer oder sie begnügt sich, die Sünden der Separatisten aufzuzählen. Wir brauchen nicht vor allem den polemischen Kampf mit Tusar oder Vaněk, wir brauchen auch hier endlich die prinzipielle Diskussion, die nicht nur unsere Presse, sondern auch unsere Parteiversammlungen beleben soll.

Gehen wir hinaus und rufen wir die Massen des organisierten Proletariats, wie es ja auch Kautsky fühlt, auf und sagen wir ihnen, dass sie die berufenen Richter über diesen Streit sind.

Genosse Kautsky schlägt einen gemeinsamen Parteitag vor. Gewiss müssen wir wieder gemeinsame Beratungen haben, wir müssen sie schon haben, um den Zusammenhang mit den anderen Nationalitäten nicht zu verlieren.

Vor allem aber müssen wir wieder die Möglichkeit der gemeinsamen Aktion haben, nicht nur im Kampfe gegen den Staat, sondern auch zum Ausbau unserer Organisationen. Es kann der Gewerkschaftsstreit nicht von den deutschen Sozialdemokraten, noch von denen irgendeiner anderen Nationalität entschieden werden. Gemeinsam müssen alle, die die zentralistische Gewerkschaftsorganisation wollen, beraten, und gemeinsam muss der Weg gefunden werden.

Der deutsche Parteitag kann gewiss ein Nationalitätenprogramm annehmen, aber mehr als seine Meinung wäre auch das Programm nicht. Es müssen auch hier alle gemeinsam entscheiden.

Deshalb kann es nur einen Weg geben, auf dem wir zu den neuen Formen gelangen können. Wir müssen vor allem an alle nationalen Exekutiven die Aufforderung richten, zu einem gemeinsamen Parteitag zusammenzukommen. Wie sie dazu delegieren wollen, das kann man ihnen selbst überlassen, nur müsste eine Vereinbarung über das Stimmrecht getroffen werden. Im Herbst soll der gemeinsame Parteitag in Innsbruck stattfinden. Gehen wir nicht nach Innsbruck, gehen wir nach Wien, und halten wir anschliessend oder vorangehend einen gemeinsamen Parteitag ab. Kommen die Separatisten, so ist es gut, kommen sie nicht, so stellen sie sich selbst ausserhalb der Internationale Oesterreichs und damit ausserhalb der Internationale der ganzen Welt.

Dieser gemeinsame Parteitag hätte vor allem ein Komitee aus allen Nationen zu wählen, das beauftragt wird, die praktische Durchführung der neuen gewerkschaftlichen Organisation durchzuberaten, damit die Ergebnisse dann einem ausserordentlichen Gewerkschaftskongress vorgelegt werden können, und dann müsste sie ein neues und praktisch soweit als möglich ausgearbeitetes Nationalitätenprogramm vorlegen. Die nationale Autonomie allein genügt nicht, wir müssen zu den praktischen Streitfragen, die im Parlament so grosse Schwierigkeiten machen, Stellung nehmen.

Gewiss, es wird keine leichte Arbeit sein, aber sie ist notwendig, notwendiger als alle Arbeiten, die wir verrichten können. Deshalb vor allem muss sie getan werden, schnell und sobald als möglich.

Und die Separatisten? Sie haben die Wahl. Wollen sie mit dabei sein, dann werden sie sich mit an den Beratungstisch setzen müssen, wollen sie es nicht, so werden sie von jeder proletarischen Gemeinschaft ausgeschlossen sein. Sie werden dann ganz und für immer den bürgerlichen Bundesgenossen gehören. Warum fürchten so viele massgebende Genossen noch immer den klaren und entscheidenden Kampf? Ist es wirklich möglich, dass wir als Partei so viel verlieren können, wenn wir offen und ehrlich alle inneren Kämpfe auch in der breiten Oeffentlichkeit besprechen? Hat es nicht in anderen Ländern mit viel schwächeren gewerkschaftlichen und politischen Organisationen schon ganz andere Kämpfe gegeben, als wir sie nun zu erwarten haben? Unsere Erziehung ist ja noch nicht so fest und wurzelt nicht so tief, weil uns der Meinungsstreit fehlt, weil wir den erziehenden Kampf der Debatte nur unter den führenden Genossen haben und nicht unter den Massen.

Vor allem aber waren ja die Separatisten vor ihrem engen Bündnis mit den bürgerlichen Tschechen eine viel grössere Gefahr für uns, als sie es heute sind. Nichts ist dem proletarischen Empfinden so sehr zuwider und nichts versteht die Arbeiterschaft so schlecht als die angebliche Notwendigkeit, gemeinsam mit dem Bürgertum zu kämpfen. Je enger und je inniger dieses Bündnis wird, um so besser für den Gedanken der Internationalität. Das Bündnis, das heute die Stärke des Separatismus ist, es wird morgen sein Untergang und seine Schwäche sein. Lassen wir den Separatismus ruhig an seinen eigenen Sünden sterben und bekämpfen wir seine Auswüchse nur so weit, als es zu seinem Verständnis notwendig ist. Bauen wir aber mit rastloser Energie, mit aller Opferfreudigkeit und aller Kraft, die in uns lebt, neben dem Separatismus, und wenn es sein muss, im Kampf mit ihm, eine neue internationale Partei auf. Das ist der einzige Weg, der zu neuen Formen führt, das ist der einzige Weg, den das Proletariat der ganzen Welt wollen und verstehen kann.

Die österreichische Sozialdemokratie hat die schwere und heilige Pflicht, das nationale Problem für alle Proletarier der ganzen Welt zu lösen. Bleiben wir fest, vertrauen wir auf die proletarischen Instinkte der Massen und lösen wir das Problem mit unserer ganzen Kraft. Wenn rings die unorganisierten Massen Kriegsjubel und Ruhmestollheit blenden, so müssen wir ruhig Blut bewahren und fest dem Ideal des Völkerfriedens dienen, so müssen wir auch nun fest bleiben, und nichts darf uns auch nur ein Haar breit von dem Boden des internationalen Klassenkampfes führen. Erfüllen wir deshalb in diesem geschichtlichen Augenblick unsere Pflicht.

Karl Cermak: Der Weg zur Klärung

Genosse Bauer hat im „Kampf“ Vorschläge gemacht, in welcher Richtung eine Klärung der Krise in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung innerhalb der tschechischen Nation, die sich bereits längst zur ernstesten Gefährdung der sozialdemokratischen Internationale in Oesterreich herausgebildet hat, anzustreben wäre. Den Gewerkschaftsstreit auf Grund der Bauerschen Vorschläge zu schlichten, scheint mir aus vielfachen Ursachen ganz unmöglich. Vom prinzipiellen Einwand, dass diese Vorschläge die vollständige Anerkennung des Prinzips der nationalen Gliederung in der Gewerkschaftsbewegung bedeuten würde, sei hier nur nebenbei Erwähnung getan. Es ist wohl auch nicht unwesentlich, dass sich durch Annahme der territorialen Abgrenzung der Tätigkeitsgebiete der zentralen, internationalen und der national gegliederten Gewerkschaften die österreichischen Gewerkschaften gegen den klaren Beschluss des Kopenhagener Kongresses stellen würden. Was aber die Vorschläge auch aus rein praktischen Gründen als ganz unmöglich erweist, ist die Tatsache, dass die Separatisten keine Neigung haben — und aus der Idee ihres Wirkens hinaus auch nicht haben können — die territoriale Abgrenzung anzustreben. Sie „können“ auf die in einigen Gegenden Böhmens ganz beträchtlichen tschechischen Minderheiten nicht verzichten, sie werden Wiens tschechische Minderheit nicht dem Zentralismus „preisgeben“ wollen. Weil also der eine Vertragsteil von den Vorschlägen nichts wissen will, darum sind sie zur Schlichtung des Gewerkschaftsstreites untauglich. Ich halte dafür, dass jetzt, psychologisch betrachtet, nicht die Zeit für eine Ordnung des Streites über die Form der Gewerkschaftsorganisation gegeben ist. Zu einem Einvernehmen auf Grund theoretischer Einsicht und zufolge der alten Erfahrungen mit den noch einheitlichen Zentralorganisationen — vor der Losreissung der tschechischen Arbeiter — ist es doch jetzt sicher zu spät. Nach den durch die neuen Tatsachen geschaffenen Verhältnissen — Gründung separatistischer Gewerkschaften, Schwächung der Zentralorganisationen durch die Losreissung der tschechischen Arbeiter — zu urteilen und zu einem Entschlusse zu gelangen, dazu war die bisher abgelaufene Zeit zu kurz. Der Drang in den Zentralorganisationen nach einer Neuordnung des Verhältnisses zu den Separatisten, der übrigens heute schon in den verschiedenen Branchen verschieden stark sich regen mag, ist in diesem Augenblick ebenso unentwickelt wie das Bedürfnis der Separatisten nach

dem Zusammen- oder Anschluss an die starken Zentralorganisationen. Da muss die wirtschaftliche Entwicklung mithelfen. Das industrielle Scharfmachertum, die agrarische Wucherpolitik und der mächtig wirkende Hass aller Bürgerlichen gegen die aufstrebende Arbeiterklasse in allen Nationen werden die separatistischen Organisationen vor Aufgaben stellen, denen sie nicht gewachsen sein können. Dazu kommt, dass die stärkste Stosskraft des Separatismus tätig war bei der Lostrennung der separatistisch gesinnten tschechischen Arbeiter aus der internationalen Zentralorganisation. Die nächsten Jahre kann für die separatistische Gewerkschaft nicht geworben werden mit den Schlagworten: „Gegen Wien, gegen die Unterdrückung durch die Deutschen“, die Werbekraft der separatistischen Organisationen wird abhängig sein von deren gewerkschaftlichen Erfolgen. Und mit denen wird es recht armselig aussehen. Ausweichen, diplomatisieren lässt sich nicht dort, wo wirtschaftliche Notwendigkeiten ihre Erfüllung heischen. Wohl bin ich nicht so komischer Ansicht, dass die separatistischen Organisationen eines Tages zusammenbrechen werden, aber aus zwei Gründen muss die Zeit kommen, die auch den Separatisten ein Einlenken aufzwingen wird. Entweder die sogenannten autonomen Organisationen führen Kämpfe und erweisen dadurch ihre Unzulänglichkeit oder sie weichen den Kämpfen möglichst aus, dann verdorren sie an ihrer Untätigkeit. Auch bei den Aktionen der Zentralorganisationen werden die in den separatistischen Gewerkschaften stehenden tschechischen Arbeiter fehlen und mancher unter uns, der da sagte: „Sollen gehen, wir brauchen sie nicht“, wird durch harte Erfahrungen eines Besseren belehrt werden. Darum glaube ich, in den nächsten Jahren wird die Entwicklung die Streitfrage auf beiden Seiten so reif machen, dass entweder ein Vergleich oder ein festes, anderes Verhältnis zwischen Zentralorganisationen und separatistischen Gewerkschaften mit Naturnotwendigkeit wird von innen heraus — fast möchte ich sagen: organisch — gefunden werden können und müssen.

Weil Bauer für den Wiederaufbau der internationalen Sozialdemokratie in Oesterreich die Durchsetzung seiner unmöglichen Vorschläge zur Schlichtung des Gewerkschaftsstreites zur Voraussetzung nimmt, darum sind auch seine anderen Vorschläge, soweit sie sich auf die internationale Organisation der Sozialdemokratie in Oesterreich beziehen, unannehmbar. In seinem Vorschlag auf Anerkennung der zentralistischen, tschechischen Partei und der gleichzeitigen Anerkennung der tschechoslawischen Sozialdemokratie, der Träger des gewerkschaftlichen Separatismus, als auch in Kautskys Ruf nach Einberufung eines Gesamtparteitages steckt ein Fehler. Ehe man über die Anerkennung der zwei tschechischen Parteien und über die Einberufung eines Gesamtparteitages entscheidet, muss man sich darüber Klarheit schaffen, was man eigentlich will. Will man ein Diktum der Deutschen, Polen, Italiener u. s. w., eventuell mit einem Teil der Tschechen über die Qualität der sozialdemokratischen Parteien innerhalb der tschechischen Nation setzen, dann berufe man einen Gesamtparteitag ein — dass er über die für den Schiedsrichter notwendige Autorität verfügt, oder sonst auf Grund seines Beschlusses wirkende Kräfte zu entwickeln vermag, die imstande sind, den Streit der Tschechen untereinander zu schlichten, muss sehr ernstlich bezweifelt werden. Soll aber eine Vereinbarung, ein Friedensschluss, zustande gebracht werden, so müsste man diesen, wenigstens in seinen Grundlinien, doch auch schon vor der Abhaltung des Gesamtparteitages gefunden haben. Ehe in Hainfeld die Einigung der Partei erfolgte, hatte in Wien das Fünfzehner-Komitee trefflich vorgearbeitet gehabt. Mit wenigen Ausnahmen haben doch sicher auch jene Genossen, die die schärfsten Kampfmethoden gegen den Separatismus wünschen, nicht den Mut, zu einem Abschluss zu raten, der von vornherein kein anderes Aussehen haben kann, als dass die tschechoslawische (separatistische) Sozialdemokratie als eine nicht sozialdemokratische Partei deklariert werde und also die Sozialdemokraten aller anderen Nationen in Oesterreich ihr Verhalten danach einzurichten hätten. Vom internationalen Sozialistenkongress ist die tschechoslawische Sozialdemokratie anerkannt; sie aus der Gemeinschaft der Internationale auszustossen, kann folgerichtig nur das Werk eines internationalen Sozialistenkongresses sein. Das schliesst nicht aus, dass der deutsche Parteitag in Innsbruck über das Verhältnis der deutschen Sozialdemokratie zu den beiden tschechischen Parteien seine Ansicht aussprechen muss. Wenn wir uns aber bemühen, ein Verhältnis zum Streit in

der tschechischen Arbeiterbewegung zu finden — auf dem deutschen Parteitag — so ist das denn doch etwas anderes, als wenn wir auf einem österreichischen Gesamtparteitag über den Streit uns zum Schiedsrichter aufwerfen wollen.

Seit Jahren sind wir die Zeugen jenes Prozesses, der die Zerreißung der internationalen Geschlossenheit in Oesterreich bedeutet. Die internationale Gesamtpartei, deren Organe — Gesamtparteitag, parlamentarischer Verband und Exekutive — nicht zu leben imstande sind, kann nicht durch irgend einen Beschluss wiedererweckt werden. Sie muss sich aufs neue organisch entwickeln. Die Gesamtpartei muss aus dem gemeinsamen Willen der Sozialdemokraten aller Nationen in Oesterreich werden; und da durch die gegensätzliche Auffassung über die Form der Gewerkschaftsorganisation und in nationalpolitischen Fragen zwischen Deutschen und Tscheschen jetzt keine Einigung zu erzielen ist, erscheint es wohl verständlich, dass auch keine Gesamtpartei in Wirklichkeit sein kann. Zur Ordnung des Gewerkschaftsstreites ist jetzt nicht der günstige Augenblick und das genügt wohl, um die Unmöglichkeit eines Gesamtparteitages, der mehr soll, als demonstrieren, dass wir uneinig sind, darzutun.

Es gibt Genossen, die der Ansicht sind, es sei im Interesse einer klaren Politik der Gewerkschaften notwendig, dass die deutsche Partei erkläre, sie habe nichts mehr mit der tschechoslawischen Partei zu schaffen, sie kenne nur eine internationale Partei innerhalb der tschechischen Nation, das ist die neue Partei der Zentralisten. Die so gewünschte „Klarheit“ scheint mir nun kein Erfordernis der erfolgreichen Propaganda der zentralistischen Gewerkschaften zu sein. Man kann emsig für den Zentralismus werben, Aufklärung über die Untauglichkeit des gewerkschaftlichen Nationalismus für den proletarischen Klassenkampf schaffen und dabei denn doch des gemeinsamen Zieles, das uns mit den Separatisten verbindet, gedenken. Da aber wir überdies in irgend einer Form auf gewerkschaftlichem und politischem Kampffelde in der Zukunft mit den Massen der zum Klassenbewusstsein erwachten tschechischen Proletarier, die dem Endziel des Sozialismus zustreben, wieder zusammenkommen müssen, kann uns eine Taktik, die uns zwingt, jene tschechischen Sozialdemokraten, die in einem schweren Irrtum in Bezug auf die richtige Form der Gewerkschaftsorganisation leben und deren Ansichten über Internationalismus mit den unsrigen divergieren, als Feinde zu betrachten, nur daran hindern, dem Zentralismus innerhalb der tschechischen Arbeiterschaft Anhänger zu erwerben. Dazu kommt noch, dass ein engeres Zusammenwirken mit der neuen tschechischen Partei denn doch auch eine Ordnung der nationalpolitischen Fragen zur Voraussetzung haben, das heisst die Ausarbeitung eines gemeinsamen Nationalitätenprogramms und Beschlussfassung über dasselbe erfolgen müsste. Ich kenne die bezüglichen Ansichten der tschechischen Zentralisten viel zu wenig im Detail, um beurteilen zu können, wie gross in diesen Fragen der Unterschied zwischen ihnen und den Separatisten ist. Von der grossen Bedeutung der Gewerkschaften vollständig überzeugt, kann wohl doch auch die Vermutung ausgesprochen werden, dass die Einigkeit in der Auffassung über die Form der Gewerkschaftsorganisation allein, wenn gleichzeitig auf nationalpolitischen Gebieten Unklarheiten bestehen bleiben, nicht ausreicht, um der Gesamtbewegung eine vollständig gesunde Entwicklung zu schaffen.

So sehr ich auch zu jenen Genossen gehöre, welche die schweren Bedenken teilen, dass durch die jetzt bestehende Unklarheit Schäden für das Ansehen und die Werbekraft der Arbeiterbewegung in Oesterreich entstehen, glaube ich doch, dass diese das kleinere Uebel bilden gegen den unheilvollen Fehler, den ein Gesamtparteitag — indem er weit über den Rahmen seiner Kompetenz hinausgreift — nur begehen könnte, wenn er diktieren würde, um eine Vereinbarung zu ersetzen. Zur Vereinbarung können wir, zunächst infolge des Gewerkschaftsstreites, nicht gelangen, beim „Kaiserschnitt“, nach dem jetzt so viele rufen, scheint mir eine allgemeine ernste Gefährdung des Patienten zu bestehen. Diese Vermutung spreche ich aus, trotzdem ich die separatistische Bewegung aus der täglichen Erfahrung sehr genau kenne. Im nordwestböhmischem Braunkohlen- und Industriebecken mit seinen starken tschechischen Minderheiten wissen wir von den bestehenden Schwierigkeiten besonders viel zu erzählen. Freilich, eines ist notwendig: es muss in unseren Zeitungen und Versammlungen mehr als bisher im aufklärenden Sinne über den Streit geschrieben und gesprochen werden.

Nur das kann die Schäden der Krise vermindern und den Boden schaffen, auf dem wir zu neuen Formen kommen. Wenn Stimmungen, Gefühle, Revanche etc. zu entscheiden hätten, dann müssten alle Vertrauensmänner aus den gemischtsprachigen Gebieten die wildesten Draufgänger sein. Weil aber bei der Lösung der Probleme, die dieses Oesterreich der Arbeiterbewegung stellt, nur die prinzipielle Erwägung und der Verstand des Praktikers zu entscheiden haben — wenn für die Interessen der Arbeiterklasse aller Nationen erfolgreich gewirkt werden soll — heisst es: die Zähne zugebissen und mitten durch, trotz alledem!

Otto Bauer: Gesamtparteitag und Gewerkschaftsfrage

Karl Kautsky stellt uns die Frage, warum die österreichische Sozialdemokratie auf ihre Gesamtparteitage verzichtet habe. Die Frage greift an den Wesenskern des Problems, um dessen Lösung wir seit Jahren ringen: daran, ob noch in Oesterreich eine sozialdemokratische Gesamtpartei lebt. Denn wenn die Sozialdemokraten der acht Nationen Oesterreichs wirklich noch eine Partei bilden, dann freilich kann keine Streitfrage unter ihnen anders entschieden werden als nach dem Willen der Mehrheit der Parteigenossen durch den Beschluss der Mehrheit des Gesamtparteitages. Und jeder einzelne und jede Gruppe innerhalb der Gesamtpartei müssen sich dem fügen, was der Gesamtparteitag beschliesst. Gilt dies für uns nicht mehr, ist es nicht mehr möglich, jede Frage des Parteilebens durch den Mehrheitsbeschluss des Gesamtparteitages zu entscheiden, dann haben wir in der Tat keine Gesamtpartei mehr. Darin liegt die Bedeutung der Frage, die Kautsky uns stellt. Indem er die Einberufung eines Gesamtparteitages fordert, verlangt er die Wiederherstellung einer Gesamtpartei, innerhalb derer jede Minderheit sich dem Willen der Mehrheit beugen muss. Dass gerade Kautsky, der Hüter des Marxschen Erbes, uns zur Wiederherstellung der Gesamtpartei mahnt, ist gewiss kein Zufall. Die Unterordnung der nationalen Arbeitergruppen unter die internationale Gemeinschaft, die Einheitlichkeit und die Zentralisierung der internationalen Organisation waren stets und sind heute noch überall leitende Grundsätze Marxscher Politik.

Wie ist nun Kautskys Frage zu beantworten? Das Statut unserer Gesamtpartei, das im Jahre 1897 beschlossen wurde, ordnet an, dass der Gesamtparteitag in jedem zweiten Jahre einberufen werden solle. Seit dem Jahre 1905 ist jedoch die Einberufung nicht mehr erfolgt. Die Parteiverfassung ist also seit 1905 gebrochen worden. Eine Staatsverfassung wird gesprengt, wenn sie den tatsächlichen Machtverhältnissen in der Gesellschaft nicht mehr entspricht. So weist auch der Bruch der Parteiverfassung auf Verschiebungen in unserer Gesellschaft, in den Beziehungen der verschiedenen Teile des Proletariats zueinander hin. Wollen wir Kautskys Frage recht beantworten, müssen wir untersuchen, welche Veränderungen im Leben des Proletariats die Parteiverfassung unterhöhlt, der Gesamtpartei ihre Grundlagen entzogen, die Entscheidung unserer Streitfragen durch Mehrheitsbeschlüsse eines Gesamtparteitages unmöglich gemacht haben. Nur die Veränderungen in den Beziehungen der einzelnen Teile des Proletariats zueinander lassen uns den Bruch der alten Parteiverfassung verstehen.

Am anschaulichsten können wir die Veränderung der Beziehungen zwischen deutschen und tschechischen Arbeitern — sie vor allem kommen hier in Frage — wohl in den vielen Fabriksdörfern der deutschen Sudetenländer beobachten. Durch anmutige bewaldete Täler führt uns die Eisenbahn in ein solches Dorf. An seinem Eingang steht das vielstöckige alte Fabriksgebäude: wie einst die Burg des Feudalherrn, beherrscht heute die Feste des Kapitalisten das Dorf. In den hübschen sauberen Häuschen wohnen die Arbeiter. Ihre Grossväter haben demselben Kapitalisten noch als Hausweber gedient, ihre Väter schon sind in dieselbe Fabrik gegangen und ihre Kinder werden bald an demselben Webstuhl stehen, den sie heute bedienen. Der Besitz des Häuschens bindet sie an die Scholle. Deutsche Arbeiter sind es. Wohl ist der Vater oder der Grossvater so manches

unter ihnen „aus dem Tschechischen“ eingewandert. Aber die Einwanderer, die einzelt mitten unter den deutschen Arbeitskollegen sich angesiedelt, haben willig und ohne Mühe deutsche Sprache und Art angenommen. So war es vor kurzem noch. Dann aber wurde unweit vom Dorfe ein Braunkohlenschacht erschlossen. Hunderte tschechischer Arbeiter hat die Kohlenwerksgesellschaft ins Land gerufen. Sie siedeln in den Werkswohnungen und haben dort ihre eigene Welt, abseits der kleinen deutschen Gemeinde. Ein Völkchen ist es, das stets in Bewegung: die heute gekommen, ziehen morgen weiter, auf anderer Erde ihr Glück zu suchen. Diese Einwanderer werden nicht Deutsche; und selbst ihre Kinder, die doch die deutsche Schule besuchen, beherrschen nur dürftig unsere Sprache, denn im Elternhaus und auf dem Spielplatz hören sie nur die vertrauten Laute ihrer Muttersprache. So entsteht mitten zwischen deutschen Dörfern eine tschechische Arbeitergemeinde. Da gibt es bald eigene Vereine, Versammlungen, Zeitungen. Da führen die tschechischen Parteien im Innern des kleinen tschechischen Gemeinwesens ihre politischen Kriege. Ein Leben also mit ganz anderem Inhalt als das der deutschen Nachbarn!

Der tschechische Arbeiter, der da auf deutschem Boden arbeitet, ist dem Deutschtum nicht hold. Der Fabrikant und der Bergwerksbesitzer, die ihn ausbeuten, der Betriebsbeamte und der Werkmeister, die ihn antreiben, der Hausbesitzer und der Kaufmann, die ihm Wohnung und Lebensmittel verteuern, der Bezirkshauptmann und der Richter, der Bürgermeister und der Gendarm, die die feindliche Macht des Klassenstaates ihm gegenüber vertreten — sie alle sind Deutsche. Was Wunder, dass der tschechische Arbeiter das Deutschtum nicht liebt! Darum nimmt er an den nationalen Kämpfen seiner Nation gern teil. Ist doch der nationale Kampf zugleich ein Kampf gegen seinen sozialen Feind! Aber selbst dem deutschen Arbeiter steht er nicht ohne Misstrauen gegenüber: gehört doch auch der deutsche Arbeiter der Nation an, die dem tschechischen Proletarier als das Volk der Bedrücker erscheint, ist doch der deutsche Arbeiter mit den Besitzenden der kleinen Gemeinde, mit den Hausbesitzern und Krämern, durch manche Bande der Verwandtschaft und Schwägerschaft und Nachbarschaft verknüpft, während der tschechische Zuwanderer ihnen ganz fremd gegenübersteht, voll der zwielfachen Feindseligkeit, die das Zusammenfallen sozialer und nationaler Gegensätze erzeugt.

Aber auch dem deutschen Arbeiter dünkt es nicht recht geheuer, wenn er das Anwachsen der tschechischen Arbeitergemeinde sieht. Die ganze Art der tschechischen Arbeiter mutet ihn fremd an. Denn das Wesen des robusten tschechischen Proletariers, den heute eine Welle der Konjunktur aus einem Hungerbezirke Böhmens in das deutsche Gebirgsdorf wirft, um ihn schon morgen wieder nach Westfalen oder nach Lothringen weiterzutragen, ist sehr verschieden von der Art der deutschen Arbeiter in den weltfernen kleinen Dörfern des Gebirges, von diesem schlichten Volke der Träumer und Sinnierer, denen der Sozialismus in der stillen Enge ihres Daseins nicht eine tönende Kampfparole, aber ein tief-innerlich erfasster Glaube geworden ist. An proletarischem Trotz und proletarischer Kühnheit übertrifft der wandernde Tscheche den sesshaften Deutschen. Im Kampfe gegen den gemeinsamen Feind ist er darum ein prächtiger Kamerad. Aber im Rate erscheint er dem Deutschen nicht selten unwissend, unbesonnen, zügellos. Sie können einander schwer begreifen. Und welche Sorgen der fremde Kampfgenosse hat! Der Deutsche denkt an die grosse Verheissung des Sozialismus, der die Menschheit befreien werde; der Tscheche unterbricht ihn mit den nationalen Losungen: Minderheitsschule, Amtssprache, Bahntafeln! Der Deutsche, der es nicht erfahren hat, in fremdem Lande arbeiten zu müssen, kann den Genossen nicht verstehen, der ihm damit kommt. Und wenn der Deutsche sieht, wie mehr und mehr dieser fremdartigen Menschen in sein Tal kommen, sich hier ansiedeln, den ganzen Ort jahraus, jahrein mit ihren nationalen Forderungen beschäftigen, dann wird ihm bange um seine Heimat. Soll das schöne Stückchen Land hier, in dem seine Eltern begraben liegen und auf dem die Wiege seiner Kinder steht, dies Land, das seit Jahrhunderten deutsch war, von den so ganz anders gearteten Menschen gänzlich erobert werden?

So sind im Denken, im Fühlen tschechische und deutsche Arbeiter verschiedener Art. Wohl sind es Arbeiter hier und drüben. Wohl ist das Ziel ihres Kampfes dasselbe. Aber im einzelnen ist doch das soziale Sein und darum auch das Bewusstsein

der einen anders geartet als das der anderen. Im kleinen deutschböhmischem Gebirgsdorf, wo der bodenständige deutsche Weber neben dem fluktuierenden tschechischen Kohlengräber sitzt, tritt die Verschiedenheit ihres Wesens anschaulich hervor. Aber im ganzen Reich ist's nicht anders. Die soziale Struktur, die Verteilung der Arbeiterschaft auf die Berufsklassen, auf Stadt und Land, auf Grossstadt und Kleinstadt, auf gelernte und ungelernte Arbeit, die Verbreitung der Schulbildung, die politische Ueberlieferung, die ganze Parteiengruppierung — all das ist bei den Tschechen anders als bei uns. Darum ist auch die ganze Art der tschechischen Arbeiterschaft, ihre Art zu fühlen und zu denken und ihre Kämpfe zu führen, von der unseren in mancher Hinsicht verschieden. Diese Gegensätze blieben verdeckt, solange die tschechische Sozialdemokratie eine kleine Sekte war, deren Bekenner, vom heiligen Glauben an die grosse Sache erfüllt, sich von der Masse der tschechischen Proletarier scharf abhoben. Aber die Massen, die die tschechische Sozialdemokratie um ihr Banner scharte, sind breiter geworden. Im Sturm gewonnen, waren diese Massen in sozialistischer Ueberzeugung wenig gefestigt; alle Vorurteile ihrer Umgebung brachten sie in die Partei. Je grösser die Partei, je vielfältiger ihre Tätigkeit wurde, desto deutlicher trat die Verschiedenheit des tschechischen Proletariers vom deutschen hervor.

Freilich, solche Verschiedenheiten gibt es auch innerhalb einer Nation. Der Wiener ist vom Berliner, der Schwabe vom Sachsen, der deutsche Arbeiter an der Waterkant von dem am steirischen Erzberg nach Sein und Bewusstsein deutlich geschieden. Aber die Gemeinschaft der Sprache schlägt eine Brücke zwischen ihnen allen. Denn so verschieden ihr tägliches Sein auch sein mag, dasselbe Buch, dieselbe Zeitung, dieselbe Ueberlieferung, dasselbe politische Schlagwort wirken doch auf sie alle, schlingen um sie alle ein Band. So baut sich über alle landschaftlichen Verschiedenheiten die Nation ein einig Dach. Jede Landschaft führt nicht nur ihr eigenes Leben; sie führt zugleich das Leben der Nation mit. So werden die landschaftlichen Verschiedenheiten überdeckt. Anders, wo die Verschiedenheit der Sprache dem Austausch der Erfahrungen, der Einflüsse, der Gedanken hemmend im Wege steht. Der tschechische Arbeiter kann die deutsche, der deutsche Arbeiter die tschechische Zeitung nicht lesen. Der deutsche Politiker kann zur tschechischen Volksmasse, der Tscheche zur deutschen nicht sprechen. Die politischen Kämpfe der tschechischen Parteien sagen uns, die der deutschen Parteien den tschechischen Arbeitern nichts. So wird die Eingliederung der Verschiedenen in ein grösseres Ganzes erschwert. Während unsere Zeit die landschaftlichen Sonderarten immer mehr abschleift, hat sie die nationalen Sonderarten nicht verwischt. Darum kann der Zusammenhalt der Arbeiter verschiedener Nationalität in einer internationalen Partei kaum jemals so enge sein wie der der Arbeiter verschiedener Landschaften in einer nationalen Partei. Dass die Badenser sich der preussischen Mehrheit eines reichsdeutschen Parteitages unterwerfen müssen, ist selbstverständlich; dass die Tschechen sich der deutschen Mehrheit eines österreichischen Gesamtparteitages fügen, ist es leider nicht.

Sind nationale Gegensätze innerhalb des Proletariats an sich schwerer zu überwinden als landschaftliche, so wird die Schwierigkeit hier noch gesteigert durch den eigenartigen Entwicklungsgang der tschechischen Nation. Die tschechische Nation lebte vor einem Jahrhundert unter deutscher Fremdherrschaft. Der deutsche Beamte regierte die tschechische Bevölkerung, der deutsche Grundherr, der deutsche Fabrikant, der deutsche Kaufmann beuteten den tschechischen Kleinbürger, Bauern, Arbeiter aus. Heute ist es ja anders geworden: die tschechische Nation ist auch in den Herrenklassen schon stark vertreten. Aber viele Jahrzehnte lang füllte der Kampf gegen die soziale und nationale Herrschaft der deutschen Herrenklassen jedes Blatt in der Geschichte der Nation. Schritt für Schritt hat das tschechische Volk im harten Ringen gegen die deutsche Herrschaft Boden gewonnen. Dem tschechischen Volke die volle Freiheit von deutscher Macht zu erringen — das war das Ziel, das ein Jahrhundert harter Kämpfe zum Bewusstseinsinhalt des letzten tschechischen Bürgers und Bauern gemacht hat. Dieser Gedanke erfüllte auch die Arbeitermassen. Seiner voll, kamen sie in die sozialdemokratische Organisation. Aber auch hier fanden sie — deutsche Führung. Denn die Mehrheit der organisierten Sozialdemokraten in Oesterreich waren stets und sind auch heute noch Deutsche und über ihre Zahl hinaus stärkt ihre führende Stellung

in der Gesamtpartei die Tatsache, dass die deutschen Sozialdemokraten den Klassenkampf im Mittelpunkte des Reiches und in dem grössten Industriegebiete des Reiches — in Wien und in Deutschböhmen — führen und dass ihre Sprache die einzige Weltsprache unter den Sprachen Oesterreichs, dass sie die Muttersprache des wissenschaftlichen Sozialismus und die Sprache der führenden Partei der ganzen Internationale, die Sprache Marxens und Engels' und die Sprache der Deutschen Sozialdemokratie ist. Der tschechische Arbeiter sah, wie seine Nation sich in hartem Kampfe allmählich von dem Drucke deutscher Bureaukraten, deutscher Grundherren, deutscher Kapitalisten befreite. Aber auch in seiner Partei sah er Deutsche an führender Stelle. Er übertrug nun den nationalen Befreiungsgedanken auch in das Gebiet der Partei. Auch hier muss, so dachte er, der Tscheche von deutscher Führung befreit werden. Die tschechischen Arbeiter schlossen sich zunächst innerhalb der Gesamtpartei zu eigenen Organisationen zusammen. Sie erkämpften allmählich diesen Organisationen einen wachsenden Umkreis selbständiger Entscheidung. Sie gewöhnten sich schliesslich allmählich daran, die tschechoslawische Sozialdemokratie als eine vollkommen selbständige, vollkommen souveräne Partei anzusehen, die nur nach der Entscheidung ihrer eigenen Körperschaften geleitet werden könne. Jede Begrenzung ihrer vollkommenen Selbständigkeit durch eine Gesamtpartei bedeute die Unterwerfung der tschechischen Arbeiter unter deutsches Kommando. Das würden, so meint man, die tschechischen Arbeiter nie ertragen. „Wir Tschechen haben die deutsche Herrschaft im Staate, im Lande, in der Gemeinde allmählich gebrochen; wir werden sie nicht in der Partei ertragen“ — das war und ist heute noch die Parole, die der Forderung nach der Unterordnung der tschechoslawischen Sozialdemokratie unter die Entscheidungen der Gesamtpartei entgegengesetzt wird.

Dieser Gedankengang hat im tschechischen Lager allmählich die Kraft eines überlieferten Vorurteils, den Anschein der Selbstverständlichkeit bekommen. Unsere tschechischen Genossen meinen wirklich, jeder, der die tschechoslawische Partei nicht für vollkommen souverän hält, der sie an die Pflicht, Entscheidungen der österreichischen Internationale Gehorsam zu leisten, erinnert, sei eben von deutscher Herrschsucht erfüllt, die die tschechischen Arbeiter unter dem „Kommando Wiens“ erhalten wolle. Unsere tschechischen Genossen wissen wohl gar nicht mehr, dass sie den Grundgedanken der Internationalität leugnen, wenn sie erklären, die Arbeiterschaft jeder Nation müsse von fremdem Einfluss vollständig frei, sie müsse vollständig souverän sein. Als ob es nicht geradezu der Inhalt der Internationalität wäre, dass jede Nation souverän ist, dass jede Nation sich dem internationalen Ganzen unterzuordnen hat! Ganz naiv, als ob das wirklich selbstverständlich und gerade im Munde internationaler Sozialdemokraten selbstverständlich wäre, wird uns in der tschechoslawischen Parteipresse immer wieder auseinandergesetzt, die tschechische Arbeiterschaft könne sich und werde sich keinem Beschlusse der Mehrheit der Gesamtpartei fügen, weil die Mehrheit eben — deutsch sei. Die Gesamtpartei sei ein Instrument deutscher Fremdherrschaft über die Tschechen, der Kampf der tschechischen Arbeiterschaft gegen die Fesseln, in die die Gesamtpartei sie geschlagen, sei ein Teil des Befreiungskampfes der tschechischen Nation gegen die Herrschgelüste der Deutschen. Und diese Gedanken spuken nicht etwa bloss in den Köpfen der paar leidenschaftlich erbitterten Menschen, die heute in den Spalten der tschechoslawischen Parteipresse eine Polemik gegen uns führen, die mit dem internationalen Sozialismus nichts mehr gemein hat. Diese Gedanken leben vielmehr zweifellos wirklich in den Herzen und Hirnen der grossen Mehrheit des tschechischen Proletariats!

Die politische Entwicklung Oesterreichs in den letzten Jahrzehnten hat diesen Entwicklungsgang beschleunigt. Vor allem die Gewöhnung an die nationale Obstruktion hat nach dieser Richtung gewirkt. Der selbstverständliche Grundsatz der Demokratie, dass die Minderheit sich dem Willen der Mehrheit unterzuordnen habe, wurde ja in unserem ganzen öffentlichen Leben durchbrochen. Im Reichsparlament und in den Landtagen tobt immer wieder die Obstruktion. Denn die Minderheiten, die hier immer wieder gegen das Mehrheitsprinzip rebellieren, sind eben nicht bloss Parteien; sie sind Vertretungen der Nationen oder halten sich wenigstens dafür. Darum unterwerfen sie sich

der Entscheidung der Mehrheit nicht. Denn von den Parteien, die innerhalb einer Nation einander befehden, kann die, die heute Minderheit ist, stets hoffen, morgen Mehrheit zu werden. Sie wird sich heute dem Mehrheitsprinzip in der Hoffnung beugen, morgen sich selbst als Mehrheit seiner zu freuen. Anders, wenn die Minderheit nicht eine Vereinigung Gleichgesinnter innerhalb einer Nation, sondern eine ganze Nation ist, die gegen einen Bund anderer Nationen zu Felde zieht. Die Nation fügt sich dem Mehrheitsprinzip nicht; denn als Minderheit durch die Zahl ihrer Volksgenossen hat sie keine Hoffnung, jemals selbst Nutzniesserin des Mehrheitsprinzips werden zu können. Sie rebelliert gegen das Mehrheitsprinzip: das bedeutet ihre Obstruktion. Die Rebellion gegen das Mehrheitsprinzip haben wir, wenn auch in anderer Form, auch in unseren Reihen. Auch hier aus demselben Grunde. Die Revisionisten in Preussen, die Radikalen in Baden, fügen sich der Mehrheit; denn sind sie heute auch Minderheit, so hoffen sie doch, morgen Mehrheit zu werden. Die Tschechen in der österreichischen Gesamtpartei fügen sich der Mehrheit nicht; denn da die tschechischen Arbeiter niemals die Mehrheit der österreichischen Arbeiter bilden werden, wird die tschechoslawische Sozialdemokratie nie über die Mehrheit innerhalb der Gesamtpartei verfügen. So rebelliert die tschechoslawische Sozialdemokratie gegen das Mehrheitsprinzip: sie fügt sich in Fragen, die ihr als Lebensfragen gelten, der Entscheidung der Mehrheit nicht. Dadurch aber wird die Gesamtpartei selbst aufgehoben. Der Staat bleibt bestehen trotz der nationalen Obstruktion im Parlament; denn sein Dasein ruht nicht auf dem Parlament, sondern auf der Verwaltung und der bewaffneten Macht. Die Partei aber hält keine bürokratisch-militärische Zwangsorganisation, sondern nur die freiwillige Disziplin der Genossen zusammen. Wenn ein Glied der Gesamtpartei der Entscheidung ihrer Mehrheit den Gehorsam verweigert, dann besteht die Gesamtpartei nicht mehr.

Und unter solchen Umständen nun stelle man sich einen Gesamtparteitag vor! Soll er nicht ein blosses Schauspiel sein, so muss er durch Mehrheitsbeschluss die wichtigste Parteifrage entscheiden. Es wird ihm also wohl der Antrag vorgelegt werden, jeder Genosse sei verpflichtet, innerhalb seiner Gewerkschaft für die internationale zentralistische Organisationsform zu wirken. Dieser Antrag wird natürlich angenommen werden. Aber die Mehrheit, die den Beschluss fassen wird, wird natürlich — deutsch sein. Also wird der Beschluss ganz unwirksam bleiben: denn dass eine Mehrheit, die aus Deutschen besteht, die Tschechen überhaupt durch ihre Beschlüsse binden will, gilt ihnen ja als ein Erzeugnis deutscher Anmassung, deutscher Herrschsucht, gegen das sich jeder ehrliebende Tscheche empören müsse. Nun wird die Gesamtpartei natürlich erklären müssen, dass jeder, der dem Beschluss des Gesamtparteitages den Gehorsam verweigert, sich damit aus der Partei ausschliesse. So muss jeder Gesamtparteitag ganz unvermeidlich mit dem Ausscheiden der tschechoslawischen Sozialdemokratie aus der Gesamtpartei enden. Und die Trennung der tschechoslawischen Partei von der deutschen bedeutet nicht viel weniger als die Auflösung der Gesamtpartei überhaupt. Denn die tschechischen Zentralisten, die Polen und die Ruthenen, die Italiener und die Südslawen stehen an organisatorischer Kraft hinter der tschechoslawischen Partei weit zurück. Lebendige Verkörperung kann die Internationale in Oesterreich immer nur im Bunde der Deutschen mit den Tschechen finden. Wird er gesprengt, die Masse des tschechischen Proletariats von uns geschieden, dann gibt es in Oesterreich keine lebendige Internationale mehr. Man versteht also, warum die Gesamtexekutive seit 1905 gezögert hat, den Gesamtparteitag einzuberufen. Sie wagte nicht zu tun, was unvermeidlich zur förmlichen Auflösung der österreichischen Internationale führen müsste.

Man könnte nun freilich fragen, ob nicht das tschechische Proletariat vor dem letzten Schritt, vor der Auflösung der Internationale doch zurückschrecken, ob es der Entscheidung des Gesamtparteitages nicht doch Gehorsam leisten werde. Aber nach der Erfahrung des letzten Jahres kann die Antwort auf diese Frage leider nicht mehr zweifelhaft sein. Die Gewerkschaftskommission hat die Organisationsfrage dem Internationalen Sozialistenkongress vorgelegt. In Kopenhagen hat nicht eine deutsche, sondern wirklich eine internationale Mehrheit gegen den Separatismus entschieden. Und doch ist diese Entscheidung fast ohne Einfluss auf die tschechischen Arbeiter geblieben; ja fast könnte

man zweifeln, ob der trotzige Widerstand, den das Kopenhagener Urteil ausgelöst hat, der Sache des Separatismus nicht geradezu genützt habe. Die ganze Geschichte der tschechischen Nation hat die Irrlehre der vollen nationalen Souveränität in die Köpfe der tschechischen Arbeiter mit solcher Kraft hineingehämmert, dass der Schiedsspruch des Weltparlaments der Arbeiterklasse, der Rat und die Mahnung der ältesten, bewährtesten Vertrauensmänner der Proletarier aller Länder ungehört verhallten. Wenn selbst das Wort der Internationale wirkungslos blieb, wie wirkungslos bliebe erst das Urteil eines österreichischen Gesamtparteitages, dessen Mehrheit doch keine internationale, sondern eine in der Hauptsache deutsche Mehrheit wäre — wenn auch durch die Unterstützung der kleineren slawischen und romanischen Gruppen gestärkt — eine Mehrheit also, der sich zu fügen den tschechischen Genossen weit schwerer fiel! Ist doch selbst gegen das Votum der Internationale der Einwand gemacht worden, dass auch sie das Vertrauen der Tschechen nicht verdiene, weil sie von Deutschen geführt sei. „Es waren die Deutschen aus dem Reiche und aus der Schweiz, die aus nationaler Solidarität mit den Deutschösterreichern den Kopenhagener Beschluss zustande gebracht haben“, erzählt Genosse Němec immer wieder den tschechischen Arbeitern. Und wenn ein Beschluss von Deutschen herbeigeführt ist, kann er die Tschechen nicht binden — das erscheint den tschechischen Sozialdemokraten ganz selbstverständlich. Unter solchen Umständen wäre es töricht zu erwarten, dass die tschechischen Genossen sich dem Beschluss eines Gesamtparteitages fügen würden. Da aber ein Gesamtparteitag die Missachtung seiner Beschlüsse nicht dulden kann, wenn er nicht zu einer armseligen Schaustellung hinabsinken will, kann die Einberufung eines Gesamtparteitages nichts anderes bedeuten als den ersten Schritt zur Ausschliessung der überwiegenden Mehrheit der tschechischen Sozialdemokraten aus der österreichischen Gesamtpartei und in der Folge vielleicht auch aus der Internationale.

Ich glaube nicht, dass wir einen solchen Schritt leichten Herzens wagen können. Denn die Verschärfung der Gegensätze, die Aufpeitschung der Leidenschaften, die die Auflösung der letzten Reste internationaler Kampfgemeinschaft zur Folge haben müsste, würden die gefährlichsten Wirkungen herbeiführen. Man stelle sich doch den Kampf in einem deutschböhmischem Fabriksdorf vor! Wer sind die Zentralisten? Alle deutschen Arbeiter! Wer die Separatisten? In vielen Orten Deutschböhmens, auch in einigen Orten Mährens, ausnahmslos oder fast ausnahmslos alle Tschechen! Der Kampf, der als Auseinandersetzung um die Organisationsform anhebt, wird so, wie immer wir ihn nennen und auslegen mögen, zum nationalen Kampfe. Und das in einer Umgebung die, wie wir eingangs gezeigt haben, von Keimen des Nationalismus erfüllt ist! Ist der Zankapfel erst unter die Arbeiter geworfen, dann bleibt es nicht bei dem Kampf um die Organisationsform. Deutsche und tschechische Arbeiter stehen einander bald in wilder Feindschaft gegenüber, hüben und drüben wird das Fühlen und Denken vom nationalen Hass verseucht, der Nationalismus hält seinen Einzug unter die Arbeiterschaft. Geht die Entwicklung diesen Gang, dann werden Tausende der Internationale verloren gehen, Zehntausende die Fähigkeit, den Klassenkampf in internationaler Gemeinschaft zu führen, für viele Jahre verlieren. Ich halte es für möglich, dass das geschehen wird, dass keine Bemühung die Entwicklung zu hindern vermag, diesen Weg einzuschlagen. Aber was an uns liegt, müssen wir tun, diese Gefahr zu bekämpfen, die Entwicklung in andere Bahnen zu drängen. Darum riet ich nicht zu einem Gesamtparteitag, der nur die Trennung zu vollziehen vermöchte, sondern zu einem gewerkschaftlichen Ausgleich, der die Wiedervereinigung vorbereiten soll. Wenn wir nach Kautskys Rat heute den Gesamtparteitag einberufen, dann bekommen wir den liquidierenden Gesamtparteitag, der die Auflösung der Gesamtpartei deklariert. Ich wünsche den konstituierenden Gesamtparteitag, der auf der Basis eines gewerkschaftlichen Ausgleiches die Gesamtpartei wiederherstellt.

Der gewerkschaftliche Ausgleich! In der Parteipresse ist gegen meinen Vorschlag, einen Ausgleich auf der Grundlage der territorialen Abgrenzung zu suchen, sehr viel eingewendet worden. Aber ich bedarf wahrhaftig nicht der Belehrung darüber, dass der strafste Zentralismus die zweckmässigste Form der gewerkschaftlichen Organisation ist. Nur ist die Wiederherstellung der vollen internationalen Einheit der gewerkschaft-

lichen Organisation nun einmal heute und für Jahre nicht zu erreichen. Das ist die Tatsache, die die Ereignisse des letzten Jahres uns gelehrt haben. Es gilt nun, aus dieser Tatsache den rechten Schluss zu ziehen.

Es können zwei Formen des Separatismus gedacht werden: der eine beschränkt sich auf das tschechische Sprachgebiet; der andere will die tschechischen Arbeiter, wo immer sie wohnen, also auch die Tschechen im deutschen und im polnischen Gebiete, erfassen. Ich will jenen den territorialen, diesen den nationalen Separatismus nennen. Ich bin gewiss ein Gegner beider Arten des Separatismus. Aber ich verkenne nicht — und habe das auch in der Gewerkschaftskommission des Kopenhagener Kongresses gesagt und begründet — dass der territoriale Separatismus zwar als ein Uebel erscheint, wenn man ihn an dem Zentralismus misst, aber doch als das bei weitem kleinere Uebel, wenn er mit dem nationalen Separatismus verglichen wird. Jedermann versteht: dass die Arbeiter in der Königgrätzer Maschinenfabrik nicht derselben Organisation angehören wie die Arbeiter der Floridsdorfer Eisenbahnwagenfabrik, ist nicht nützlich; wenn aber die Arbeiter der Floridsdorfer Fabrik selbst in zwei Gewerkschaften, eine deutsche und eine tschechische, geteilt werden, so ist dies nicht bloss nicht nützlich, es ist vielmehr die empfindlichste Schwächung der vom Unternehmertum bedrohten proletarischen Kraft. Wenn der territoriale Separatismus siegt, werden wir eine Organisation haben, die zwar weniger gut sein wird als die straff zentralistische Organisation unserer reichsdeutschen Genossen, aber immerhin nicht schlechter als die gewerkschaftlichen Organisationen vieler anderer Länder, in denen gleichfalls der territorialistische Föderalismus sich behauptet hat. Siegt aber der nationale Separatismus, dann werden wir in den Gebieten mit starker nationaler Mischung überhaupt keine leistungsfähigen Organisationen mehr besitzen, die Proletarier dieser Gebiete werden dem Unternehmertum wehrlos ausgeliefert. Darum darf man den territorialen und den nationalen Separatismus nicht gleich werten. Und wenn wir schon den Zentralismus nicht erhalten können, müssen wir den territorialen Separatismus akzeptieren, wenn wir uns damit vor dem nationalen Separatismus schützen können. Gewiss wäre, wie dem Genossen Burian, so auch mir die nationale Autonomie innerhalb internationaler Verbände lieber als der territoriale Partikularismus. Aber da dieser Vorschlag, den ich ja schon in meiner „Nationalitätenfrage“ und später in meiner Broschüre „Krieg oder Frieden in den Gewerkschaften?“ gemacht habe, durch die Entwicklung überholt, die Wiederherstellung einheitlicher internationaler Verbände, und seien sie noch so zweckmässig gegliedert, heute nicht mehr erreichbar erscheint, bleibt mir nichts anderes übrig, als das kleinere Uebel zu wählen, um dem grösseren zu entgehen.*

Die Mehrheit der tschechischen Arbeiter trennt sich von den internationalen Verbänden. Solange sie dies nur im tschechischen Sprachgebiet tun, können wir sie daran nicht hindern. Wir haben gar keine Möglichkeit, gar kein Mittel, die tschechischen Arbeiter im tschechischen Gebiet von der Zweckwidrigkeit ihres Tuns zu überzeugen. Zur Liebe kann man schliesslich niemand zwingen, und wenn die Tschechen nicht mit uns sein wollen, so gebietet uns wohl unsere Würde, ihnen endlich zu sagen: Wir laufen niemandem nach! Mögen sie in ihrem Lande in Gottes Namen tun, was sie wollen! Aber ganz anders wird die Sache, wenn die Tschechen den Separatismus aus ihrem Lande in das unsere, wenn sie ihn nach Deutschböhmen oder gar nach Wien tragen. Denn wenn die Tschechen hier beschliessen, in jeder Fabrik neben der internationalen Organisation eine tschechoslawische zu gründen, so fassen sie einen Entschluss, der nicht mehr bloss sie angeht. Sie zerstören durch diesen Beschluss die Organisation,

* Was von dem Organisationsplan, den die Genossin Freundlich in diesem Hefte des „Kampf“ entwickelt, gewerkschaftlich überhaupt möglich ist, war bereits in meiner Broschüre „Krieg oder Frieden in den Gewerkschaften“ enthalten. Die Tschechen haben diesen Vorschlag abgelehnt. Sie wünschen für ihre Organisationen eben nicht Autonomie, das heisst Selbstverwaltung innerhalb eines übergeordneten Ganzen, sondern Souveränität, das heisst vollkommene Eigenherrlichkeit. Die Autonomie könnte auf das Personalitätsprinzip aufgebaut werden. Souveränität können wir ihnen nur innerhalb territorialer Grenzen zugestehen. Dies habe ich im Dezember-Heft des „Kampf“ ausführlich begründet. Uebrigens ist oft genug auseinandergesetzt worden, dass ein Organisationsprinzip, das dem Staat wohl taugen mag, für die Partei oder für die Gewerkschaften unbrauchbar sein kann.

die auch deutschen Arbeitern die einzige Wehr gegen die Kapitalmacht ist. Sie führen in den Betrieben, in denen auch deutsche Arbeiter arbeiten, Zustände herbei, in denen eine leistungsfähige Organisation für Jahre nicht mehr bestehen könnte. Sie machen dadurch deutschen Arbeitern den Kampf gegen das Unternehmertum unmöglich, und dazu können wir freilich nicht schweigen. Solange sich der Separatismus auf tschechischem Gebiete bewegt, müssen wir es den tschechischen Arbeitern überlassen, wie sie sich mit ihm abfinden wollen; sobald er in deutsches Gebiet übergreift, müssen wir uns wehren. Mit dem territorialen Separatismus kann man sich, wenn es sein muss, abfinden; mit dem nationalen Separatismus ist kein Friede möglich.

Kautsky fürchtet freilich, der Separatismus werde, wenn er sich erst im tschechischen Gebiete festgesetzt, ganz unvermeidlich in die deutschen Gebiete übergreifen. Mag sein. Aber dagegen uns zu wehren, werden wir immer noch Zeit haben, wenn er es tut. Sichern wir uns erst einmal einige Jahre ruhiger Entwicklung, einige Jahre, in denen wir den heute durch den Konflikt gestörten Ausbau unserer Organisationen mit vermehrter Kraft fortsetzen können, dann werden wir uns in der Zeit der Ruhe eine Burg zu bauen wissen, die niemand anzutasten wagen wird. Es ist eine alte Erfahrung, dass Kriege, die immer wieder als unvermeidlich prophezeit werden, nicht eintreten. Darum möchten wir aus Furcht, dass später einmal ein Konflikt nicht zu vermeiden sein werde, nicht auf den Frieden für heute verzichten.

Wir leben heute in einer unerträglichen Situation. Ein allzu grosser Teil unserer Mittel und unserer Arbeitskräfte ist durch den inneren Kampf innerhalb der organisierten Arbeiterschaft gebunden. Es fehlt daher an Mitteln und an Kräften für die Werbearbeit unter den Indifferenten und für den Kampf gegen das Unternehmertum. All das in einem Augenblick, in dem die Unternehmerorganisationen erstarken, die gelben Gewerkschaften unter deutschnationaler Flagge mit Unternehmergeld und Unternehmerdruck aufgepöppelt werden und grosse Lohnkämpfe bevorstehen! Darum wünschen wir, sei es auch mit Opfern, die Beendigung des inneren Krieges. Der Bürgerkrieg im proletarischen Lager darf nicht währen, bis das ganze Lager in die Hand des Feindes fällt! Und wenn wir darum für den Frieden arbeiten, arbeiten wir zugleich am besten für die Sache des Zentralismus. Denn der Separatismus entspringt nicht gewerkschaftlichen Erwägungen; er ist das Produkt eines ausschliesslich national-politisch bestimmten Massenbewusstseins. Sein Vordringen beweist, dass breite Massen gewerkschaftlich noch zu wenig erfahren und zu wenig geschult sind, als dass sie die national-politischen Argumente des Separatismus durch gewerkschaftliche Zweckmässigkeitserwägungen überwinden könnten. Darum ist die beste Waffe gegen den Separatismus der Ausbau der Gewerkschaften selbst, die Schulung der organisierten Masse in der täglichen Praxis des gewerkschaftlichen Kampfes. Wenn die Massen erst gewerkschaftlich denken können, dann werden sie alle Verlockungen des Separatismus leicht überwinden. Sichern wir Wien und den deutschen Industriegebieten Ruhe zunächst für ein paar Jahre, so wird der Erfolg ruhiger gewerkschaftlicher Arbeit diesen Gebieten die einheitliche Organisation für alle Zeiten bewahren.

Mein Rat geht nun nicht etwa dahin, zwischen der deutschen und der tschechisch-slawischen Partei oder zwischen der Wiener und der Prager Gewerkschaftskommission ein Abkommen über die territoriale Abgrenzung herbeizuführen. Dazu ist vor allem die Zeit noch nicht reif. Der Gedanke braucht Zeit, die Köpfe zu gewinnen. Und hätte er sie, dann wäre ein allgemeiner Pakt doch kaum möglich. Denn die Verhältnisse sind in den einzelnen Branchen sehr verschieden. Was für die Metallarbeiter und für die Textilarbeiter sich eignen mag, mag für die Eisenbahner ganz unbrauchbar sein. Der Friede wird kaum anders geschlossen werden können, als durch Vertrag von Verband zu Verband innerhalb des einzelnen Gewerbes. Es gibt Industriezweige, in denen heute schon ein solcher Vertrag auf der Basis der territorialen Abgrenzung möglich wäre. Je mehr das Kampfgebiet auf diese Weise eingeschränkt würde, desto empfänglicher würde dann die Stimmung für die Wiederherstellung der Gesamtpartei in neuer Form, die das ganze Friedenswerk krönen soll. Dann werden wir einen wirklichen Gesamtparteitag haben können: nicht einen, der ein Zerstörungswerk abschliesst, sondern einen, der das Werk des Neubaus vollendet.

Freilich, ob die Entwicklung dahin geht, weiss ich nicht. Das hängt ja nicht nur von uns, es hängt auch von den Tschechen ab. Im Schosse der tschechoslawischen Partei kämpfen verschiedene Strömungen um die Macht: solche, die zweifellos proletarisch, und andere, die zweifellos kleinbürgerlich sind; solche, die den Rückweg zum Internationalismus suchen, und andere, die die Partei weiter auf der Bahn des Nationalismus drängen wollen. Welche dieser Strömungen siegen wird, wissen wir nicht; davon aber wird unser Verhältnis zur tschechoslawischen Partei schliesslich abhängen. Es mag sein, dass man in Prag den territorialen Separatismus verschmähen, auf dem nationalen bestehen wird. Die jüngsten Ereignisse in Wien machen dies wahrscheinlich. Dann freilich machen die Tschechen den Frieden unmöglich, sie zwingen uns zum Kampfe; dann wird die Entwicklung wohl gehen, wie Kautsky sich sie vorstellt oder wie der Reichenberger „Vorwärts“ sie wünscht: ob mit, ob ohne Gesamtparteitag zum offenen Bruch mit der tschechoslawischen Sozialdemokratie, zur Gründung einer neuen Gesamtpartei ohne sie. Wenn mein Weg sich als ungangbar erweisen sollte, wird die Arbeiterklasse wohl auf diese Bahn gedrängt werden. Es wäre gewiss der schwierigeren, schmerzvolleren Weg, ein Weg, der Oesterreichs Arbeiter manches Jahr fruchtlos opfern hiesse. Aber dass uns auch dieser Weg schliesslich zum Ziele führen wird, bezweifle auch ich nicht. Denn so gewiss es ist, dass die Gesamtpartei heute nicht möglich ist, so gewiss ist es, dass die Einheit der proletarischen Interessen schliesslich all die Schwierigkeiten besiegen wird, die unser Erbe aus der traurigen Geschichte dieses Staates sind. Durch einen Unhold der Geschichte dazu verdammt, in einem Staate zu leben, dessen innere Widersprüche Denken und Fühlen seiner Bewohner verseuchen und vergiften, werden wir nur nach langen schweren inneren Kämpfen, nur mit den unsäglichsten Opfern an Zeit, Geduld, Kraft das wieder erringen können, was die Arbeiter anderer Länder so viel leichter errungen und viel leichter erhalten haben und was ein zwingendes Gebot des Klassenkampfes ist: die Einheit der Arbeiterklasse im Kampfe gegen das Kapital. Aber wir werden sie erringen! Denn so gross die Hindernisse der Einheit hierzulande sind, so stark ist das elementare wirtschaftliche Bedürfnis nach ihr, so mächtig drängen nach ihr alle Kräfte der wirtschaftlichen Entwicklung. Kautsky rät uns, im offenen Kriege die verlorene Einheit wiederzuerobern; mich dünkt es, ehe wir den Krieg beginnen, den Versuch wohl wert, durch billigen Frieden die Opfer des Krieges zu sparen. Dies ist's, was uns trennt. Aber sind wir auch über das Mittel nicht einig, so bleiben wir doch einig im Ziele. Die Wiederherstellung einer kraftvollen Gesamtpartei, die die Einheit der proletarischen Aktion verbürgt, ist auch mein Wunsch. Nur meine ich nicht, dass für sie die Zeit schon reif. Heute wirken noch die historischen Einflüsse, die uns scheiden; langsam wachsen erst die Kräfte an, die uns wieder vereinen werden.

Martin Rapoldi (Innsbruck): **Die Christlichsozialen als Wahlreformer**

Was den doppelzüngigen Reaktionären aller Staaten versagt bleibt, ist den Christlichsozialen eine lapidare Kleinigkeit, das bescheidenste Traktätchen ihrer politischen Taschenspielerkünste: sich vor dem Volke als die lautersten Demokraten zu präsentieren und wo in gesetzgebenden oder verwaltenden Körperschaften alle Macht in ihren Händen liegt, Wahlreformen zu beschliessen, deren einziger Grundgedanke darin summiert wird: durch Knebelung der arbeitenden Volksschichten sich die unumschränkte, von niemand anfechtbare Herrschaft zu sichern. Man braucht nur die Wahlreformen, mit welchen die christlichsozialen „Musterdemokraten“ die Länder Niederösterreich, Oberösterreich und Vorarberg beglückten, besehen, und der schlüssige Beweis, wie redlich verdient der Beifall ist, mit dem die Christlichsozialen von den Reaktionären aller Staaten ausgezeichnet werden, ist lückenlos erbracht.

Nach dem erworbenen Ruhm ihrer niederösterreichischen, Oberösterreichischen und Vorarlberger Freunde dürsten nun auch die Tiroler Christlichsozialen: der demokratische Flügel in der christlichsozialen Partei — und den wollen die Tiroler Christlichsozialen ja vorstellen — schickte sich in der letzten Landtagssession an, unter die Wahlreformer zu gehen. In der wahrscheinlich Mitte September beginnenden Landtagstagung wird wohl die erste Frucht christlichsozialer „Demokratie“ das Licht der Welt erblicken: eine Reform des bestehenden Gemeindewahlrechtes. Noch weiss man über diese Frucht nur, wie der Väter Wille sie vorstellt. Aber der blosser Entwurf, wie er in der letzten Landtagssession bekannt wurde, und der bei der Beratung noch verschlechtert werden soll, offenbart, dass sich die Christlichsozialen mit einer Schand- und Spottreform einstellen wollen, die alles, was die Christlichsozialen bisher als Wahlreformer verbroschen, weitaus in den Schatten stellt. Der „demokratische“ Flügel der Partei will die Serie der Schandwahlreformen krönen, als Wahlrechtsverhunzer einen einfach unübertrefflichen Rekord schlagen und sich einen besonderen Ehrenplatz in der Geschichte politischer Niedertracht und niedriger Herrschsucht sichern.

Schon die Tatsache, dass die Christlichsozialen zunächst an die Reform des Gemeindewahlrechtes schreiten, muss jedermann mit Misstrauen erfüllen und offenbart, dass der Zweck der Reform kaum der sein kann: den Rechtlosen einen Einfluss auf die Gemeindeverwaltung zu geben. Unser Gemeindewahlrecht ist sehr reformbedürftig, das steht ausser Frage. Aber gegen das bestehende Landtagswahlrecht ist es immer noch die lauterste Anständigkeit. Dieses Gemeindewahlrecht wird reformiert. Das Landtagswahlrecht mit seinen sieben Kurien, mit seinem unterschiedlichen Zensus, der in der einen Gemeinde jenem, der zwei oder zehn Heller Steuer bezahlt, das Wahlrecht gibt, während es in der nächsten Gemeinde Steuerträger mit 500 K und darüber zu den rechtlosen Heloten wirft, das Landtagswahlrecht mit seinen indirekten Wahlen bleibt unangetastet. Höchstens dass die Landtagsgrössen gelegentlich in Versammlungen auf Interpellationen ihre Bereitwilligkeit aussprechen, ein neues Landtagswahlrecht auch noch zu beschliessen. Aber diese Versprechen haben sich bis jetzt noch nicht einmal zu einer Vorlage verdichtet. Wer einen Blick in die von dem bei den Reichsratswahlen glücklich zu den politisch Toten geworfenen Professor Michael Mayr eingebrachte Gemeindewahlreformvorlage wirft, erfährt sofort, warum die Christlichsozialen das Gemeindewahlrecht mehr für reformbedürftig halten als das Landtagswahlrecht: Die Gemeindewahlreform wird gemacht, weil das bestehende Wahlrecht den Christlichsozialen die Eroberung der von den Freiheitlichen beherrschten Landstädte unmöglich macht. Nicht der im demokratischen Gerechtigkeitsinn wurzelnden Ueberzeugung, dass das Unrecht, die Staatsbürger in einer Gemeinde zu teilen in vollwertige Menschen und rechtlose Heloten, ausgemerzt werden müsse, sondern parteiterroristischen, parteiegoistischen Motiven politischer Herrschsucht ist die Gemeindewahlreform entsprungen. Das bestehende Landtagswahlrecht ist schändlich, einfach ein Skandal. Aber es sichert den Christlichsozialen die völlig unumschränkte Herrschaft im Lande. Also bleibt es unangetastet; denn ein Wahlrecht, das dieser Partei mühelos alle Macht in die Hände legt, wird von ihr als Ausbund der reinsten Tugend behütet. Das bestehende Gemeindewahlrecht ist nicht schlecht genug, um durch die Eroberung der Landstädte die christlichsoziale Herrschaft in Tirol lückenlos zu schliessen: Also wird es unter dem Deckmantel einer Wahlrechtserweiterung so verschlechtert, dass die christlichsoziale Partei das Ziel ihres Strebens mühelos erreicht. Damit wir uns klar ausdrücken: Für uns Sozialdemokraten ist die Wirkung einer Wahlreform sicherlich von sekundärer Bedeutung. Eine jede Wahlreform ändert den politischen Besitzstand. Die Frage ist nur, wie diese Aenderung bewirkt wird. Dadurch, indem man den bisher Rechtlosen gleichen Anteil nehmen lässt an der Abstimmung, oder in der Privilegierung einzelner Wählerschichten: Die Christlichsozialen wollen die Landstädte erobern durch eine raffinierte jesuitische Einteilung der Wähler, durch einen schändlichen Wahlrechtsraub an den Personaleinkommensteuerzahlern, und ihre Zusammenpferchung in ein zum Erbrechen reizendes Surrogat von einem allgemeinen (vierten) Wahlkörper. Von der ersten bis zur letzten Zeile ist die „Reform“ in niederträchtiger Schändlichkeit darauf abgestimmt, den Einfluss der nichtchristlichsozialen Wählerschichten (Personaleinkommen-

steuerträger und Arbeiter) ganz zu nullifizieren, dafür aber den zumeist klerikalen Elementen der Wählerschaft (Kleinmeister, Geistliche u. s. w.) ausserordentliche Rechtsbegünstigungen einzuräumen.

Besehen wir kurz dieses Wahlreformwerk christlichsozialer Demokratie.

Das heutige tirolische Gemeindewahlrecht ist seit seiner Erlassung unverändert geblieben. In allen Gemeinden sind sämtliche Steuerträger Wähler (Städte mit eigenem Statut haben einen festen Zensus; so ist in Innsbruck erst Wähler des dritten Wahlkörpers, wer mindestens 16 K direkte Steuer zahlt). Die Wahlkörper werden, je nachdem eine Gemeinde Wahlkörper hat, durch Drittelung oder Zweiteilung der Steuersumme gebildet nach dem bekannten Verfahren: Man reiht alle Steuerträger nach der Höhe ihrer Jahresschuldigkeit an Steuern in absteigender Ordnung in eine Liste, teilt die ermittelte Gesamtsumme in so viele Teile, als eben Wahlkörper sind. Jene Steuerträger, die, in absteigender Ordnung gerechnet, das erste Drittel Steuern aufbringen, bilden mit den Ehrenwählern den ersten, die das zweite Drittel aufbringen, den zweiten und der Rest den dritten Wahlkörper.

Die Christlichsozialen weichen mit ihrer Gemeindewahlreform gründlich von diesem bisherigen System ab. Der Wahlreformentwurf scheidet zunächst die Grund-, Erwerb- oder Gebäudesteuerträger von den Personaleinkommensteuerzahlern. Jene, die Grund-, Erwerb- oder Gebäudesteuer bezahlen, werden wie bisher nach der Höhe ihrer Jahresschuldigkeit an Steuern in absteigender Ordnung in eine Wählerliste eingetragen. Aber die Einteilung dieser Wähler in die Wahlkörper erfolgt nicht mehr durch Teilung der Steuersumme, sondern durch eine Teilung der Zahl der Steuerträger (das ist der Kniff, der den Christlichsozialen vollen Erfolg verbürgt), und zwar wird die Gesamtzahl — wir wiederholen: nur der Grund-, Erwerb- oder Gebäudesteuerzahler — in zwölf Teile geteilt. Jene, welche die ersten drei Zwölftel bilden, kommen in den ersten, jene, welche die zweiten drei Zwölftel bilden, in den zweiten und der Rest in den dritten Wahlkörper.

Für die Personaleinkommensteuerzahler wird ein Zensus festgesetzt. Wer bis einschliesslich 20 K dieser Steuergattung entrichtet, wird aus dem Zensuswahlkörper hinausgeworfen in die allgemeine Wählerklasse. Personaleinkommensteuerträger von 20 bis 50 K werden dem dritten, von 50 bis 100 K dem zweiten, von über 100 K dem ersten Wahlkörper eingereiht. Die Sesshaftigkeit für Personaleinkommensteuerzahler ist, praktisch genommen, mit zwei Jahren festgesetzt.

Diese Scheidung der Zensuswähler sichert den Christlichsozialen die Majorität im dritten und zweiten Wahlkörper. Bisher wählten, wie schon festgestellt, die Personaleinkommensteuerzahler der unteren Steuerstufen ausnahmslos im dritten Wahlkörper. Erfahrungsgemäss sind gerade diese Träger der Personaleinkommensteuer: die Eisenbahner, besser bezahlte Professionisten, Privatbeamte u. s. w., nicht christlichsozial, und wo in den Landstädten der dritte Wahlkörper nicht in Händen der Christlichsozialen ist, haben ausnahmslos diese Wählerschichten das Wahlresultat bewirkt. Durch den Zensus von 20 K werden die meisten Personaleinkommensteuerträger aus dem dritten Wahlkörper hinausgeworfen und dieser dadurch zu einer Domäne der christlichsozialen Kleinmeister, Krämer und Hausbesitzer gemacht. Da aber die Grund-, Erwerb- und Gebäudesteuerzahler nicht mehr nach der Steuerleistung, sondern nach ihrer Zahl den einzelnen Wahlkörpern zugeteilt sind, gibt der dritte Wahlkörper noch zahlreiche dieser meistens christlichsozial gesinnten Steuerträger in den zweiten, ja selbst in den ersten Wahlkörper ab. Und damit sie dort im Verein mit den im zweiten beziehungsweise ersten Wahlkörper wahlberechtigten Kooperatoren, Pfarrern, Klosterbrüdern u. s. w. ja voll zur Geltung kommen, werden die Mandate durch einen Proporz geteilt.

So sichern sich die Christlichsozialen die Mandate des dritten und zweiten Wahlkörpers und einen guten Teil des ersten. Damit aber nicht ein übrigens so unwahrscheinlicher Fall einen Strich durch die Rechnung mache, nämlich dass die im vierten Wahlkörper gewählten im Verein mit den Freiheitlichen aus den drei privilegierten Wahlkörpern die Mehrheit bilden, wollen die Christlichsozialen aus dem vierten Wahlkörper eine entsetzliche Spottgeburt machen. Der Wahlrechtsraub an den Personaleinkommensteuerzahlern, die famose Teilung der Wähler ist die reine Harmlosigkeit

gegen die ungeheuerliche Provokation, welche mit dem vierten Wahlkörper verbrochen wird. Ein Faustschlag, der jeden rechtlich denkenden Menschen voll Abscheu gegen die im Landtage herrschende Clique erfüllen muss.

Der vierte Wahlkörper wird nur gebildet in Ortschaften mit über 4000 Einwohnern. Und das sind in ganz Deutschtirol 12, in Italienischtirol 9, zusammen also 8 Prozent sämtlicher Gemeinden Deutschtirols. In 92 Prozent der Gemeinden, darunter sind sämtliche Landgemeinden, bleibt der Arbeiter fürderhin gänzlich rechtlos. Und wo der vierte Wahlkörper eingeführt wird, ist durch ganz unverschämte Bestimmungen Sorge getragen, dass die Arbeiterschaft so gut wie zu keiner Vertretung kommt. Die dem vierten Wahlkörper zugewiesenen Mandate sind durchwegs auf die Hälfte der privilegierten reduziert. In Gemeinden mit 4000 bis 5000 Einwohnern besetzen die ersten drei Wahlkörper 24 Mandate, der vierte Wahlkörper vier! In Gemeinden mit 5000 bis 6000 Einwohnern die ersten Wahlkörper 27, der vierte Wahlkörper vier! In Gemeinden von 6000 bis 10.000 Einwohnern die ersten Wahlkörper 30, der vierte Wahlkörper fünf! Diese wenigen Mandate werden dazu noch durch den Proporz geteilt. So vermag die christlichsoziale Partei wohl gründlich zu verhindern, dass die Sozialdemokraten aus dem vierten Wahlkörper mit den Freiheitlichen aus den Wahlkörpern der Privilegierten die Christlichsozialen majorisieren.

Wahlberechtigt sollen im vierten Wahlkörper sein: alle 24 Jahre alten Nichtsteuerzahler, welche drei Jahre in der Gemeinde wohnen, und alle Personaleinkommensteuerträger unter 20 K Steuerleistung. Die Altklerikalen und zahlreiche Christlichsoziale wollen noch eine Rosine in das Gesetz einflechten, indem sie das für das aktive Wahlrecht erforderliche Alter auf 30 Jahre zu erhöhen beantragen!

Wie man sieht, reiht die Probe, welche die Tiroler Christlichsozialen als Wahlreformer abzulegen bemüsst sind, sich würdig an die Schandtaten ihrer Freunde in anderen Ländern. Alle Schändlichkeit, die verblendete klerikale Herrschsucht zu einem Ganzen vereinen kann, ist in diesem Entwurf zusammengetragen. Fasst nötigt einem das Raffinement, in welchem diese „Musterdemokraten“ ein Wahlrecht zu einem Mittel zur Befriedigung ihrer Herrschsucht machen wollen, Bewunderung ab. Freilich: jene Bewunderung nur, in der man die geriebensten Gaunertricks bestaunt. Allerdings muss man den Christlichsozialen auch mildernde Umstände zubilligen: so schändliche Wahlreformen sind im Wesen der christlichsozialen Partei begründet; sie muss das Wahlunrecht zur Parteisache machen, weil die politische Gleichheit ihr den Boden unter den Füßen wegzieht, auf welchem sie sich bewegt. Die politische Gleichheit — und darin summiert sich der hohe Wert des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes — bewirkt den Zusammenschluss der Volksklassen nach ihrer sozialen Lebensstellung. Der Agrarier wählt seinen Klassenvertreter, der Kapitalist seinen Klopffechter, der Hausbesitzer seinen Interessenvertreter und auch die Arbeiterschaft scharft sich mehr und mehr um die Fahne, auf der allein ihre Forderungen geschrieben sind, die sie an die Gesellschaft erhebt. Der Kampf der Klassen wird durch das gleiche Stimmrecht befeuert und auf den Boden gestellt, auf welchem er ausgetragen werden muss. In diesem Ringen ist für die christlichsoziale Partei kein Platz; sie will allen dienen, alle retten, als bürgerliche Partei den Interessen der Besitzenden Rechnung tragen und gleichzeitig auch als Partei der „arbeitenden Stände“ deren Interessen wahrnehmen; sie will allen dienen, in der Mehrheit aber verrät sie alle. Was das heterogene Gebilde der christlichsozialen Partei in ihrem Innersten zusammenhält: ihr klerikales Wesen, vermag in der Zeit der Klassenkämpfe nicht anziehend, sondern nur abstossend zu wirken. Der Hausbesitzer findet für die Befriedigung seiner religiösen Bedürfnisse ebenso genug vorgesorgt, wie der Kapitalist oder der Agrarier. Was er in der Politik sucht, ist die materielle Befriedigung, und von einer Partei, die nicht ausschliesslich seinen Interessen dient, wendet er sich ab, weil er fürchtet, die Position seiner Klasse könne nicht behauptet werden, wenn nicht starre und rücksichtslose Interessenvertreter den Ansturm der besitzlosen Volksklassen abwehren. Der Arbeiter erkennt, dass die Forderungen seiner Klasse nur in rücksichtslosestem Kampfe durch Ueberwindung seiner wirtschaftlichen Gegner verwirklicht werden können, und er sammelt sich um die Partei, die nur sein Klasseninteresse verfehlt. In diesen Kämpfen, zwischen diesen Gegen-

sätzen, die nicht überbrückt, sondern nur beseitigt werden können, ist für das politische Kalfaktertum, das sich in das Gewand der Allesrettung kleidet, kein Platz. Die Zwischlässigkeit wird ausgeschaltet, weil alle Klassen in harter Rücksichtslosigkeit ihr Interesse vertreten wissen wollen. Dieser Scheidungsprozess ist bei der letzten Reichsratswahl schon ausgeprägt in Erscheinung getreten und wird sich in er der Zukunft bis zur letzten Konsequenz vollziehen. Die Christlichsozialen kennen diese Tendenz der Entwicklung, sie wissen, dass die politische Gleichheit sie nötigt, entweder eine reine Klassenpartei der Besitzenden zu werden, jeglichen sozialpolitischen Firniss abzulegen und auf die spärliche Gefolgschaft der Arbeiter zu verzichten, oder sich aus dem politischen Leben langsam ausschalten zu lassen. Darum erheben sie in allen Wahlreformen schändliches Unrecht zum Gesetz, weil ein beschränktes Kastenwahlrecht, das der Hauptsache nach nur jenen Klassen eine Aktionsmöglichkeit einräumt, nie die Klassengegensätze zur vollen Entfaltung bringen kann. Nehmen wir ein Beispiel: die Christlichsozialen würden anstatt das schändliche Machwerk das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht zu den Gemeinden einführen; in jeder Stadt, in jedem Industrieort käme eine grössere Zahl Vertreter der Besitzlosen in die Gemeindestube. Was wäre die erste Folge? Selbstverständlich ein Versuch der Vertreter der Besitzlosen, die Fragen zu lösen, welche die eminentesten Lebensinteressen der Masse der städtischen Bevölkerung erfassen: Abhilfe vor der Wohnungsnot und Wohnungsteuerung, Regelung der Approvisionnement! Damit aber würde der rücksichtslose Kampf der Klassen in der Gemeindestube entfacht sein. Für die Hausbesitzer bedeutet jede Massnahme zur Verbilligung der Wohnungen eine Schmälerung des ihnen aus der Wohnungsnot erfließenden Profits, jede Massnahme zu einer besseren Approvisionnement schmälert die Profitrate der Zwischenhändler. Hausbesitzer und Zwischenhändler würden nur mehr Kandidaten ihre Stimme zuwenden, die den Forderungen der Mieter und Konsumenten den schärfsten Kampf erklären, umgekehrt würden die Mieter sich nur um eine Partei gruppieren, die in aller Rücksichtslosigkeit ihre Lebensinteressen vertritt, und die christlichsozialen Harmonieduseler müssten sich, um nicht sofort aus der Gemeindestube ausgeschaltet zu werden, offen für die eine oder die andere Klasse, aber nur für eine entscheiden und entweder auf die Gefolgschaft der Mieter oder auf die Gefolgschaft der Besitzenden gänzlich verzichten.

Das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht hat eben keinen Platz für den christlichsozialen Humbug der Allesretterei. Das weiss die Partei. Darum sind ihre Wahlreformen schändliche Machwerke, welche eine wahre Vertretung der Arbeiterinteressen ausschliessen, um so die Entfachtung des Kampfes der Klassen zu verhindern. So kann die christlichsoziale Partei gegenüber Arbeitern noch immer Mitgefühl und Empfinden für die soziale Not der arbeitenden Volksklassen heucheln und manche, den Zusammenhang des Wirtschaftslebens nicht bis in die Tiefen erfassende Arbeiter blenden: denn durch ein Schandwahlrecht wird ja vorgesorgt, das den Arbeitern nicht Kämpfe vor-demonstrieren, welcher Humbug der christliche Sozialismus ist. Freilich kann man aus den Motiven, von welchen die christlichsoziale Partei sich bei ihren Wahlreformwerken leiten lässt, nichts anderes summieren: sie betrügt das arbeitende Volk um sein Recht, um es weiter belügen zu können!

Richard Engländer: Die Kranken- und Invalidenversicherung in der englischen Arbeiterversicherungsvorlage

Sämtliche Kulturstaaten machten England, dem ersten Lande der bürgerlich-kapitalistischen Entwicklung, seine Verfassung nach. Auch die modernen Arbeiterschutzgesetze sind nach englischen Vorbildern abgefasst.

Nunmehr geht aber umgekehrt England daran, ein grundlegendes Werk der sozialen Gesetzgebung nach ausländischem Muster auszuführen — die Arbeiterversiche-

rungsvorlage, welche die Regierung im englischen Unterhause am 4. Mai 1911 eingebracht hat, ist von ihr zugestandenermaßen auf Grund der Prinzipien und Erfahrungen der deutschen Gesetzgebung und Praxis ausgearbeitet worden.

Dass England nicht auch auf diesem Gebiete eine führende Rolle gespielt hat, vielmehr erst in der letzten Zeit den anderen Staaten nachzueifern, ja sogar dieselben zu überflügeln sich anschickt, muss auf den ersten Blick wundernehmen. Private, insbesondere auf der Initiative und den Beitragsleistungen der Arbeiter beruhende Versicherungseinrichtungen für die Fälle der Krankheit, der Invalidität und der Arbeitslosigkeit gab es in England früher als in anderen Staaten. Und so taucht dort auch schon frühzeitig der Gedanke einer staatlichen Arbeiterversicherung auf. Aber zur Ausführung ist dieser Gedanke zuerst in Deutschland und dann auch in anderen Staaten gekommen.

England hat erst seit dem Jahre 1906 ein umfassenderes Arbeiter-Unfallversicherungsgesetz, seit dem Jahre 1908 ein Gesetz über staatliche Alterspensionen und nunmehr soll mit der jetzt in Beratung stehenden Vorlage eine staatliche Kranken-, Invaliden- und Arbeitslosenversicherung geschaffen werden. Dass Deutschland und nicht England auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung richtung- und beispielgebend gewesen ist, ist ein Verdienst der deutschen Sozialdemokratie. Zwar nicht ihr zuliebe, aber ihretwegen, nämlich mit der Absicht, ihr zu schaden, sie, wie er in seiner berühmten Rede im deutschen Reichstag vom 9. Mai 1884 sagte, „ihre Lockpfeife vergeblich blasen zu lassen“, hat Bismarck die Arbeiterversicherung geschaffen, diese hatte jedoch die entgegengesetzte Wirkung — sie hat die deutsche Arbeiterklasse und damit die deutsche Sozialdemokratie gekräftigt.

In England hingegen, wo bis in die letzten Jahre die Arbeiterklasse soviel wie gar nicht politisch organisiert war und im Parlament keine eigene in Betracht kommende Vertretung besass, entfiel für die abwechselnd herrschenden Konservativen und Liberalen der Anlass, dem Staat und den Unternehmern mit der Arbeiterversicherung Geldauslagen zu machen. Erst jetzt, da die selbständige englische Arbeiterpartei seit dem Jahre 1906 immer mehr und mehr an Bedeutung zu wachsen droht, hat sich die liberale Regierung entschlossen, ein alle bisher fehlenden Zweige der Arbeiterversicherung umfassendes Werk zu schaffen; die derzeit in Opposition befindliche Partei der Konservativen, die auch wollen, dass die Arbeiter bei den Wahlen nicht der Arbeiterpartei, sondern ihnen ihre Stimmen geben sollen, hat sich ausdrücklich mit der Vorlage im ganzen und grossen einverstanden erklärt.

Est ist daher als sicher anzunehmen, dass die „National insurance Bill“ (Nationales Versicherungsgesetz) — so soll der künftige Titel des Gesetzes lauten — sehr bald zustande kommen wird.

Wie aus den bisher über die Vorlage im Unterhaus abgeführten Debatten hervorgeht, dürfte sie zwar im einzelnen manche nicht unwichtige Aenderungen erfahren, das Parlament wird aber die Prinzipien des Entwurfes unangetastet lassen.

Die englische Regierung hat die Grundpfeiler des Versicherungssystems dem deutschen Muster entsprechend aufgebaut: Versicherungszwang, Beitragsleistungen der Unternehmer und der Arbeiter, Versicherungsträger ist nicht der Staat selbst, sondern mehr oder weniger private Korporationen der Interessenten; der Staat beteiligt sich hingegen an der Versicherung durch eine umfassende Kontrolle und Aufsicht sowie durch finanzielle Unterstützung.

Diese Grundlagen der deutschen Arbeiterversicherung hat die englische Vorlage jedoch nicht mechanisch übernommen, sondern sie originell den englischen Verhältnissen entsprechend ausgestaltet; sie hat insbesondere auf die bisherigen freiwilligen, auf einer hohen Stufe der Entwicklung stehenden Versicherungsinstitutionen Rücksicht genommen; ferner durchzieht die Vorlage der demokratische und klug-praktische, aber mit gewissen puritanischen Schrullen versehene Geist des englischen Volkes. Sie unterscheidet sich daher, obwohl er, wie betont, auf deutschen Grundprinzipien fusst und auch im einzelnen vielfach von den Bestimmungen der deutschen Versicherungsgesetze beeinflusst ist, dennoch ganz ausserordentlich von den deutschen und den diesen ähnlichen österreichischen Arbeiterversicherungsgesetzen und Gesetzentwürfen; dieser Unterschied fällt aber vielfach ganz ausserordentlich zum Vorteil der englischen Vorlage aus.

Es ist hier nicht der Platz, auf die einzelnen, wenn auch hochinteressanten technischen und finanziellen Details des Entwurfes einzugehen. Es soll bloss über jene Grundzüge des Gesetzes berichtet werden, die für uns in Oesterreich von besonderem Interesse sind, wo ja die Sozialversicherung ebenfalls auf der Tagesordnung steht und wo deren Verwirklichung eine der dringendsten Forderungen des Proletariats ist.

Die Besprechung des die Arbeitslosenversicherung betreffenden Teiles der Vorlage, die überhaupt den ersten Versuch einer grossen staatlichen Aktion auf diesem Gebiete bedeutet, wäre Gegenstand eines eigenen Aufsatzes.

Die leitende Tendenz, die zu den wichtigsten Abweichungen in Form und Inhalt der geplanten englischen von der deutschen Kranken- und Invalidenversicherung geführt hat, scheint hauptsächlich das Streben nach möglichster Kostenersparnis, Vereinfachung und Konzentration gewesen zu sein. Daneben zeigt sich besonders stark ein anderer, vielfach schädlich wirkender Zug: die übergrosse Angst vor der Simulation.

A. 1. Der Verbilligung und Vereinfachung der Organisation der Versicherung dient, um das interessanteste Moment zuerst hervorzuheben, die sachliche und verwaltungstechnische Verbindung zwischen Kranken- und Invalidenversicherung. In Deutschland ist man infolge der historischen Entwicklung, die zuerst die gesetzlich geregelte Krankenversicherung und erst später die öffentliche Invalidenversicherung hervorgebracht hat, gewohnt, diese beiden Versicherungszweige streng von einander zu unterscheiden und die Organisation der Versicherung sowie Beiträge und Leistungen für beide Versicherungsarten vollkommen zu sondern. Die Theorie, die dieser geschichtlichen Entwicklung nachhinkte, setzt hier auseinander, wie verschieden der bei der einen und der anderen Versicherung zu deckende Aufwand geartet sei: krank kann der Versicherte leicht bald nach seinem Eintritt in die Versicherung werden, er wird aber in der Mehrzahl der Fälle bald wieder gesund; invalid wird das Mitglied normalerweise erst nach längerer Zeit, bleibt es aber dann gewöhnlich bis zu seinem Tode — bei der Krankenversicherung handelt es sich daher um häufig entstehende, aber geringere und vorübergehende Ansprüche auf Geldleistungen, die dem Mitglied oft bald nach seinem Eintritt erwachsen können, die Träger der Krankenversicherung müssen daher vom Beginn ihres Betriebes an grössere Geldsummen zur Auszahlung bereit halten. Die Invalidenversicherung hingegen hat es mit normalerweise erst nach langer Zeit nach dem Eintritt des Mitgliedes fällig werdenden, dafür aber dann dauernden Ansprüchen zu tun, sie ist eine Rentenversicherung, sie braucht ihre Geldbestände daher nicht flüssig zu lassen, sondern hat sie zinsentragend anzulegen, um aus den Zinsen die Renten decken zu können*.

Der praktische Engländer lenkt hingegen, gestützt auf die bisherigen Erfahrungen seiner „Friendly societies“ (wörtlich übersetzt „Freundschaftsgenossenschaften“, die englischen Krankenvereine, von denen später die Rede sein wird), welche zuerst nur gegen Krankheit und dann auch gegen Invalidität versicherten, sein Augenmerk nicht auf die Unterschiede, sondern auf die Gemeinsamkeiten der beiden Versicherungsarten und sagt: Es handelt sich in beiden Fällen um die Arbeitsunfähigkeit. Der Versicherte muss eine Unterstützung bekommen, weil er sich infolge seines körperlichen oder geistigen Zustandes nichts verdienen kann. Krankheit ist vorübergehende, Invalidität ist bleibende Arbeitsunfähigkeit und so sind in der Vorlage Kranken- und Invalidenversicherung vollständig miteinander verbunden, die Invalidenrente schliesst sich zeitlich an das Krankengeld an und die eine Geldleistung ist von der anderen durch ihre Höhe nicht unterschieden. Anspruch auf diese Geldleistungen hat der Versicherte, insoweit er durch Krankheit oder durch Invalidität erwerbsunfähig ist. Darauf, ob der Versicherte krank oder invalid ist, kommt es nur insofern an, als auf die Krankenunterstützung in Geld nach einer Karenzzeit von 6 Monaten, auf die Invalidenrente hingegen nach einer Karenzzeit von 2 Jahren der Anspruch eintritt. Nur in dieser

* Ich prophezeie, dass man sich auf diese und ähnliche Bedenken ausreden wird, wenn bei uns die Verbindung der Invaliden- mit der Krankenversicherung vorgeschlagen werden sollte. Dahinter wird aber im wesentlichen nichts anderes stecken, als dass man die Invalidenversicherung nicht in die Verwaltung der „sozialdemokratischen“ Krankenkassen übergeben will.

Beziehung wird also in England die in unserer Krankenversicherung so häufig — insbesondere bei Tuberkulose — zu Streitigkeiten führende Frage zu entscheiden sein, ob ein Versicherter, der arbeitsunfähig ist, auch krank, das heisst ärztlicher Behandlung bedürftig ist. Dass diese heikle Frage in den meisten Fällen wegfällt, ist natürlich nicht der einzige Vorteil der Verbindung von Kranken- und Invalidenversicherung. Noch viel wichtiger sind die übrigen, auf der Hand liegenden Vorzüge dieses Systems gegenüber dem deutschen. Die Organisation ist dadurch bedeutend vereinfacht und verbilligt, es brauchen nicht zweierlei Institute (in Deutschland Krankenkassen und Invalidenversicherungsanstalten) die Mitglieder in Evidenz zu führen, Beiträge einzuhellen, Gelder auszuzahlen, miteinander komplizierte Verrechnungen vorzunehmen u. s. w.*

2. Auch die Abgrenzung des Kreises der Versicherten und die Bestimmung der Höhe der von ihnen und für sie zu zahlenden Beiträge, also der Grundtatsachen für das Einhebungsgeschäft der Versicherungsträger, ist viel einfacher konstruiert, als nach dem deutschen Gesetze und gar nach den österreichischen Entwürfen der Ministerien Koeber und Beck. Versicherungspflichtig sind — bis auf wenige klar umschriebene Ausnahmen, für welche grösstenteils anderweitig vorgesorgt ist, oder vorgesorgt werden soll — alle Personen unter 65 Jahren, die gewerbliche (einschliesslich der Heimarbeit) oder persönliche Dienste verrichten und entweder weniger als 160 Pfund = 3840 K jährlich verdienen oder manuelle (Hand-) Arbeiten leisten. Die freiwillige Versicherung und die freiwillige Weiterversicherung früher versicherungspflichtig gewesener Personen ist im weitesten Umfang gestattet.

Für die freiwillige Versicherung ist im Entwurf nicht einmal die Grenze des Einkommens von mehr als 160 Pfund gezogen. Diese Grenze ist aber bereits von der Kommission des Unterhauses beschlossen worden. Dies geschah mit Rücksicht auf die Aerzte; dieselben haben bereits, um gegen das Gesetz Stellung zu nehmen, eine grosse Organisation gebildet und beginnen gegen die Einkommensgrenze der Versicherungspflichtigen von 3840 K eine ähnlich heftige Agitation zu entfalten, wie dies unsere Aerzte gegenüber der vom Sozialversicherungsausschuss beschlossenen 3600 K-Grenze getan haben.

Die Höhe der Beiträge ist im Gesetz, und zwar in sehr schematischer Weise festgesetzt. Das Ausmass derselben — und daher, wie gleich bemerkt, auch das Ausmass der Leistungen, — ist im Prinzip nicht von der Höhe des Lohnes abhängig. Es gibt keine Lohnklassen; Abstufungen werden nur in zwei Richtungen gemacht. 1. Sind die Beiträge der Frauen — und daher auch die Leistungen an sie —

* Gegen diese Verschmelzung von Kranken- und Invalidenversicherungen im Entwurf ist von Genossen J. Sachse (in der „Neuen Zeit“ Nr. 44 in seinem Aufsatz über den „englischen Arbeiterversicherungsentwurf“) eingewendet worden, dass die Invalidenrente nur bei fortgesetzter Krankheit mit gänzlicher Erwerbsunfähigkeit zahlbar sei und der Entwurf den Begriff der verminderten Erwerbsunfähigkeit nicht kenne; es werde also nach dem englischen Gesetz keine Invalidenversicherung im deutschen Sinne geben. Nach dem deutschen Gesetz — und so auch nach dem österreichischen Entwurf eines Gesetzes über die Sozialversicherung — hat der Versicherte schon dann Anspruch auf die Invalidenrente, wenn er in seinem Berufe oder wenigstens bei einer Arbeit, die ihm unter Berücksichtigung seines bisherigen Berufes zugemutet werden kann, nicht einmal ein Drittel des normalen Verdienstes zu erzielen in der Lage ist. Nun ist im englischen Entwurf der Anspruch auf Krankenunterstützung, respektive auf Invalidenrente, davon abhängig gemacht, dass der Versicherte durch Krankheit oder Invalidität unfähig ist, „seinen eigenen Lebensunterhalt zu verdienen“, „durch die Krankheit oder Invalidität erwerbsunfähig ist“. Das sieht allerdings so aus, wie wenn die gänzliche Erwerbsunfähigkeit gefordert würde, während nach deutschem Gesetz, wie man sieht, nicht einmal die völlige Berufsunfähigkeit verlangt wird. Ich glaube aber, dass der Unterschied zwischen dem deutschen Gesetz und der englischen Vorlage, deren Stillisierung in diesem Punkte allerdings eine Verbesserung erheischt, in der Praxis keineswegs gross sein wird. Der englische Schatzkanzler hat über eine Anfrage im Unterhaus erklärt, dass die Bestimmung über Erwerbsunfähigkeit als Voraussetzung der Kranken- und Invalidenrente den Statuten der „Friendly societies“ nachgebildet sei. Die „Friendly societies“ hätten aber in der Auslegung des Begriffes der „Erwerbsunfähigkeit“ eine liberale Praxis, die sie nach Inkrafttreten des Gesetzes beizubehalten hätten. — Ich kenne die Praxis der „Friendly societies“ nicht, muss aber annehmen, dass dieselben, da sie ja vielfach Berufsvereine sind, den Begriff der „Erwerbsunfähigkeit“ im Sinne von „Berufsunfähigkeit“ auslegen dürften, genau so, wie unsere Krankenkassen ihre Mitglieder im Krankenstand behalten, solange sie berufsunfähig sind, obwohl auch nach unserem Krankenversicherungsgesetz „Erwerbsunfähigkeit“ Voraussetzung der Krankengeldzahlung ist.

geringer wie bei den Männern. 2. Bei Personen über 21 Jahre, die nur $2\frac{1}{2}$ Schilling (3 K) Tageslohn oder weniger beziehen, sind die eigenen Beiträge kleiner und dafür die des Unternehmers entsprechend grösser. Der normale Beitrag für den männlichen Arbeiter für die zusammengefasste Kranken- und Invalidenversicherung beträgt 70 h wöchentlich, wovon in der Regel 40 h auf den Unternehmer und 30 h auf den Arbeiter entfallen. Zu diesen 70 h schießt der Staat als Staatsbeitrag 20 h wöchentlich für jeden Versicherten zu. Die Vorlage sieht nämlich nicht, wie nach dem deutschen System, Zuschüsse zu den Invalidenrenten, sondern — wie dies teilweise im französischen Altersrentengesetz eingeführt ist — zu den Beiträgen vor. Dieses System der staatlichen Beitragsleistungen zur Arbeiterversicherung hat den finanzpolitischen Vorteil, dass der Staatshaushalt gleichmässiger belastet wird als bei Rentenzuschüssen — wenn der Staat zu den Renten Beiträge zu geben hat, hat er in den ersten Jahren der Wirksamkeit des Gesetzes einen kleineren, dafür aber später, wenn die Renten fällig werden, einen um so grösseren Aufwand zu machen. Diese Methode verhindert auch einen Missbrauch, der den freiwilligen Versicherten der deutschen Invalidenversicherung offensteht, nämlich möglichst geringe Einzahlungen zu machen, nur um die Rente des Staatszuschusses zu bekommen.

3. Für die Billigkeit der Verwaltung wird dadurch gesorgt, dass keine neuen Körperschaften des öffentlichen Rechtes als Versicherungsträger geschaffen werden, sondern die Verwaltung fast zur Gänze schon bestehenden oder erst zu bildenden privaten Versicherungsvereinen überlassen wird. Als solche kommen die Trades unions (Gewerkschaften) und die schon erwähnten Friendly societies in Betracht. Dies sind Körperschaften, die ihren Mitgliedern Krankengeld, Invalidenrente, Altersrente, Begräbnisgeld u. s. w. versichern. Die Friendly societies bestehen vielfach schon mehrere Dezennien und noch länger und manche von ihnen besitzen viele Zehntausende von Mitgliedern. Die Mitglieder sind Arbeiter und Kleinbürger. Ihrer rechtlichen Konstruktion nach lassen sich diese Versicherungsvereine ungefähr mit unseren registrierten Hilfskassen, die ihnen nachgebildet sind, vergleichen.

Diesen Vereinigungen der Interessenten selbst will also die englische Regierung die Durchführung der öffentlichen Versicherung überlassen — es fällt ihr nicht ein, so wie es die deutsche Regierung mit der „Reichsversicherungsordnung“ und noch ärger die österreichische in der Sozialversicherungsvorlage geplant hat, den aus der eigenen Kraft und dem eigenen Organisationstalent der Arbeiterschaft entstandenen, vielfach alten, grossen, bewährten Kassen ihre Rechte zu nehmen und sie mehr oder weniger durch neue bürokratische Gebilde zu ersetzen. Die Vorlage macht die Hilfskasse nicht nur zu Trägern der Krankenversicherung, sondern überträgt ihnen auch die Durchführung der mit der Krankenversicherung, wie hervorgehoben, untrennbar verbundenen Invalidenversicherung. Hierbei nimmt der Entwurf auf die beiden Grundsätze Rücksicht, welche die sozialdemokratischen Fachmänner der Sozialversicherung in Deutschland und Oesterreich immer wieder — aber leider immer wieder tauben Ohren predigen: damit eine Arbeiterversicherungseinrichtung völlig erspriesslich wirken könne, muss die Arbeiterschaft zu ihr Vertrauen haben und daher die Verwaltung der Versicherung selbst besorgen können. Ferner ist auch auf diesem Gebiete der Grossbetrieb bei weitem leistungsfähiger als der Kleinbetrieb.

Damit ein Versicherungsverein zur Durchführung der staatlichen Versicherung zugelassen, eine sogenannte „anerkannte Kasse“ werde, muss er unter anderem folgendes dartun (ich zitiere hier wörtlich die Vorlage): 1. Die Kasse muss mindestens 10.000 nach diesem Gesetze versicherte Mitglieder haben. 2. Den Mitgliedern muss ein umfassendes Kontrollrecht in Bezug auf die Kassengebarung zustehen. 3. Die Satzung der Kassen muss bestimmen, dass alle Organe und Funktionäre der Kassen von den Mitgliedern zu wählen sind.

Die Unternehmer haben auf die Kassen keinen Einfluss, denn die Organe derselben werden, wie man sieht, nur von den Mitgliedern — und das sind bloss die versicherten Arbeiter sowie die freiwillig Versicherten — gewählt. Die Unternehmer haben also in die Verwaltung der Kassen, obwohl sie ja Beiträge leisten, nichts hineinzureden. Für England bezeichnenderweise begegnet diese Bestimmung in Unternehmerkreisen keiner besonderen Opposition.

Ein Unternehmer oder mehrere zusammen können jedoch für die in ihren Betrieben beschäftigten Arbeiter zur Durchführung der Versicherung Betriebskassen verwenden. Diese Betriebskassen werden zugelassen, auch wenn sie weniger als 10.000 Mitglieder haben, aber nur dann, wenn die Arbeiter einen Vorteil von der Betriebskasse haben: entweder müssen die Unternehmer für die Leistungsfähigkeit der Kasse haften oder in irgend einer Form höhere als die gesetzlichen Unternehmerleistungen zur Versicherung beitragen. Dennoch darf der Unternehmer in der Verwaltungskommission einer solchen Betriebskasse nicht mehr als ein Viertel der Stimmen besitzen. Der Umbildung einer bestehenden Betriebskasse in eine solche nach dem Gesetze hat eine Abstimmung der Arbeiter voranzugehen.

Wenn man von den Betriebskassen absieht, so gilt nach der Vorlage nicht der Grundsatz, dass alle Arbeiter eines und desselben Betriebes bei derselben Kasse versichert sein müssen. Jeder Arbeiter kann sich persönlich dort versichern, wo er will. Dies ist zwar eine die persönliche Freiheit des einzelnen äusserst wahrende Massnahme, doch glaube ich, dass sie die Kontrolle darüber, ob die Versicherungspflichtigen wirklich versichert sind, sehr erschweren wird. Hiezu kommt noch, dass die Vorlage den Unternehmer nicht verpflichtet, dafür zu sorgen, dass die versicherungspflichtigen Arbeiter wirklich auch versichert sind, und so ist in der Vorlage selbst gar nicht vorgesehen, wie der Versicherungszwang kontrolliert werden soll. Möglicherweise werden die Durchführungsverordnungen, denen die Vorlage sogar das Recht einräumt, das Gesetz geradezu abzuändern, Vorkehrungen in dieser Richtung treffen.

Die Hilfskassen sollen auch insofern autonom sein, dass kein Aufnahmszwang für sie statuiert wird. Sie können jeden Bewerber um die Mitgliedschaft abweisen, nur darf dies nicht lediglich wegen seines Alters geschehen — eine natürlich sehr leicht zu umgehende Einschränkung des Ausschliessungsrechtes.

Die besonders schlechten Risiken (kranke Personen, Trinker u. s. w.) werden also nirgends Aufnahme finden. Die äusserst mangelhafte Vorsorge, welche das Gesetz für diese eigentlich ganz besonders der Wohltaten einer Zwangsversicherung bedürftigen Personen trifft, bildet den wunden Punkt der ganzen Vorlage. Die Beiträge, die von und für diese Personen gemacht werden, sollen in einen sogenannten „Postfond“ eingelegt und von diesem verwaltet werden, weshalb die Vorlage diese Versicherten, die minderen Rechtes sind, als „post office contributors“, „Postfond-einzahler“, bezeichnet*. Für diese Postfondseinzahler hat der Entwurf so gut wie gar keine Selbstverwaltung vorgesehen. Die Regierung behauptet, dass von den 13,900.000 Versicherungspflichtigen, die sie erwartet, etwa 800.000, also über 5 Prozent Postfondseinzahler sein werden; diese Kategorie werde aber allmählich abnehmen, wenn die Arbeiter infolge des Versicherungszwanges sich bei Eintritt in das Erwerbsleben, also zu einer Zeit bei einer Kasse anmelden, zu der sie noch gute Risiken sind.

4. Nicht nur die Postfondseinleger zahlen ihre Beiträge in einen vom Staat verwalteten Fond ein, die Einzahlung der Beiträge von und für die Kassenmitglieder und die Anlage der durch diese Beiträge angesammelten Kapitalien soll ebenfalls im Wege eines öffentlichen Fonds erfolgen. Die Beiträge werden nach deutschem Muster in Form von Marken entrichtet werden, welche der Staat verkauft. Der Erlös dieser Marken und sämtliche vom Staat für die Versicherung geleisteten Aufwendungen sollen dem sogenannten „öffentlichen Krankenversicherungsfond“ zugeführt werden. Die Verwaltung der Staatsschulden hat die Kapitalien des Fonds anzulegen. Aus dem Fond werden den einzelnen Kassen die auf sie entfallenden Beiträge wieder überwiesen — die Konzentration der Beiträge in den Fond hat also nur den Zweck der Vermögensaufbewahrung und Vermögensanlage, nicht aber, wie man gleich näher sehen wird, der Riskengemeinschaft.

5. Der Krankenversicherungsfonds wird von einem zu gründenden staatlichen Versicherungsamte, das in London seinen Hauptsitz und in der Provinz Zweigämter haben wird, verwaltet.

* Bei der Post gab es schon bisher in England Ansätze zu Volksversicherungseinrichtungen und es wurde ihr auch die Bezahlung der Alterspensionen nach dem Gesetze von 1908 übertragen.

Das Versicherungsamt erhält einen Beirat, in dem Vertreter von Arbeitgeber-Verbänden — hier sollen also die Unternehmer Einfluss erhalten — und von Kassen entsendet werden. Das Amt ist gegenüber den Kassen die Aufsichts- und für Streitigkeiten die Rechtsmittelbehörde. Insbesondere ist es Aufgabe des Versicherungsamtes, die Buchhaltung und die Bilanzen der Kassen, welche für widerrechtlichen Entnahmen der Kassenorgane Kautionen zu leisten haben, zu prüfen. — Die Prüfung der Bilanzen hat alle drei Jahre zu erfolgen und bei dieser Gelegenheit ist festzustellen, ob sich ein Betriebsabgang oder ein Betriebsüberschuss für die einzelnen Kassen ergibt: es ist nämlich hervorzuheben, dass ja, obwohl alle Beiträge in einem Fond gesammelt werden, dennoch eine Riskengemeinschaft nur für die Mitglieder der einzelnen Kassen besteht, weil ja jeder Kasse die für sie eingezahlten Beiträge aus dem Fond überwiesen werden. Es wird daher gut und schlecht fundierte Kassen geben — dass die Kassen miteinander um den Zulauf von Mitgliedern konkurrieren sollen, liegt im Plane der Vorlage. Ergibt sich nämlich bei der erwähnten Prüfung der Bilanzen durch das Versicherungsamt, dass die Kasse einen grösseren Fond hat als zur Bedeckung der gesetzlichen Leistungen notwendig ist, dann kann sie Zusatzleistungen an ihre Mitglieder gewähren, ergibt sich das Gegenteil, so muss die Kasse entweder höhere Beiträge von den Mitgliedern einheben oder die Leistungen verringern.

B. Die Vorlage charakterisiert sich, wie schon eingangs erwähnt, durch eine besonders grosse Angst vor Simulation und Betrug. Eine Reihe von Massnahmen ist auf diese Angst zurückzuführen.

1. Die Furcht vor Simulation war einer der Gründe, weshalb die Hilfskassen zu Trägern der Versicherung gemacht wurden. Die Kassen kennen ihre Mitglieder, ihre Organe sind vielfach Berufsgenossen derselben und sie sind daher eher in der Lage, die wirklich Unterstützungsberechtigten von den Simulanten zu unterscheiden, als dies eine neugegründete, unerfahrene, bureaukratische Organisation imstande wäre. Die Kasse hat aber auch ein Interesse daran, sich nicht von Simulanten ausbeuten zu lassen — sie muss ja darauf sehen, finanziell gut fundiert zu sein, um ihren Mitgliedern möglichst viel bieten zu können.

2. Die Versicherungsvereine haben gegenüber den ihr Angehörigen — offenbar um vor Simulation Schutz zu gewähren — eine ganz ausserordentliche Strafgewalt. Sie können für statutenwidriges Verhalten Geldstrafen bis zu 20 Schilling (24 K) verhängen, dem Mitgliede die Anspruchsberechtigung auf ein Jahr (!) entziehen, ja sogar Mitglieder ausschliessen. Diese Vorschriften sind zwar nicht zu billigen, aber dass sie nicht mit einem Schrei der Entrüstung aufgenommen wurden, ist damit zu erklären, dass ja in den Hilfskassen die Selbstverwaltung gesetzlich vorgesehen ist, ein Missbrauch des Strafrechtes daher nicht befürchtet wird.

3. Eine entschieden missbilligenswerte Bestimmung ist wohl auch nur auf die krankhafte Angst vor Simulation, respektive Erschleichung der Anspruchsberechtigung weniger aus finanziellen Gründen in die Vorlage aufgenommen worden. Der Anspruch auf Krankengeld tritt erst nach einer Wartezeit von 26 Wochen, also einem halben Jahre und nach Bezahlung von 26 Wochenbeiträgen ein. Anspruch auf Krankengeld, beziehungsweise Invalidenrente tritt ferner nicht ein, wenn die Krankheit oder Invalidität innerhalb der ersten 26 Wochen, beziehungsweise 104 Wochen vom Eintritt in die Versicherung begonnen hat. Wenn also ein Versicherter im ersten Halbjahr nach seinem Eintritt unheilbar krank wird, bekommt er niemals Krankengeld oder Invalidenrente; wird er nach $1\frac{3}{4}$ Jahren krank und nach weiteren 10 Wochen invalid, so bekommt er zwar für 10 Wochen Krankengeld, aber niemals eine Invalidenrente!

C. Schliesslich sollen die in der Vorlage vorgesehenen Versicherungsleistungen in aller Kürze besprochen werden. Sie erscheinen für das Ausland weniger lehrreich als die hervorgehobenen Verwaltungseinrichtungen der Versicherung. Den Mitgliedern anerkannter Kassen werden folgende Leistungen gewährt: ärztliche Hilfe und Medikamente, Heilstättenpflege, Schwangerschaftsunterstützung, Krankengeld und Invalidenrente.

1. Zur Durchführung der ärztlichen Hilfe und Heilstättenpflege sollen Sanitätskommissionen in jedem Bezirke gebildet werden. Die Mitglieder dieser Kommissionen werden teils vom Versicherungsamt ernannt, teils von den Kassen- und Postfondeinlegern gewählt. Diese Kommissionen haben für die ärztliche Hilfe und für die Heilstättenpflege

der Postfondversicherten zu sorgen und es kann ihnen auch von den Kassen die Uebertragung dieser Geschäfte für ihre Mitglieder überlassen werden. Es ist vorausgesehen, dass die normalen Beiträge der Versicherten und die normalen Zuschüsse des Staates zu den Beiträgen derselben (20 h per Woche und Person) für Arzthilfe und insbesondere für die notwendige Errichtung zahlreicher Heilstätten nicht hinreichen werden. Was die ärztliche Hilfe betrifft, so soll ein etwaiger Fehlbetrag zur Bedeckung der Kosten derselben zur Hälfte von den Lokalbehörden, zur Hälfte vom Staate gezahlt werden. Für die Gewährung von Heilstättenpflege gibt ausserdem der Staat jährlich für jede versicherte Person 1 Penny (10 h) jährlich.

Das Gesetz macht sich neben der Versicherung überhaupt zur Aufgabe, eine grossartige Aktion im Interesse der Volksgesundheit einzuleiten. Zahlreiche Volkssanatorien sollen errichtet werden; die Kosten sollen von den Kassen, dem Staate und den Lokalbehörden aufgebracht werden. Es ist ferner noch folgende sehr interessante Massregel in der Vorlage angeordnet: Die Kassen und Sanitätskommissionen haben das Recht, wenn eine ausserordentliche Krankheitshäufigkeit unter ihren Mitgliedern eintritt, den Ursachen dieser Erscheinung nachzuforschen und, wenn sich herausstellt, dass diese ausserordentliche Krankheitshäufigkeit (zum Beispiel eine Typhusepidemie) auf unhygienische Verhältnisse in einem Betriebe oder in einem Orte zurückzuführen ist, die Person oder Behörde, welche durch Ausserachtlassung bestehender Arbeiterschutz- oder sanitärer Vorschriften die unhygienischen Verhältnisse verschuldet hat, zum Ersatze jenes Schadens verhalten zu lassen, den die Kasse oder Sanitätskommission infolge der zahlreichen Erkrankungsfälle gehabt hat.

2. Eine Schwangerschaftsunterstützung ist für weibliche Mitglieder sowie für verheiratete Frauen männlicher Mitglieder im Ausmasse von 30 Schilling = 36 K vorgesehen; sie soll in Naturalien geleistet werden.

3. Was die Geldleistungen der Kranken- und Invalidenversicherungen — also die wichtigsten Versicherungsleistungen — betrifft, so ist hier nicht der Raum, das System dieser Leistungen auch nur in Kürze wiederzugeben. Nur damit man sich einen ungefähren Begriff machen könne, sei folgendes angeführt: Nach einer Karenzzeit von einem halben Jahr für das Krankengeld und von zwei Jahren für die Invalidenrente wird normalerweise einem männlichen Versicherten über 21 Jahren folgendes gewährt: Durch 13 Wochen Krankengeld in der Höhe von 10 Schilling = 12 K wöchentlich, beginnend mit dem vierten Tag der Krankheit; ist das Mitglied nach Ablauf der 13 Wochen noch krank oder invalid, so bekommt es für die Dauer der Krankheit oder Invalidität 5 Schilling = 6 K wöchentlich. Alle Versicherungsleistungen sind von den Einzahlungen abhängig. Rückstände haben starke Verringerungen der Leistungen zur Folge. Auch denjenigen, welche mit höherem Alter in die Versicherung eintreten, werden die Leistungen gekürzt.

Die „Postfondeinzahler“ haben eigentlich überhaupt keine Versicherung, der Postfond stellt nur eine Art Zwangsparkasse dar. Jeder so „Versicherte“ hat bei dem Fond ein Konto, von dem alljährlich die auf ihn entfallende Quote für die Kosten der Arzthilfe, der Heilstättenpflege und der Verwaltungskosten abgeschrieben wird. Soweit sein übriges Guthaben, vermehrt um die auf ihn entfallende Quote verfallener Beiträge, reicht, erhält der Postfondeinzahler Krankengeld und Invalidenrente. Ist sein Guthaben erschöpft, so bekommt er nichts mehr, nur Arzthilfe und Heilstättenpflege wird ihm bis zum Ende des betreffenden Jahres gewährt.

Wie man sieht, sind also die von der Vorlage in Aussicht gestellten Geldleistungen, selbst wenn man von der elenden „Postfondversicherung“ absieht, absolut genommen keineswegs imponierend. Sie sollen auch nach Ablauf einer Uebergangszeit von 15 $\frac{1}{2}$ Jahren, bis die älteren Jahrgänge, welche bei Inkrafttreten des Gesetzes in die Versicherung eingetreten sind, abgestorben sind, durchwegs erhöht werden. Ausserdem können ja auch die gut fundierten Kassen schon vorher Zusatzleistungen, die in der Vorlage reichlich vorgesehen sind, gewähren.

Einen ganz anderen Eindruck von den in Aussicht gestellten Leistungen gewinnt man, wenn man sie mit den überaus niedrigen Beiträgen, welche für diese Leistungen von den Arbeitern und Unternehmern bezahlt werden sollen, vergleicht. Um sich

hierüber ein Bild zu machen, sei ein kleiner Vergleich mit den in der österreichischen Sozialversicherungsvorlage in Aussicht gestellten Krankengeldern und Renten gemacht.

Die englische Invalidenrente beträgt 5 Schilling = 6 K wöchentlich, macht also im Jahre 312 K aus. Eine ungefähr gleich hohe Invaliden- (und Alters-)Rente (306 K) hätte nach der österreichischen Vorlage ein in der vierten Lohnklasse Versicherter bekommen, wenn er 20 Jahre lang Beiträge von 48 h wöchentlich (24 h Unternehmerbeitrag, 24 h Arbeiterbeitrag) eingezahlt hätte. Ein in der vierten Lohnklasse Versicherter hat nach der österreichischen Vorlage ferner Anspruch auf ein Krankengeld von ungefähr K 13·50 wöchentlich durch ein Jahr, an Krankenkassenbeiträgen hat er dafür wöchentlich etwa K 1·20 zu leisten (80 h Arbeiter-, 40 h Unternehmerbeitrag). Es ergibt sich also — in groben Umrissen — folgendes:

Der österreichische Arbeiter bezahlt wöchentlich K 1·04 (80 h Krankenkassenbeitrag, 24 h Alters- und Invalidenversicherungsbeitrag); sein Unternehmer zahlt für ihn wöchentlich 64 h (40 h Krankenkassenbeitrag, 24 h Alters- und Invalidenversicherungsbeitrag), die wöchentlichen Beiträge machen daher zusammen K 1·68 aus. Hiefür erhält der Arbeiter vom Tage seines Eintrittes in die Versicherung Anspruch auf ein wöchentliches Krankengeld von K 13·50 durch ein volles Jahr, nach vierjähriger Einzahlung Anspruch auf eine Invaliden-(oder Alters-)rente von 329 K, nach 10jähriger Einzahlung von 258 K und erst nach 20jähriger Einzahlung von 306 K und nach 40jähriger Einzahlung von 402 K (die Wartezeit für die Invalidenrente beträgt 200 Beitragswochen). Der englische Arbeiter zahlt für Kranken- und Invalidenversicherung zusammen wöchentlich 30 h, sein Unternehmer zahlt 40 h, die wöchentlichen Beiträge machen daher zusammen 70 h aus. Hiefür erhält der Arbeiter nach einer Karenzzeit von einem halben Jahr Anspruch auf ein Krankengeld von wöchentlich 12 K durch 13 Wochen, für die weitere Dauer der Krankheit von wöchentlich 6 K und nach einer Karenzzeit von zwei Jahren Anspruch auf eine Invalidenrente von jährlich 312 K.

Man sieht also, dass die Leistungen der geplanten englischen Kranken- und Invalidenversicherung, verglichen mit dem österreichischen Projekt, ganz unvergleichlich grösser sind. Es kommt da — abgesehen von der bedeutend billigeren Verwaltung — in Betracht, dass die Leistungen der englischen Versicherung durch die Beiträge der Unternehmer, der Arbeiter und die normalen Beiträge des Staates von 20 h wöchentlich allein zugegebenermassen nicht gedeckt sind. Der Staat will ausserdem für Arzthilfe und die Heilstätten Beiträge leisten und ferner auf eigene Kosten das Versicherungsamt errichten. Es ist ferner zu erwägen, dass die schlechtesten Risiken durch die Postfondversicherung von dem Bezug der normalen Leistungen ausgeschaltet sind, was natürlich den übrigen Versicherten zugute kommt. Der Hauptgrund aber, weshalb ein Vergleich der englischen Leistungen mit den in Oesterreich geplanten oder auch mit den deutschen so zum Vorteil der englischen ausfallen muss, besteht in der kolossalen Entlastung, welche die Arbeiterversicherung dadurch hat, dass der Staat die Alterspensionen aus eigenem trägt. Fast alle englischen bedürftigen Staatsbürger im Alter von über 70 Jahren erhalten — ohne dass sie Beiträge leisten müssen — vom Staate eine Pension von wöchentlich 5 Schilling = 312 K jährlich. Diese Alterspension kostet den englischen Staat schon heute 13,000.000 Pfund und wird ihn bald 16,000.000 Pfund kosten. Rechnet man den Aufwand des Staates hinzu, den er für die Kranken- und Invalidenversicherung wird machen müssen, so ergibt sich, dass der englische Staat in wenigen Jahren für die Kranken- und Invalidenversicherung sowie für die Altersversorgung jährlich ungefähr 25,000.000 Pfund = 600,000.000 K ausgeben wird. Nach der österreichischen Vorlage hingegen sollte der Staat zur Krankenversicherung überhaupt nichts und für die Invaliden- und Altersversicherung im Beharrungszustande jährlich 100,000.000 K ausgeben. In England nimmt man die Zahl der Versicherten mit etwa 15,000.000 an, die österreichische Vorlage hat sie für Oesterreich mit etwa 10,000.000 angenommen. Oesterreich will also für 10,000.000 Versicherte jährlich 100,000.000 K, England für 15,000.000 Versicherte jährlich 600,000.000 K, das ist gerade viermal soviel, ausgeben. Darin liegt des Rätsels Lösung.

Actuarius: Volksversicherungen

Auf den beiden reichsdeutschen Arbeiterkongressen, die in der zweiten Hälfte des Juni tagten — auf dem Genossenschaftstag in Leipzig und auf dem Gewerkschaftskongress in Dresden — ist einstimmig ein Beschluss von grosser Tragweite gefasst worden. Es handelt sich um die Errichtung einer gemeinsamen Volksversicherungsorganisation, die den Namen tragen soll: „Volksfürsorge, gewerkschaftlich-genossenschaftliche Unterstützungsvereinigung.“

Zwar besteht in Frankreich und Belgien eine Schar verschiedener überlieferter „Mutualités“ und in England die „Friendly Societies“, die teils analoge Zwecke verfolgen; dennoch bedeutet das Unternehmen der deutschen Genossen eine hervorragende Neuerung, nicht nur weil es sich um ein zentralisiertes, nach modernen technischen Prinzipien organisiertes Versicherungsinstitut handelt, sondern auch deshalb, weil seine Errichtung eine Kriegserklärung gegen die Misswirtschaft kapitalistischer Wucherversicherungsgesellschaften ist.

Um uns über die Aufgaben der neuen Organisation näher zu orientieren, müssen wir vorerst das Wesen und Treiben der sogenannten Volksversicherung in Deutschland kennen lernen. In Oesterreich liegt die Volksversicherung so ziemlich noch in den Windeln; jedoch das Heute Deutschlands zeigt uns — wie in so mancher anderen, so auch in dieser Hinsicht — das Morgen von Oesterreich.

* * *

Die Versicherungsart, die in der Praxis als Volksversicherung (auch kleine Versicherung), im Gegensatz zur eigentlichen oder grossen Lebensversicherung, bezeichnet wird, unterscheidet sich in der Regel von der letzteren durch folgende Merkmale. Erstens darf die Versicherungssumme einen bestimmten Höchstbetrag (zum Beispiel 1500 Mark) nicht übersteigen; zweitens wird der Gesundheitsnachweis des Kandidaten nicht durch ärztliche Untersuchung, sondern durch einen zu beantwortenden Fragebogen durchgeführt und durch die Festsetzung einer Karenz(Warte-)zeit ergänzt; drittens erfolgt die Prämienzahlung in kleinen wöchentlichen oder monatlichen Raten. Diese hauptsächlichsten Kennzeichen der Volksversicherung weisen deutlich darauf hin, dass sie auf breite Schichten wenig bemittelter Bevölkerung berechnet ist.

Seit mehr als einem halben Jahrhundert in England und später auch in den Vereinigten Staaten in noch grösserem Umfang betrieben, nahm die Volksversicherung in Deutschland erst in den allerletzten Jahrzehnten eine schwunghafte Entfaltung, und zwar bleibt bis jetzt Deutschland so ziemlich das einzige Land des Kontinents, wo die Volksversicherung sich zu einem hervorragenden Zweig des gesamten Versicherungswesens entwickelt hat*. Sie wurde in Deutschland in grösserem Massstab erst seit 1882 ein-

	Polizzen	Dollars (Versicherungssummen)
Vereinigte Staaten	15,674.384	2.135,859.103
England	23,810.937	1.139,819.980
Deutschland	5,024.667	218,825.469
Oesterreich	225.886	12,079.515

geführt, als die „Friedrich Wilhelm“ den Versichertenbestand der Wiener Gesellschaft „Patria“, die mit ihrem Versuch schlechte Erfahrungen gemacht hatte, übernahm. Die zu jener Zeit eingeleitete öffentliche Arbeiter(Kranken- und Unfall-)versicherung scheint in den Volksmassen die Idee der Versicherung popularisiert und dadurch die Entwicklung der privaten Volksversicherung gefördert zu haben. Ihr Riesenaufschwung beginnt mit der Errichtung (1892) einer Volksversicherungsabteilung an der „Victoria“, die heute das führende Institut auf diesem Gebiet ist und beinahe die Hälfte aller laufenden Volksversicherungspolizzen abgeschlossen hat.

Es waren in Deutschland** im Jahre 1909 10,288.992 Lebensversicherungspolizzen in Kraft mit 12.742,764.042 Mark Versicherungskapital, darunter 7,571.760 Volks-

* Im Versicherungs-Lexikon von Manes (Berlin 1909) wird folgende Statistik des Standes der Volksversicherung in den verschiedenen Ländern angeführt, die einem Bericht des Amerikaners Fr. L. Hoffman entlehnt ist und sich auf das Jahr 1904 bezieht:

** Nach Ehrenzweigs Assekuranz-Jahrbuch, 1911.

versicherungspolizzen mit 1.521,048.719 Mark Versicherungskapital, wovon in den letzten zehn Jahren drei Fünftel des ganzen Bestandes zugewachsen sind. Von den 44 in Deutschland tätigen Versicherungsanstalten betreiben nur etwa die Hälfte die Volksversicherung, und zwar sind es fast ausschliesslich Aktiengesellschaften.

Ueber die Rolle, die die zwei bereits genannten führenden Gesellschaften spielen, orientieren folgende Ziffern:

	Friedrich Wilhelm		Viktoria	
	Polizzen (Tausende)	Summen (Millionen Mark)	Polizzen (Tausende)	Summen (Millionen Mark)
Stand 1909				
Grosse Versicherungen	77	242	200	1055
Volksversicherungen	2513	376	3388	710
Neuzugang 1909				
Grosse Versicherungen (Todesfall- versicherungen)	14	48	27	141
Volksversicherungen	372	67	486	112

Die beiden Gesellschaften repräsentieren also 5,901.000 Volksversicherungspolizzen auf 1086 Millionen Mark oder 78, respektive 71 Prozent des gesamten Bestandes.

Die Gesellschaften erzielen aus dem Volksversicherungsgeschäft Riesengewinne, relativ viel bedeutendere als aus der gewöhnlichen Lebensversicherung. Das grosse Publikum, das von dem Bestehen dieser Gewinne und auch von den ungeheuren Tantiemen mancher Generaldirektoren hört, ist geneigt, diese Gewinne dem ausserordentlich häufigen Verfall der Volksversicherungspolizzen zuzuschreiben: bei den meisten Gesellschaften erlischt nämlich die Versicherung vollkommen, ohne irgendwelchen Ersatz, wenn der Versicherte während der ersten drei Jahre die Prämienzahlung einstellt, und die eingezahlten Prämien gehen einfach verloren. Dem ist aber nicht ganz so: die Gewinnquellen der Gesellschaften sind viel mannigfaltiger und der an sich nicht unbedeutende Gewinn aus dem Verfall bildet weitaus nicht den grössten Teil des Gesamtprofits. In der Hauptsache fliesst der Gewinn aus folgenden Quellen: 1. Aus der Mindersterblichkeit, 2. aus dem Zins, 3. aus den Prämienzuschlägen, 4. aus sonstigen Quellen.

Zuerst der Sterblichkeitsgewinn. Die Sterbetafel, die die meisten Versicherungsgesellschaften als Rechnungsgrundlage für die Volksversicherung gewählt haben, ist die sogenannte Beckersche Tafel für die Gesamtbevölkerung Deutschlands, die aus der Periode 1871 bis 1881 stammt, oder die MWIII-Tafel der 23 deutschen Gesellschaften für ununtersuchte Leben. Nun bilden die tatsächlich Volksversicherten eine viel günstigere Gruppe und die Untersterblichkeit ist sehr beträchtlich. Aus den Ausführungen des Professors v. Bortkiewicz und des Herrn Wendt, des Vorstehers des Rechnungsbureaus der Volksversicherungsabteilung der „Victoria“, auf dem Berliner Kongress für Versicherungswissenschaft* erfuhren wir, dass die bei der „Victoria“ im Jahre 1904 sogenannte verfügbare Einnahme (Risikoprämien vermehrt um die Reserve der Verstorbenen) 4,600.000 Mark betrug, während für Sterbefälle tatsächlich nur 2,300.000 Mark ausbezahlt wurden, dass sich also der Sterblichkeitsgewinn der Gesellschaft ebenfalls auf 2,300.000 Mark stellte. Wenn die Gesellschaft für alle Sterbefälle ohne Berücksichtigung der Karenzzeit den vollen Versicherungsbetrag ausbezahlt hätte, würde sie dennoch einen Sterblichkeitsgewinn von 340.000 Mark erzielt haben.

Der Sterblichkeitsgewinn aus der Volksversicherung ist ein relativ grösserer als aus der grossen Versicherung; im Jahre 1909 betrug die durchschnittliche Untersterblichkeit bei sämtlichen deutschen Gesellschaften 22·3 Prozent der Erwartung bei der grossen Versicherung und 30·8 Prozent bei der kleinen**. (Ehrenzweigs Assekuranz-Jahrbuch 1911, S. 182 und 183.)

* Berichte, Denkschriften und Verhandlungen des V. Internationalen Kongresses für Versicherungswissenschaft, Berlin 1906. Bd. III, S. 85 und 86, 100, 117.

** Tatsächlich ist die Mindersterblichkeit bei der Volksversicherung eine noch bedeutend viel grössere, da die „Erwartung“ bei dieser Versicherung schon die Karenz berücksichtigt, also werden für die betreffenden Versicherten überhaupt keine Risikoprämien oder doch äusserst reduzierte in Rechnung gestellt, obwohl dieselben die volle Prämie zahlen. Ueber diesen ziemlich komplizierten, aber sehr wichtigen Punkt siehe die Kontroverse zwischen Lexis, Bortkiewicz und Wendt auf dem V. Versicherungskongress im III. Band der zitierten Berichte etc.